

Genehmigt: 25.06.2026

Protokoll 08

Stadtratssitzung

Donnerstag, 7. Mai 2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter [Audioprotokoll](#)

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2023.SR.0112	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2026.TVS.0052	7
2 Offenlegung Napoleonsbächli; Projektierungs- und Ausführungskredit	
2024.TVS.0201	9
3 Neubrückstrasse Spielplatz (Gärtnereiareal): Instandsetzung und Aufwertung, Teilumgestaltung Neufeldstrasse; Projektierungs- und Realisierungskredit	
2025.BSS.0235	13
4 Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern: Verlängerung 2026-2027; Kenntnisnahme	
2025.SR.0033	20
5 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gastarife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine; Fristverlängerung	
2019.SUE.000049.....	25
6 IN220-001000 (alt: I2200019), Fr. 1 980 000.00, Unterstützung und Förderung von energieeffizienten Gebäudesanierungen durch die Stadt Bern; Kreditabrechnung	
2025.SR.0125	26
7 Interpellation: Fraktion FDP Auswirkungen und Umsetzungsprobleme des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen – Klärungsbedarf zur Gleichbehandlung und Sicherheit im öffentlichen Raum	
2025.SR.0191	32
8 Interpellation: Polizeigewalt an Palästina-Demo	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr	33
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr	34
2025.SR.0191	35
8 Interpellation: Polizeigewalt an Palästina-Demo	
2021.SR.000119.....	45
9 Motion Tabea Rai (AL), Jelena Filipovic (GB), Zora Schneider (PdA), Mohamed Abdirahim (JUSO) und Simone Machado (GaP): Keine	

Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und
ggf. Bauordnung der Stadt Bern; Abschreibung Punkte 1 und 4

2024.SR.028954

10 Motion Maurice Lindgren/Janina Aeberhard (GLP)/Bettina Jans-Troxler
(EVP): Jede Stimme zählt: faireres Wahlverfahren für die Stadt Bern;
Ablehnung

Verschoben und eingereicht.....62

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.64

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Nadine Aebischer	Bernadette Häfliger	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Georg Häsler	Tanja Miljanović
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Dominique Hodel	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Shasime Osmani
Oliver Berger	Stephan Ischi	Cemal Özçelik
Natalie Bertsch	Monique Iseli	Mehmet Özdemir
Gourab Bhowal	Seraphine Iseli	Chantal Perriard
Lea Bill	Ueli Jaisli	Ronja Rennenkampff
David Böhner	Anna Jegher	Simone Richner
Laura Brechbühler	Raffael Joggi	Mirjam Roder
Jacqueline Brügger	Nora Joos	Michael Ruefer
Michael Burkard	Raphaël Karlen	Fabian Rüfenacht
Carola Christen	Barbara Keller	Judith Schenk
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Lukas Schnyder
Andreas Egli	Nora Krummen	Lea Schweri
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Tobias Sennhauser
Alexander Feuz	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Dominik Fitze	Christoph Leuppi	Michelle Steinemann
Seraina Flury	Maurice Lindgren	Ursula Stöckli
Katharina Gallizzi	Nicolas Lutz	Irina Straubhaar
Franziska Geiser	Denise Mäder	Raphaela Tschümperlin
Helin Genis	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Thomas Glauser	Esther Meier	Béatrice Wertli
Simon Gyger	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
		Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Fuat Köçer	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
------------	--------------	-----------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt doch sehr gerne Platz. Erstmal herzlich willkommen zur heutigen Stadtratssitzung. Ich entschuldige mich bereits vorab, falls das eine oder andere heute etwas länger geht. Ich war in den letzten 24 Stunden in Basel im Spital, weil ein Familienmitglied notoperiert werden musste. Es ist in der Zwischenzeit alles in Ordnung, aber die Nacht war doch etwas kurz und wenig erholungssam. Darum: Wenn es irgendwie geht, seid doch heute extra lieb zueinander.

Wir kommen bereits zu den Entschuldigungen für die heutige Stadtratssitzung. Für die beiden Stadtratssitzungen haben sich Fuat Köçer von der SP-Fraktion und Corina Liebi von der GLP-Fraktion entschuldigt. Und etwas verspätet werden Timur Akçasayar von der SP und Seraina Flury von der GLP eintreffen.

Ich habe heute wiederum zwei Rücktritte zu verkünden. Beide Personen verlassen uns als gewählte Grossrätinnen und ziehen weiter auf die nächsthöhere Staatsebene. Ich lese die ersten Abschiedsworte vor.

"Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Stadtpräsidentin, liebe Gemeinderät*innen, liebe Kolleg*innen, liebe Anwesende, es ist gar nicht so einfach, solche Abschiedsworte zu schreiben. Bei mir waren die letzten Wochen geprägt von Abschieden und kommenden Neuanfängen. Das ist sehr schön und spannend, aber stimmt einen natürlich auch etwas wehmütig. Sicher ist: Die letzten fünf Jahre bei euch hier im Stadtrat waren ein neuer und prägender Lebensabschnitt für mich, den ich in bester Erinnerung behalten werde. Wir konnten in diesen fünf Jahren gemeinsam viel für eine soziale und lebenswerte Stadt tun, die wir alle hier drin so gerne mögen, auch wenn wir unterschiedliche Haltungen und Vorstellungen darüber haben, wie wir sie gestalten wollen. Persönlich war für mich diese Zeit als Stadträtin und gleichzeitig als Co-Präsidentin der SP Stadt Bern sehr prägend. Ich habe mich als Stadträtin stets dafür eingesetzt, dass diese Stadt ein Stück sozialer und feministischer wird, für eine Stadt, die Verantwortung übernimmt, niemanden zurücklässt und vorwärts macht in der Gleichstellung und beim bezahlbaren Wohnraum. Wie wir in der SP so schön sagen: Ich habe in meiner Arbeit Partei ergriffen, sei es für die Kinderbetreuungsperson, die auf unsere Kinder aufpasst, den Belader, der unseren Abfall abholt, die Nachbarin, die sich nachts auf dem Heimweg auf der Mattetreppe nicht sicher fühlt, die Flixbusfahrerin, die ins Neufeld fährt, der Mieter, der plötzlich aus seiner Wohnung raus muss, die Gastronomiearbeiterin, die nicht von ihrem Lohn leben kann, die Familie, die in Bern eine bezahlbare Wohnung sucht, für die Frau, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt hat. Dieses Engagement für bezahlbare Mieten und Wohnraum, gute Arbeitsbedingungen, mehr Gleichstellung und einen starken Service public nehme ich nun mit in den Grossen Rat. Denn wir wissen alle: Ohne die richtigen Rahmenbedingungen durch den Kanton können wir hier im Stadtrat die steigenden finanziellen Belastungen durch Mieten und Prämien nur bedingt mindern. Und es braucht definitiv einen gemeinsamen Einsatz, vor allem des Kantons und des Bundes, gegen geschlechtsspezifische, sexualisierte und häusliche Gewalt. Ich werde aber hier drin nicht nur die politischen Mehrheitsverhältnisse vermissen, sondern auch die guten Diskussionen, die geschlossenen Freundschaften und natürlich am allermeisten meine Fraktion. Danke an meine Lieblingsfraktion und -partei für das Vertrauen, für die Unterstützung und die wertvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Danke an die Parlamentsdienste für ihre wichtige Arbeit und danke euch allen, dass ihr euch für unsere Stadt engagiert. Ich habe die Zusammenarbeit mit euch allen sehr geschätzt. Noch eine Schlussbemerkung. Wir haben hier drin auch immer wieder gehört, dass wir

uns auf jene Themen konzentrieren sollen, die in unserem Kompetenzbereich liegen. Darum meine Bitte an euch: Sorgt für eine soziale und lebenswerte Stadt, aber hört nie damit auf, darauf hinzuweisen, wenn der Bundesrat und Parlament, der Grosse Rat und der Regierungsrat ihrer Verantwortung nicht nachkommen, und wenn Ereignisse ausserhalb dieser Stadt uns Sorge und Angst bereiten. Diese Signale aus der Stadt sind wichtig, gerade in den aktuellen Zeiten, die geprägt sind von Krieg, Krisen und aufsteigendem Faschismus. Haltet die Demokratie hoch und bleibt mein Bollwerk der Hoffnung. Solidarische und herzliche Grüsse, Lena Allenspach"

Applaus im Saal.

Liebe Lena, du bist seit nun über fünf Jahren bei uns und Teil des Rats. Du wurdest 2020 gewählt und kamst im Januar 2021 zu uns und hast seither durchgehend in der FSU respektive RWSU mitgewirkt. In dieser Zeit hast du 18 Vorstösse als Erstunterzeichnende und 119 als Mitunterzeichnende eingereicht. Die Themen, die dich beschäftigt haben, waren grossmehrheitlich natürlich bezahlbarer Wohnraum und Mieten, aber auch sexualisierte Gewalt und psychische Gesundheit, ethisch-moralisch vertretbare Geldaufnahmen der Stadt Bern und natürlich auch die Rechte von Migrant*innen. Und als wäre das nicht genug, du hast es vorher auch in deinen Abschiedsworten erwähnt, warst du in der ganzen Zeit als Stadträtin auch noch Co-Präsidentin der SP Stadt Bern. Dein ehemaliger Co-Präsident Chandru Somasundaram beschrieb dich mal als jemanden, der die Partei mit klarem Kompass, strategischem Gespür und grossem Engagement geprägt hat. Darin bin ich mit Chandru sehr einig. Besser hätte ich es nicht zusammenfassen können. Als Gewerkschafterin und Feministin warst du zudem im Vorstand des Gewerkschaftsbundes der Stadt Bern sowie der Feministischen Friedensorganisation Frieda tätig; beides Engagements, die zeigen, dass dein Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft weit über den Ratssaal hinausging. Ich bin überzeugt, dass dein ungebremsstes Engagement auch weitergehen wird und wir noch sehr viel von deinem strategischen Gespür, deinen Kommunikationsskills und deiner mitreissenden Art hören werden. Liebe Lena, wir danken dir für dein Engagement für unsere Stadt und wünschen dir viel Erfolg und Erfüllung im Kantonsparlament.

Applaus im Saal.

Ich lese nun das zweite Abschiedsschreiben vor.

"Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrter Gemeinderat, liebe Kolleg*innen. Ich bin unglaublich gerne im Stadtrat und habe mich darauf gefreut, mich weiter einzuarbeiten. Dazu wird es nun nicht mehr kommen. Ich trete per Mitte Mai aus dem Stadtrat zurück. Mein Lebensweg überrascht mich gerade selbst. Als ich vor fünf Jahren eingebürgert wurde, hätte ich mir nie vorstellen können, im Grossen Rat Einsitz zu nehmen. Diese neue Aufgabe erfüllt mich mit grosser Freude und Dankbarkeit und gleichzeitig auch mit Demut. Der Abschied vom Stadtrat fällt mir nicht leicht. Ich werde euch alle vermissen, die engagierten Diskussionen, die Gespräche mit den Menschen von links bis rechts und ganz besonders auch die Mehrheitsverhältnisse. Ich danke euch von Herzen für das Vertrauen, die Zusammenarbeit und die vielen wertvollen Begegnungen. Ich nehme all das mit und freue mich schon auf die zukünftigen Begegnungen mit euch. Für euren weiteren Weg wünsche ich euch alles Gute und weiterhin so viel Engagement für unsere Stadt. Herzlich, Shasime Osmani"

Applaus im Saal.

Liebe Shasime, du wurdest im November 2024 in den Stadtrat gewählt und hast deinen Platz vor etwas mehr als einem Jahr, im Januar 2025, eingenommen. Und du hast keine Zeit verloren. In dieser kurzen, aber sehr intensiven Zeit hast du bereits 12 Vorstösse als Erstunterzeichnende und 51 als Mitunterzeichnende eingereicht zu Themen wie Prävention von sexualisierter und häuslicher Gewalt, Gratis-ÖV oder der Bekämpfung

von Leerkündigungen. Jetzt bist du die erste albanische Frau, die in den Berner Grossen Rat gewählt wurde; eine Premiere, auf die die Migra-Community sehr stolz sein kann. Wir haben dich als sehr freundliche Kollegin wahrgenommen, die sich auch gerne über die Parteigrenzen hinaus vernetzte. Das sind Eigenschaften, die dir auch im Grossen Rat mit Sicherheit von Nutzen sein werden. Liebe Shasime, wir danken dir für deinen kurzen, aber dafür umso intensiveren Einsatz bei uns im Stadtrat. Wir wünschen dir viel Freude und Erfolg im Grossen Rat. Herzlichen Dank.

Applaus im Saal.

Nach den Abschieden kommen auch Begrüssungen an die Reihe. Ich darf zwei neue Ratsmitglieder begrüssen: Raphaël Karlen von der FDP – er ist Nachfolger für Tom Berger, herzlich willkommen – und Raphaela Tschümperlin von der SP. Sie ist die Nachfolgende für Valentina Achermann. Wir freuen uns sehr, euch in unserem Rat begrüssen zu dürfen, und wünschen euch einen guten Start, viel Freude an der Arbeit und die nötige Geduld und Ausdauer für all die spannenden Herausforderungen, die noch kommen werden. Im Weiteren darf ich aber auch noch David Böhner von der AL wieder in unseren Reihen begrüssen. Herzlich willkommen. Anouk Ursin hat ihn während der letzten vier Monate im Stadtrat vertreten. Sie haben wir an der letzten Stadtratssitzung verabschiedet.

Ich darf nun noch einen Geburtstag bekanntgeben. Leider könnt ihr ihm nicht gratulieren, weil er heute Abend gar nicht anwesend ist, und zwar hatte am Dienstag Fuat Köçer Geburtstag. Ihr könnt ihm also noch nachträglich gratulieren.

Wir kommen bereits zu den Mitteilungen. Als erstes eine Mitteilung, die mir sehr Freude bereitet: Ab sofort steht euch während der Stadtratssitzung das Sitzungszimmer 1 als ruhiger Rückzugsort offen, sei es zum Stillen oder einfach für alle, die einen stillen Moment brauchen. Ich bin froh, dass wir euch diesen Ort anbieten können, und danke euch von Herzen, wenn ihr umsichtig mit dem Raum umgeht.

Dann wie üblich: Bitte das Badgen nicht vergessen. Einreichen der Vorstösse: die dringlichen wie immer bis 21 Uhr und die übrigen bis 21.30 Uhr.

Wir kommen nun zum ersten Ordnungsantrag. Ihr habt den Ordnungsantrag der Mitte alle erhalten. Wir stimmen bereits über den Ordnungsantrag ab. Es geht um die verkürzte Redezeit. Dann stimmen wir jetzt über den Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 1

Mitte

Die Mitte-Fraktion stellt den Ordnungsantrag, die Redezeit bei den Traktanden 4, 5, 7, 8, 9, 13, 17 auf 3 Minuten pro Votum zu beschränken.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	26
Nein	36
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Ordnungsantrag für die verkürzte Redezeit abgelehnt.

2026.TVS.0052

2 Offenlegung Napoleonsbächli; Projektierungs- und Ausführungskredit

Präsidentin: Wir kommen somit regulär zu den weiteren Traktanden, und zwar zum Traktandum 2. Hier geht es um die Offenlegung des Napoleonsbächlis, einen Projektierungs- und Ausführungskredit. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Kommission: Ich stelle euch den Projektierungs- und Ausführungskredit der Offenlegung des Napoleonsbächlis vor. Vielleicht ein kleiner Exkurs: Den Namen hat die Verwaltung dem Bächlein gegeben, weil es sonst eigentlich keinen Namen hätte. Es ist ein unbedeutender kleiner Bach. Der Name kommt aber daher, dass das Bächlein unterhalb der Napoleonsbrücke in den Gäbelbach fliesst, weiter unten, in der Eymatt, in die Aare beziehungsweise in den Wohlensee. Und allein für das Projekt hat man ihm jetzt diesen Namen gegeben.

Um was geht es genau? Die Ausgangslage ist, dass das Napoleonsbächli heute eingedolt ist, das heisst, unterirdisch, unter dem Boden kanalisiert ist. Das hat man in den 1950er-Jahren gemacht. Heute ist es so, dass der eingedolte Bach vor allem bei starken Niederschlägen immer wieder zu wenig Kapazität hat und verstopft wird, so dass das Wasser austritt und vor allem auf das Landwirtschaftsland fliesst, was zu Überschwemmungen führt und schlussendlich auch eine wichtige Zufahrtsstrasse zu einer Hochdruckgasstation beschädigt. In der Folge kann die nicht immer gewartet werden, weil der Zugang nicht immer gewährleistet ist, was schliesslich auch zu teuren Schäden und Instandstellungsarbeiten führt. Das Ziel ist jetzt, dass man einen besseren Hochwasserschutz macht, eine ökologische Aufwertung und eine naturnahe Gestaltung realisiert, indem man das Bächlein offenlegt. Die Offenlegung betrifft ungefähr 90 Meter. Die betreffende Stelle ist also sehr kurz. Sie bekommt künftig eine naturnahe Gestaltung mit Pflanzen und man wird den Durchlass auch anpassen. Das führt dazu, dass es weniger Überschwemmungen geben wird, und es führt zum besseren Schutz der Infrastruktur, aber auch zur besseren Biodiversität. Die Kosten belaufen sich auf 670'000 Franken für den Projektierungs- und Ausführungskredit.

Zur Finanzierung – das ist vielleicht noch wichtig: Das Projekt wird über die Sonderrechnung Stadtentwässerung finanziert. Diese ist gebührenfinanziert. Man kann zudem mit Subventionen in Höhe von 75% rechnen. Weitere Drittfinanzierungen sind nicht ausgeschlossen, zum Beispiel durch einen EWB-Ökofonds oder durch einen Renaturierungsfonds.

Die Kommission PVS ist der Meinung, das sei eine nachhaltige Lösung mit ökologischem Mehrwert und einem klaren Mehrwert auch für die Biodiversität. Sie sorgt dafür, dass das Bächlein das umliegende Land künftig nicht mehr mit Sedimenten überschwemmt. Das Ganze ist zudem, wie gesagt, über die Sonderrechnung finanziert, und es werden Subventionen erwartet. Aus diesem Grund empfiehlt euch die Kommission einstimmig die Annahme dieses Geschäfts. Merci.

Präsidentin: Besteht zu diesem Traktandum Diskussionsbedarf? Falls ja, könnt ihr euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes Mirjam Läderach von der GB-JA!-Fraktion.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Beim Napoleonsbächli geht es um ein typisches Problem. Wir haben es schon von Janosch gehört. Eine in den Fünfzigerjahren eingedolte Strecke führt heute bei starken Niederschlägen zu Verstopfungen und auch zu Überschwemmungen. Und dass hier die Stadt eine Offenlegung als Lösung wählt, ist aus ökologischer Sicht klar zu begrüssen. Die Ausdolung schafft Raum für das Gewässer und ermöglicht auch eine ökologische Aufwertung. Positiv hervorheben möchten wir insbesondere auch die geplante Bepflanzung sowie die vorgesehenen Strukturelemente für Kleintiere.

Von Projekten auf öffentlichem Grund erwarten wir eine konsequente Umsetzung nach Best Practice-Grundsätzen der Gewässerökologie. Und diese sehen wir aktuell noch nicht in allen Punkten erfüllt. Kritisch beurteilen wir insbesondere die geplante Sohlenverbauung mit Holzschwellen sowie punktuelle Uferverbauungen. Solche Eingriffe sind gemäss Gewässerschutzgesetz nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. Die Begründung über den Hochwasserschutz und den Baugrund überzeugt uns dabei nicht vollständig. Wichtig ist uns zudem festzuhalten, dass innerhalb des Gewässerraums natürliche Prozesse wie Ufererosion explizit stattfinden dürfen und auch ökologisch wertvoll sind.

Ein weiterer Punkt betrifft den Umgang mit Geschiebe und Holz. Im Gäbelbach besteht ein Defizit an natürlichem Geschiebe und Totholz. Ein Eintrag aus Seitengewässern wäre deshalb sogar wünschenswert. Es wäre also ideal, auf den Geschiebesammler und Holzrechen zu verzichten und den Durchlass unter dem Feldweg entsprechend grosszügig zu gestalten. Wir sehen jedoch ein, dass dies aufgrund einer bestehenden Leitung im Boden leider nicht möglich ist. Letztlich erscheint uns auch das gewählte Hochwasserschutzziel inklusive Freibord als hoch angesetzt. Für die vorhandenen landwirtschaftlichen Intensivflächen sollte ein tieferes Schutzniveau mindestens geprüft werden, um auch Spielraum für eine naturnahe Gestaltung zu schaffen.

Ganz kurz also zusammengefasst: Jede Offenlegung freut uns. Wir wünschen uns Vertrauen in natürliche Prozesse und eine konsequente Umsetzung nach Best Practice-Grundsätzen der Gewässerökologie. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Thomas Hofstetter für die FDP.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Also die FDP ist dafür. Ich möchte aber trotzdem noch etwas zum Big Picture sagen. Warum hat man das früher eingedolt? Das hat man eingedolt, damit man mehr Landwirtschaftsfläche hat, damit man mehr produzieren kann. Damals war die Rate, die man produziert hat, sogar höher. Heute, wir wissen es alle, importieren wir 50% unserer Lebensmittel. Aber dafür fördern wir jetzt die Biodiversität. Wie gesagt: Wir sind dafür. Aber wir müssen sehen: Das Essen oder die Ware kommt jetzt aus einem anderen Land, wo vielleicht biodiverse Sachen dafür aufgegeben werden. Das heisst, es gibt Leute, die sagen, das sei moderner Kolonialismus, den wir machen. Einfach das zu dem. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir sind nicht feiner als andere. Es leidet die Biodiversität an einem anderen Ort. Das ist das erste und das zweite ist: Die FDP ist erstaunt, dass das Bächlein den Namen von einem französischen Kriegshelden hat, einem Mann. Wir hätten erwartet, dass eine feministische Frau aus der Stadt Bern den Namen geben würde. Wir sind entsetzt. Merci.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das wichtige Votum. Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, wäre die Liste jetzt offen für Einzelvoten. Das scheint nicht der Fall zu sein, denn der Gemeinderat verzichtet auf sein Votum. Wir kommen also bereits zur

Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 005

2026.TVS.0052

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Offenlegung des Napoleonsbächlis einstimmig zugestimmt.

2024.TVS.0201

3 Neubrückstrasse Spielplatz (Gärtneriareal): Instandsetzung und Aufwertung, Teilumgestaltung Neufeldstrasse; Projektierungs- und Realisierungskredit

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 3, dem Spielplatz an der Neubrückstrasse, Gärtneriareal. Hier geht es um eine Instandsetzung und Aufwertung und auch eine Teilumgestaltung der Neufeldstrasse. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Kommission: Wir kommen zum Highlight dieses Abends. Der Neubrück-Spielplatz befindet sich etwas versteckt in der Länggasse. Er gilt wegen seines hohen Anteils an Vegetation als Geheimtipp. Aber der Spielplatz ist überaltert, hat bauliche Mängel und ist nicht hindernisfrei. Ausserdem birgt er Sicherheitsdefizite und der Boden ist belastet und erfordert eine Sanierung. Deshalb soll dieser Spielplatz saniert werden, und zwar mit folgenden Massnahmen.

Das ehemalige Betriebsgebäude soll zu einer neuen Spielanlage ausgebaut werden. Im Aussenbereich gibt es einen Spielturm mit Röhrenrutschbahn für die älteren Kinder und eine Kleinkinderrutschbahn sowie eine Dreifachschaukel. Die bestehende Sandplatzlandschaft mit Wasseranschluss wird erhalten und ertüchtigt. Das veraltete Sitzmobiliar wird durch hindernisfreie Sitzbänke und Picknicktische ersetzt. Vom grossen Baumbestand müssen drei Hainbuchen gefällt werden. Dafür werden vier neue gesetzt. Das ehemalige Treibhaus wird angepasst und in einen kleinen Erlebnisdschungel umgewandelt. Im Rahmen der Bodensanierung wird der Boden abgetragen und durch einen Mergelbelag ergänzt. Gleichzeitig wird auch die Sickerfähigkeit verbessert. Die Umgebungsmauern weisen verschiedene altersbedingte Schäden auf und werden saniert, ebenso die vorhandenen Schächte und Leitungen. Der Spielplatz und der Eingangsbereich werden hindernisfrei gemacht. Im angrenzenden Strassenabschnitt werden im Zug der Fernwärmeanschlussarbeiten von EWB Klimaanpassungsmassnahmen realisiert und drei Parkplätze aufgehoben.

Ich komme zu den Kosten. Die Gesamtprojektkosten belaufen sich auf 595'000 Franken. Davon gehen 250'000 Franken zu Lasten der Spezialfinanzierung und 345'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung. Weiter wurde bei Bund und Kanton ein Gesuch für Kostenübernahme gestellt. Der mögliche Betrag beläuft sich auf ca. 100'000 Franken. Die jährlichen Kapitalkosten belaufen sich auf 12'000 Franken.

Zu den Terminen: Die Instandhaltungsarbeiten sollen diesen Sommer beginnen, und die Bodensanierung und die Baumschutzmassnahmen sind für diesen Herbst und Winter geplant. Die Fertigstellung der Spielplatzsanierungsmassnahmen soll im Frühling 2027 abgeschlossen sein. Während den Sanierungsarbeiten wird der Spielplatz für die Bevölkerung nicht nutzbar sein.

Die Diskussionen in der PVS bezogen sich mehrheitlich auf den kontaminierten Boden, die nicht vorhandenen Veloabstellplätze und den sogenannten Erlebnisdschungel. In allen Abstimmungen hat die PVS diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Präsidentin: Möchtest du gerne das Fraktionsvotum anhängen?

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP unterstützen dieses Geschäft und werden diesem zustimmen. Wir haben dazu noch einen Antrag eingereicht und möchten euch ermutigen, diesem zuzustimmen.

Der Antrag möchte, dass das ehemalige Gewächshaus vollständig zurückgebaut wird. Der Altbeton und das Alteisen sollen gemäss der Energie- und Klimastrategie recycelt und somit wieder in den Warenkreislauf integriert werden. Warum möchten wir das? Das ehemalige Gewächshaus kann nicht mehr richtig verwendet werden. Es ist eine Ruine. Deshalb soll der Rückbau nicht der nächsten Generation überlassen werden, sondern bei der Sanierung des Spielplatzes realisiert werden. Das wäre ideal, denn bei der Sanierung werden grosse Baumaschinen und auch LKW vor Ort sein. Somit könnte man den Abbau sehr effektiv und günstig durchführen. Wie in der Energie- und Klimastrategie vorgeschrieben, könnte man den Altbeton und das Alteisen recyceln und wieder dem Markt zuführen – Stichwort Kreislaufwirtschaft –, anstatt es verwittern zu lassen, was vor allem beim Eisen ein Problem ist, da die Glasscheiben nicht ersetzt werden, weil der Aufwand zu gross ist. Das ehemalige Gewächshaus kann somit auch nicht als Schutz vor Regen genutzt werden. Bei einem Rückbau würde man die Versiegelung in der Grösse von ca. 5 Parkplätzen aufheben und das Konzept der Schwammstadt umsetzen. Stadtgrün müsste dann auch nicht versuchen, auf einem versiegelten Boden einen Erlebnisdschungel aufzubauen. Das könnte nur mit Blumentöpfen realisiert werden. Und das wäre wegen der Möglichkeit des Herunterfallens ein Sicherheitsrisiko für die Kinder. Ausserdem hätte Stadtgrün die Möglichkeit, sich zu profilieren und auf dem Gebiet des ehemaligen Gewächshauses eine coole Alternative zu installieren. Für die junge Generation wäre es sinnstiftend, auf dem Spielplatz mitzuerleben, wie die Energie- und Klimastrategie im Kleinen umgesetzt wird – Stichwort Entsiegelung, Schwammstadt, Recycling, Kreislaufwirtschaft. Das zu unserem Antrag.

Und jetzt noch ein paar weitere Sachen, welche unserer Fraktion bei diesem Geschäft aufgefallen sind: Ja, es gibt keinen Velo-Abstellplatz, auch nicht für Cargo-Bikes – und das in der selbsternannten Velo-Hauptstadt. Aus Sicht der FDP ist es unerklärlich, dass überall neue Velo-Abstellplätze gefordert werden, aber keine an einem Ort, an dem es so viel Sinn machen würde wie hier. Für uns ist der Zusammenhang zwischen der Sanierung des Spielplatzes und dem Abbau von drei Parkplätzen schwer nachvollziehbar. Die Einheit der Materie wird hier extrem strapaziert. Wir finden dieses Vorgehen undemokratisch und bitten den Gemeinderat, in Zukunft solche Kuhhandel zu unterlassen. Und noch etwas zur Bodensanierung: Die Bodensanierung ist keine echte Sanierung der Erde. Diese wird beim Spielplatz nur ausgetauscht und in einer dafür vorgesehenen Reaktordeponie entsorgt – ausserhalb der Stadt Bern, mit weiten Transportwegen. Warum kann die Stadt Bern ihre eigenen kontaminierten Böden nicht auf Stadtboden deponieren respektive entsorgen? Weil die Stadt Bern keine solchen Deponien will. Sie hat die Rehhag-Grube, welche für genau solche Sachen geeignet gewesen wären, nicht

bewilligt – nach dem Motto: Not in my backyard. Dafür wird diese verschmutzte Erde in einer anderen Gemeinde abgelagert, in einer Grube, wo vielleicht vorher sogar mehr Biodiversität vorhanden war als in der Rehhag-Grube. Manchmal wäre es von Vorteil, wenn man bei gewissen Entscheidungen über den Tellerrand hinausschauen und Verantwortung für den eigenen Dreck übernehmen würde.

Zurück zum Spielplatz: Wir werden dieses Geschäft annehmen. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen für weitere Fraktionsvoten. Als nächstes Lukas Schnyder für die SP/JUSO-Fraktion.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion spricht sich für den Kredit für eine Auffrischung des Spielplatzes der Neubrückstrasse aus. Wahrscheinlich werden sich auch EWB und der Bund noch etwas an den Kosten beteiligen. Dass man auf einem Spielplatz die kontaminierte Erde behandeln muss, ist für uns klar, und auch, wenn man sie dafür abtragen muss. Das Treibhaus umzunutzen und es zu ermöglichen, dass hier Kinder durch das Dickicht rennen und spielen, hat auch in unserer Fraktion Anklang gefunden, auch weil es hier einen wetterfesten Spielplatz gibt und dieser so noch mehr zum Treffpunkt im Quartier wird. Viele haben sich auch bei der Mitwirkung dafür ausgesprochen, dass man dies so erhält. Deshalb werden wir auch den FDP-Antrag ablehnen.

Dass im Strassenabschnitt auch gleich Klimaanpassungen gemacht werden und es eine bessere Sickerfähigkeit des Areals gibt, ist richtig und wichtig. Der hindernisfreie Zugang, auch für Kinderwagen, macht natürlich Sinn.

Einige in unserer Fraktion hätten sich aber eine noch grössere Mitwirkung und Information im Quartier gewünscht. Auch die Kosten empfinden einige für einen Kinderspielplatz als zu hoch. Bei der Mitwirkung wurde erwähnt, dass auch während der Bauzeit die Bevölkerung mitwirken kann. Und wir hoffen natürlich, dass das auch in der nötigen Breite während der Bauzeit passiert.

Insgesamt, Sie haben es gehört, wird die SP-JUSO-Fraktion dem Geschäft zustimmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Irina Straubhaar für die GLP-EVP-Fraktion.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion unterstützt das Projekt. Wir stimmen dem Projektierungs- und Realisierungskredit sowie dem Beitrag aus der Spezialfinanzierung zu. Warum? Der Spielplatz ist veraltet, der Boden teils belastet, die Erschliessung weder hindernisfrei noch übersichtlich. Wir können die Arbeiten mit der Fernwärmeerschliessung und den Werkleitungen von EWB bündeln. Das spart Geld. Von den veranschlagten rund 600'000 Franken dürfte dank EWB und Bundesbeitrag zur Bodensanierung ein Teil wegfallen.

Drei Punkte sind uns wichtig. Mit der Aufhebung der Parkplätze und der Umgestaltung am Arm der Neufeldstrasse soll die Velosituation spürbar verbessert werden. Bitte diese Chance nutzen. Zweitens: Die Koordination mit der Fernwärmeoffensive ist sinnvoll, hat aber Luft nach oben. Künftige Rahmenkredite für Aufwertungen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau sollen mehr Flexibilität bieten.

Und schliesslich: Die Verwaltung spricht beim belasteten Boden von einem Einzelfall. Wir gehen davon aus, dass es keinen weiteren städtischen Spielplatz gibt, bei dem aufgrund der Vornutzung eine Belastung vermutet werden muss. Den Antrag der FDP, das Treibhaus zurückzubauen, lehnen wir grossmehrheitlich ab. Die Mitwirkung war

klar: Die Bevölkerung will eine Umnutzung und Weiterführung. Das respektieren wir. Das Treibhaus ist ortsstiftend. Und der geplante Erlebnisdschungel wird das gewisse Etwas bringen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Nun wäre die Redner*innenliste für die Einzelvoten offen. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich das Wort Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträt*innen, liebe Gemeinderatskolleg*innen, das Geschäft zum Gärtnereispielplatz an der Neufeldstrasse wurde Ihnen im Detail vom Kommissionssprecher erklärt. Ich erspare Ihnen die Redundanz und konzentriere mich auf zwei Punkte. Das sind die Kosten und der Antrag zum Rückbau des Gewächshauses. Ein Kostenvergleich mit anderen Spielplätzen, welche die Stadt saniert hat, zeigt, dass die Kosten für den Gärtnereispielplatz abzüglich der Bodensanierungskosten und der Verbesserungen auf der Neufeldstrasse gar im unteren Bereich der Spielplatzsanierungen liegen. Der Quadratmeterpreis beläuft sich auf 176 Franken. Zum Vergleich: Beim Länggassschulhaus sprechen wir von 202 Franken pro Quadratmeter, bei der Wyleranlage von 240 Franken und beim Dählhölzli-Spielplatz von 538 Franken pro Quadratmeter. Einzig der Aaregg-Spielplatz ist mit 152 Franken pro Quadratmeter etwas günstiger gebaut worden als der Gärtnereispielplatz.

Zum Antrag "Rückbau des Gewächshauses". Der Gärtnereispielplatz heisst so, weil von 1930 bis in die 80er-Jahre auf diesem Areal eine Gärtnerei betrieben wurde. Das Treibhaus und das Gärtnereigebäude sind im Gegensatz zu anderen Voten, die heute gehalten wurden, in einem guten Zustand und müssen nur punktuell saniert werden. Ein Abbruch wird in den nächsten 40, 50 Jahren sicher nicht nötig sein. Am Mitwirkungsanlass – auf den Tag genau heute vor einem Jahr war dieser – wurde denn auch von allem gefordert, dass die Gebäude bestehen bleiben. Argumentiert wurde damals damit, dass sich die Gebäude als idealer Rückzugsort bei Hitze und Regen eignen, und auch damit, dass sie dem Gärtnereispielplatz das gewisse Etwas, eine Identität, geben würden. Ich bin nicht einer, der eine Mitwirkung veranstaltet und dann am Schluss alles anders macht. Wenn sich das Quartier, Jugendorganisationen und Vereine für den Erhalt des Gewächshauses aussprechen, dann wollen wir das auch unterstützen und an dieser Variante festhalten.

Ich bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen und den Rückbauantrag abzulehnen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank für die Ausführungen. Wir kommen als erstes zur Abstimmung über den Antrag. Ihr habt den Antrag der FDP gehört. Wenn ihr dem Antrag der FDP zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt Grün drücken.

Antrag 1

FDP

Das ehemalige Gewächshaus soll vollständig zurückgebaut werden. Der Altbeton und das Alteisen sollen – gemäss der Energie- und Klimastrategie – recycelt und somit wieder in den Warenkreislauf integriert werden. Stadtgrün soll anschliessend eine alternative Spielgelegenheit, wie z.B. ein Planwagen, installieren.

Abstimmung Nr. 006

2024.TVS.0201: Antrag 1

Ablehnung

Ja	9
Nein	50
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag der FDP somit abgelehnt. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen, dann könnt ihr jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 007

2024.TVS.0201

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zugestimmt.

2025.BSS.0235

4 Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern: Verlängerung 2026-2027; Kenntnisnahme

Präsidentin: Jetzt kommen wir zum Traktandum 4, Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern. Hier geht es um eine Verlängerung von 2026 bis 2027. Es handelt sich um eine Kenntnisnahme. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Wir beraten heute über die Verlängerung der leicht angepassten Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2026/2027. Diese haben wir am 16. Februar in der SBK diskutiert. Und auch wenn es heute *nur* um eine Kenntnisnahme geht, werde ich in meinem Votum etwas ausführlicher sein, und zwar aus drei Gründen. Erstens, weil die Förderung der beruflichen und sozialen Integration gerade in den heutigen Zeiten ein zentrales sozialpolitisches Thema ist. Zweitens, weil die bisherige Strategie der Stadt und die wichtige und gute Arbeit des Sozialamts und des Kompetenzzentrums Arbeit (KA) in diesem sehr herausfordernden Feld eine Würdigung verdient. Und drittens, weil die Erkenntnisse aus dieser Arbeit im Hinblick auf die Neuausschreibung der Arbeitsintegration durch den Kanton eine sehr hilfreiche Grundlage bilden für die zukünftige Gestaltung der Angebote der Stadt Bern.

Die bisherige Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration – im Folgenden "die Strategie" – deckte den Zeitraum 2022 bis 2025 ab. Grundsätzlich macht dieser auf die Legislatur abgestimmte Vierjahresrhythmus auch Sinn. Nun gab aber die kantonale Direktion für Gesundheit, Soziales und Integration bekannt, dass sie den Bereich der beruflichen und sozialen Integration neugestalten will. In Kürze soll eine Ausschreibung erfolgen, um die Angebote, die bisher unter dem Begriff BIAS, also Beschäftigungs- und Integrationsangebote in der Sozialhilfe, zusammengefasst sind,

neu zu vergeben. Dabei soll die Anzahl der strategischen Partner*innen reduziert und ein erfolgsorientiertes Abgeltungsmodell angestrebt werden, ähnlich wie bei NA-BE (Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern). Das Jahr 2027 soll als Übergangs- und Umbaujahr gelten. Ab 2028 soll das neue System bereits in Kraft sein.

In der Kommission diskutierten wir darüber, dass dieser Fahrplan herausfordernd ist und die Stadt gleichzeitig sehr gut aufgestellt ist und intensive Vorarbeiten betrieben hat, Gespräche geführt mit möglichen Partner*innen, damit die Stadt auch bei einer kurzen Eingabefrist ein Angebot unterbreiten kann, sollte sich der Gemeinderat dazu entscheiden. Dabei wird sich ebenfalls klären, ob die erfolgsabhängige Abgeltung einen Verpflichtungskredit beziehungsweise einen Eventualverpflichtungskredit zur Risikoabdeckung erfordern wird, der dann je nach Höhe in der Stadtratskompetenz liegen wird. Vor diesem Hintergrund war es aus der Sicht der SBK auch nachvollziehbar und sinnvoll, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine neue Strategie ausgearbeitet wurde, sondern die Ausschreibung des Kantons abgewartet und mit der vorliegenden Übergangsstrategie die bewährten Massnahmen aus der bisherigen Strategie für zwei Jahre weitergeführt werden sollen. Die Strategie fokussiert dabei auf ausbildungslose Jugendliche und Menschen in der Sozial- und in der Asylsozialhilfe und es wird bewusst auf Angebote im Bereich der versicherten Arbeitslosigkeit verzichtet. So können bestehende Angebote gezielt ergänzt und Lücken gefüllt werden, um *die* Menschen zu unterstützen, die sonst durch die Maschen des Systems fallen würden. Denn es sind nicht alle Jugendlichen, die Mühe haben, eine Stelle zu finden. Es sind vor allem solche mit einer sogenannten Mehrfachproblematik; also wenn sich die Probleme zu Hause, in der Schule, gesundheitlich und weiteres überlappen. Es sind auch nicht alle Eltern, die Schwierigkeiten haben im Arbeitsmarkt, sondern es sind vor allem Mütter und vor allem alleinerziehende Mütter. Und schliesslich sind es auch nicht einfach alle, die aus einem anderen Land hierhergezogen sind, sondern insbesondere Menschen mit keinen oder tiefen Qualifikationen, sprich kaum Deutschkenntnissen, kaum Schul- und Ausbildungen. Die bisherige Strategie beinhaltete sechs Massnahmen, um genau diese Personengruppen bei der beruflichen und sozialen Integration zu unterstützen. Vier davon waren im Bereich "Berufliche Integration" und zwei in der "Sozialen Integration" angesiedelt.

Die Übergangsstrategie sieht nun vor, fünf dieser Massnahmen weiterzuführen. Die sechste Massnahme, die Überbrückungshilfen, mit denen Armutsbetroffene einmalig und punktuell unterstützt werden konnten, sind aktuell aufgrund einer Beschwerde der SVP sistiert. Das Verfahren liegt beim Verwaltungsgericht. Da nicht abzusehen ist, dass das juristische Verfahren in der Zeit der Übergangsstrategie abgeschlossen sein wird, verzichtet die Strategie darauf, die Massnahme 6 weiterzuführen.

Ich werde im Folgenden noch kurz auf ein paar Punkte aus der Zwischenauswertung der einzelnen Massnahmen eingehen und die geplante Weiterführung ausführen. Die Massnahme 1 ist ein Angebot, das heisst flex.job. Es bietet Jugendlichen mit Mehrfachproblematik eine Kombination von befristeten Arbeitseinsätzen und individueller Beratung. Von den Teilnehmenden, die den Einsatz erfolgreich beendet haben, haben 65% danach eine Anstellung gefunden. In der Strategie ist aber auch die absolute Vermittlungsquote zu lesen. Diese beträgt 35%. Das bedeutet, dass doch einige der Jugendlichen, die am Programm teilnehmen, dieses abbrechen und damit nicht vermittelt werden können. Das ist ein Hinweis darauf, wie komplex die Herausforderungen für gewisse Jugendliche sind. Und dieser Hinweis ist mit Blick auf ein allfällig erfolgsorientiertes Abgeltungsmodell relevant, weil er zeigt, dass es sehr stark darauf ankommen wird, wie Erfolg gemessen wird, und dann auch die Frage aufwirft, welches System die

Menschen auffängt, die bei diesen Parametern von Erfolg keine Chancen haben, und wer dieses System finanziert. Das war nun ein kleiner Exkurs in die Zukunft, von der wir ganz vieles noch nicht wissen. Was wir aber wissen, ist, dass das Angebot flex.job ein bewährtes und ergänzendes Angebot darstellt, das deshalb auch in den kommenden zwei Jahren weitergeführt werden soll.

Massnahme 2 beinhaltet Qualifizierungsangebote unterhalb des Berufsbildungsniveaus, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Branchen angeboten werden. Teilnehmende können sich Grundqualifikationen aneignen, und der Fokus liegt bisher in der Systemgastronomie mit der Zieglerküche und in der Reinigung. Es sind beides Branchen mit hoher Anschlussfähigkeit an den Arbeitsmarkt. So haben in der Reinigung 63% und in der Küche 44% im Anschluss eine Anstellung gefunden. Neu wurde zudem ein Angebot im Bereich Fahrradmechanik lanciert. Auch diese Massnahme 2 ist in vielen Aspekten sehr erfolgreich und soll weitergeführt werden. Mit Massnahme 3 werden Schlüssel- und Grundkompetenzen in allen Betrieben des KA gefördert. Das Feedback der Teilnehmenden und Mitarbeiter*innen zu dieser Massnahme fällt sehr positiv aus und vielsprechend dabei ist vor allem der Peer-to-Peer-Ansatz, der in Zukunft noch stärker gefördert werden soll.

Massnahme 4 fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu wurde im KA die Fachstelle "Vereinbarkeit" geschaffen, die nun vor allem die KA internen Strukturen und Prozesse auf Vereinbarkeit überprüft und angepasst hat. Es wurde dabei deutlich, dass es nach wie vor an Betreuungsmodellen fehlt, um Beruf und Familie zu vereinbaren, insbesondere für die Nacht- und die Schichtarbeit. Man wird auch daran weiterarbeiten. Die letzte Massnahme 5 ist ein Angebot der sozialen Integration. Es handelt sich um die Alltagstandems, die man aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich kennt. Diese sollen weitergeführt und auf alle Anspruchsgruppen der Sozialhilfe angewendet werden. Die Nachfrage nach diesen Tandems ist sehr hoch und kann aktuell nicht abgedeckt werden, weil es nicht genug Freiwillige gibt. Die Erfahrung zeigt aber, dass diese Tandems, wenn sie denn zustande kommen, für die soziale Integration sehr gut funktionieren und dieses Angebot deshalb auch weitergeführt werden soll. Es wird von der Katholischen Kirche Bern koordiniert.

Für die Umsetzung dieser fünf Massnahmen sind in der vorliegenden Übergangsstrategie 800'000 Franken pro Jahr vorgesehen. Davon fliessen 620'000 direkt ins KA, für die Massnahmen 1 bis 4, 100'000 in das Grundangebot der Tandems (Massnahme 5) und 80'000 in die Weiterentwicklung dieser Tandems.

Ich möchte zum Schluss einen Dank an die BSS und die Mitarbeitenden des Sozialamts und des Kompetenzzentrums Arbeit aussprechen, denn durch den Vortrag, die Strategie und die weiteren Ausführungen in der SBK haben wir einen relevanten und spannenden Einblick in die komplexen Fragestellungen, Herausforderungen und Massnahmen in der beruflichen und sozialen Integration der Stadt Bern erhalten.

Die SBK hat denn auch die vorliegende Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration einstimmig positiv zur Kenntnis genommen und empfiehlt euch, dem zu folgen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Barbara Keller für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir beraten heute über die Verlängerung der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern für die Jahre 2026 und 2027. Es handelt sich um eine Übergangsstrategie. Und diese Einordnung ist zentral. Die Ausgangslage ist klar: Der Kanton befindet sich mitten in einer

grundlegenden Neustrukturierung der Integrationsangebote. Mit der geplanten Neuvergabe der BIAS-Angebote und in einem neuen Abgeltungsmodell wird sich die gesamte Integrationslandschaft 2028 verändern. In dieser Situation ist es richtig und sinnvoll, dass die Stadt keine neue Strategie im Blindflug erarbeitet, sondern die bewährten Massnahmen weiterführt und gezielt auf Kontinuität setzt. Die vorliegende Übergangsstrategie macht genau das. Sie sichert bestehende, gut funktionierende Angebote ab – von der beruflichen Integration über Qualifikationsprogramme bis hin zu Alltagstandems im Bereich der sozialen Integration.

Sie setzt dort an, wo Menschen heute tatsächlich durch die Maschen fallen: bei Jugendlichen mit Mehrfachproblematiken, bei armutsbetroffenen Personen, bei Menschen mit fehlenden oder nicht anerkannten Qualifikationen sowie bei Personen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt. Aus Sicht der SP-JUSO-Fraktion ist dabei zentral: Integration ist ein Recht auf Teilhabe, kein reines Aktivierungsinstrument unter Druckbedingungen. Die Angebote der Stadt müssen Menschen stärken, nicht selektionieren. Erfolgsorientierte Logiken dürfen nicht dazu führen, dass diejenigen aus dem System fallen, die komplexere Lebenslagen haben. Integration misst sich nicht nur an Vermittlungsquoten, sondern auch an Stabilisierung, Perspektivenaufbau und sozialer Teilhabe. Denn wir sprechen heute nicht über abstrakte Zielgruppen, sondern über Menschen, die unter den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen besonders stark leiden – zunehmende Prekarisierung, steigenden Leistungsdruck im Arbeitsmarkt, wachsende soziale Ungleichheit und einen gesellschaftlichen Zusammenhang, der immer mehr unter Druck steht. Soziale Integration ist gleichwertig zur Arbeitsintegration. Gerade in Zeiten von Prekarisierung und psychischen Belastungen sind soziale Beziehungen, Tagesstrukturen und Teilhabe zentrale Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Programme wie die Alltagstandems oder niederschwellige Treffpunkte sind eine zentrale soziale Infrastruktur.

Positiv hervorheben möchten wir zudem, dass die Strategie auf bewährte Ansätze setzt: arbeitsnahe Qualifikationen, praxisorientierte Programme, niederschwellige soziale Integration und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Besonders die Alltagstandems zeigen, wie wichtig soziale Beziehungen und freiwillige Arbeit für die Integration sind, auch wenn hier die Rekrutierung von Freiwilligen eine echte Herausforderung darstellt.

Integration braucht öffentliche Verantwortung statt Individualisierung sozialer Probleme. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, steigende psychische Belastungen, strukturelle Benachteiligungen sind gesellschaftliche Realitäten, keine individuellen Defizite. Sozialpolitik muss systematische Antworten geben und darf Armut nicht weiter individualisieren oder moralisch aufladen.

Klar ist aber auch: Diese Übergangsstrategie ist bewusst begrenzt. Sie löst die strukturellen Fragen nicht, sondern überbrückt eine Phase der Unsicherheit. Umso wichtiger wird es sein, dass sich die Stadt Bern aktiv in die neue kantonale Systemgestaltung einbringt und dabei die Perspektive der Betroffenen konsequent vertritt. Integration darf nicht stärker unter den Vorbehalt von Effizienz- und Erfolgslogiken gestellt werden, die diejenigen ausschliessen, die besonders auf Unterstützung angewiesen wären.

Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt diese Übergangsstrategie. Sie ist pragmatisch, sie ist notwendig und sie sichert Kontinuität in einem Bereich, der für den sozialen Zusammenhang in unserer Stadt zentral ist. Wir nehmen somit diese Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Laura Curau für die Mitte-Fraktion.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion ist nicht überzeugt, auch wenn die Arbeit dahinter natürlich wichtig ist, wie schon sehr ausführlich ausgeführt worden ist. Was uns nämlich stört: Es fehlen nach wie vor belastbare Wirkungszahlen. Es gibt positive Einzelfälle, aber keine systematische Erfolgsmessung. In einer Strategie, und sei es auch nur eine nachträgliche Verlängerung-Übergangs-Etwas, erwarten wir, dass eine transparente Leistungs- und Wirkungsübersicht gemacht wird. Im Kanton läuft aktuell die Ausschreibung und der Kanton denkt dabei wirtschaftlich. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt dort nicht per Grundsatz die Konfrontation sucht. Gleichzeitig muss man für eine neue Strategie wissen, mit welchen Zahlen der Kanton operiert, bevor die Stadt sich festlegt.

Was uns an dieser Strategie aber besonders stört: Die Perspektive der Wirtschaft und des Gewerbes ist völlig nicht präsent. In einer Strategie, die den Beruf im Titel hat, sollte die Wirtschaft als Partnerin vorkommen und nicht eine klaffende Lücke sein. Die Fraktion Mitte Stadt Bern nimmt die Verlängerung ablehnend zur Kenntnis.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Oliver Berger für die FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Der Arbeitsmarkt ist im Wandel. Die Digitalisierung ist im Gang, die Anforderungen an die Arbeitnehmerschaft steigen. Es gibt immer weniger Jobs im zweiten Sektor. Gerade im dritten Sektor herrscht jetzt schon ein Fachkräftemangel, der sich noch akzentuieren wird. In der Schweiz ist aber die Situation im Vergleich zu den umliegenden Ländern noch fürstlich. Es herrscht mit einer Arbeitslosenquote von 3% quasi Vollbeschäftigung. Das ist ein Ausdruck davon, dass unser liberaler Arbeitsmarkt mit den liberalen Arbeitsgesetzen grundsätzlich funktioniert. Wie in jedem System gibt es aber auch hier Härte- oder Spezialfälle, die staatlich unterstützt werden sollen, damit sie nicht durch die Maschen fallen und in der Sozialhilfe landen. In dem Sinn unterstützen wir von der FDP grundsätzlich die Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration. Angebote wie flex.job, Förderung von Grund- und Schlüsselkompetenzen, Freiwilligenarbeit finden wir grundsätzlich positiv. Der Arm der Arbeit ist lang, wie die Arbeits- und Organisationspsychologie sagt. Gerade in der Schweiz definiert sich sehr viel über den Job. Es ist deshalb gut, wenn wir hier gute Angebote haben, damit die Leute schnell wieder einen Job finden, um ihre eigene Identität zu finden und zu stärken, aber auch die Kosten für den Sozialstaat zu senken. Der Fokus liegt bei den Risikogruppen, die gezielte Unterstützung erhalten, und es gibt praxisnahe Massnahmen. Das ist grundsätzlich positiv.

Aber jetzt kommt das grosse Aber. Das Programm kostet uns einen grossen Batzen Geld bei teilweise unklarer Wirkung, sei es quantitativ wie qualitativ, wie die Vorrednerin ausgeführt hat. Zudem ist die Arbeitsintegration grundsätzlich eine kantonale Aufgabe. Daher müssen wir nicht teure Parallelstrukturen schaffen.

Wir als FDP werden die Strategie grundsätzlich neutral bis positiv zur Kenntnis nehmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank, Oliver. Als nächstes Anna Leissing von der Fraktion GB/JA!. Falls es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, könnt ihr euch jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! nimmt diese Strategie sehr positiv zur Kenntnis. Und wir möchten uns auch noch einmal bei den Mitarbeitenden des Sozialamts und des KA für ihre Arbeit in diesem äusserst herausfordernden und gesellschaftspolitisch so entscheidenden Feld bedanken. In einer Welt im konstanten

Krisenmodus laufen wir Gefahr, dass immer mehr Menschen abgehängt werden, weil Stellen abgebaut werden, insbesondere für Menschen mit wenig Qualifikationen, nicht nur, aber auch aufgrund der zunehmenden Digitalisierung, weil Leistungsdruck und Katastrophenmeldungen psychische und Suchterkrankungen verschärfen, weil die Gesundheitsversorgung gerade in diesem Bereich nach wie vor prekär und immer prekärer ist und der Bedarf insbesondere bei Kindern und Jugendlichen bei weitem nicht gedeckt werden kann, weil die Menschen aufgrund von steigenden Mieten ihre Wohnung, ihr Quartier, ihre sozialen Strukturen verlieren.

Ich könnte noch viele weitere Faktoren aufzählen. Doch was ich damit vor allem sagen will, ist: Die Stadt Bern fängt mit ihren Angeboten, die in dieser Strategie beschrieben sind, in der beruflichen und sozialen Integration die Menschen und insbesondere die Menschen auf, die sonst durch die Maschen des Systems fallen würden. Sie trägt damit entscheidend zum sozialen Zusammenhalt und einer inklusiven Gesellschaft bei. Die GB-JA!-Fraktion begrüsst es, diesen Fokus der Strategie mit den städtischen Angeboten auf die besonders vulnerablen und marginalisierten Gruppen und Personen auszurichten.

Was bei uns vor allem Diskussionen ausgelöst hat, ist das Vorgehen des Kantons mit der Ausschreibung. Einmal mehr ist die Stadt konfrontiert mit einem höchst intransparenten Prozess, der die Arbeit und die Koordination massiv erschwert, sowie mit der Auslagerung von sozialen und finanziellen Risiken in einem Bereich, in dem eigentlich der Kanton zuständig ist, in einem Bereich, der sich dadurch auszeichnet, dass er eben finanziell nicht rentabel ist und sogenannte Integrationserfolge, also die Integration von Menschen in den ersten Arbeitsmarkt, für viele dieser Menschen gar nicht erreichbar sind, und aus unserer Sicht auch nicht die richtige Messlatte darstellen.

Mit der Neuausschreibung der Arbeitsintegration, die wohl die soziale Integration schon gar nicht mehr beinhalten wird, trägt die Stadt also einmal mehr die gesellschaftlichen und finanziellen Folgen von neoliberaler Logik des bürgerlichen Kantons Bern. Und versteht mich nicht falsch. Es ist richtig aus unserer Sicht, dass die Stadt Bern hier einspringt und zwar nicht nur aus einer solidarischen Perspektive, die allen Menschen die berufliche und soziale Teilhabe ermöglichen will, sondern langfristig auch aus einer Perspektive der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Denn die Folgekosten von Nichteinbezug und Nichtintegration sind ein Vielfaches höher, sowohl aus gesellschaftlicher wie auch aus finanzieller Sicht.

In diesem Sinn ist die GB-JA!-Fraktion gespannt auf die weiteren Entwicklungen in diesem Bereich, und wir nehmen die Strategie 2026-2027 der Stadt Bern positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr könnt euch jetzt anmelden für die Einzelvoten. – Es scheint keine zu geben. Dann übergebe ich gerne der Gemeinderätin Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend von meiner Seite und vielen Dank für die Debatte und vielen Dank an die Referentin. Mit der Strategie des Gemeinderates zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration definieren wir seit Jahren, wie wir uns in diesem Bereich engagieren. In den vergangenen Jahren hat die Stadt in die Umsetzung der Massnahmen aus der Strategie jährlich zwischen 800'000 Franken und einer Million Franken investiert. Das ist ein relativ kleiner Anteil, wenn man vergleicht, wie viele Mittel vom Kanton in die Angebote fliessen, die das KA im Auftrag des Kantons führt – an dieser Stelle: Oli, es ist nicht so, dass wir eine Parallelstruktur haben. Vielmehr sind die BIAS-Programme explizit so designt, dass die Anbietenden im Auftrag des Kantons diesen Auftrag umsetzen. Es handelt sich hier um einen sehr wichtigen

Beitrag der Stadt zur sozialen Sicherheit, mit dem, was wir in die soziale Integration neben diesen BIAS-Programmen unter anderem investieren. Die Strategie, wir haben es gehört, lief im vergangenen Dezember aus. Deshalb kommen wir mit diesem Geschäft. Denn es gilt jetzt eigentlich eine Nachfolgestrategie festzulegen. Und wir haben es gehört: Der Kanton stellt im Moment das System auf den Kopf. Die Arbeitsintegration in die Sozialhilfe steht dann stark im Umbruch.

Der Kanton beabsichtigt, im Rahmen des Projekts VAI (Veränderung in der Arbeitsintegration im Kanton Bern) die Rahmenbedingungen grundsätzlich zu verändern, und zwar über dieses Ausschreibungsverfahren. Das neue Modell mit den künftigen Trägerorganisationen, die sich dann in Perimetern organisieren werden, soll ab 2028 in Kraft treten. Ich kann heute berichten, dass diese Ausschreibung nun gestartet ist. Seit vorgestern ist das Fenster offen für das Offerieren für die potenziellen Anbieter*innen pro Perimeter. Und das Fenster läuft bis Ende August. Das ist für alle Akteur*innen im Kanton, die in diesen BIAS-Programmen waren, eine grosse Herausforderung, denn erst seit vorgestern wissen wir, wie sich der Kanton das Abgeltungssystem in Zukunft vorstellt. Es ist damit zu rechnen, dass das Programm VAI die bestehende Angebotslandschaft massgeblich verändern wird. Welche Auswirkungen diese kantonale Neuausrichtung auf das städtische Kompetenzzentrum Arbeit haben wird, steht noch nicht fest. Der Gemeinderat beschäftigt sich schon länger sehr intensiv mit dieser Situation. Und wir sind jetzt natürlich mit Hochdruck daran, uns mit der Ausschreibung auseinanderzusetzen. Und wir werden euch seitens Gemeinderats so gut wie möglich auf dem Laufenden halten. Wie gesagt, wir müssen bis Ende August entscheiden, ob wir an der Ausschreibung teilnehmen oder nicht.

Der Gemeinderat hat mit Blick auf diese Situation und auf diese Unsicherheiten darum entschieden, dass die bestehende Strategie in leicht reduzierter Form um zwei Jahre verlängert werden soll. Wenn dann klar ist, wie es weitergeht, werden wir uns strategisch neu aufstellen und damit gezielt auf diese Veränderungen auch reagieren.

Vielleicht noch ein kleiner Hinweis an Laura von der Mitte-Partei. Wir arbeiten über das KA momentan mit 350 Partnerbetrieben in der Stadt zusammen. Es ist mir ein bisschen ein Rätsel, wie ihr hier zum Schluss kommt, dass die Wirtschaft in unseren Angeboten und in unserer Strategie nicht vorkommt. Vielleicht besser ein bisschen mehr lesen, statt in einem PDF einfach nach dem Wort "Wirtschaft" zu suchen.

Ich danke euch für die Unterstützung des Geschäftes. Und wir sind, glaube ich, alle gespannt, wie es in diesem Themenbereich weitergeht.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen nun bereits zur Abstimmung. Ihr habt es schon in den Voten gehört. Den Bericht des Gemeinderats nehmen wir mit Wertung zur Kenntnis. Wer also den Bericht des Gemeinderats zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, drückt Grün, ablehnend Rot und ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 008

2025.BSS.0235: Kenntnisnahme

Zustimmend

Ja	47
Nein	10
Enthalten	10

Präsidentin: Ihr habt den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Vielen Dank.

2025.SR.0033

5 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gasterife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine; Fristverlängerung

Präsidentin: Wir kommen als nächstes zum Traktandum 5. Das ist ein interfraktionelles Postulat "Erhöhte Strom- und Gasterife EWB: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine". Die Fristverlängerung wurde in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund ist sie heute hier im Stadtrat traktandiert und ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Danach bin ich, glaube ich, durch für heute Abend. Die SBK hat am 9. März über den Antrag auf Fristverlängerung für das vorliegende interfraktionelle Postulat diskutiert. Das Postulat wurde im Oktober 2022 eingereicht, vor allem vor dem Hintergrund der Energiekrise, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ausgelöst wurde. Damals stiegen die Energiekosten für die Haushalte stark. Beim Strom war es eine 20-prozentige Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr.

Der Stadtrat hat dann das Postulat beziehungsweise die Punkte 1 und 3 des Postulats im Januar 2025 für erheblich erklärt und damit den Gemeinderat beauftragt, eine Abfederung der Energietarife für armutsbetroffene und -bedrohte Haushalte zu prüfen sowie sich bei Bund und Kanton dafür einzusetzen, dass diese Massnahmen zur Verhinderung von Energiearmut sowie zu notwendigen wirtschaftlichen Hilfen ergreifen.

Wir alle wissen: Die Situation hat sich seither nicht wirklich verbessert. Schon vor der geopolitischen Eskalation Anfang dieses Jahres waren die Energiepreise stetig angestiegen; beim Strom nach der massiven Erhöhung 2023 nicht mehr ganz so stark, aber dennoch rund 5% im Jahr 2025, nochmal 5% dieses Jahr. Und auch beim Gas sieht es nicht gut aus. 2023 stiegen die Kosten um rund 19% und blieben dann relativ stabil. 2026 sind sie erst 2% gesunken. Gleichzeitig haben sich aber die Kosten für Fernwärme für dieses Jahr verdoppelt.

Und eben, wie es seit dem Angriff der USA und Israels auf den Iran Ende Februar 2026 aussieht, muss ich hier, glaube ich, nicht lange ausführen. Der Preis für Heizöl ist im Vergleich zu vor dem Angriff um rund 30 bis 40% gestiegen, derjenige für Gas hat sich mehr oder weniger verdoppelt. Eine Entschärfung ist nicht unbedingt in Sicht. Vor diesem Hintergrund fand eine Mehrheit der SBK, dass die beantragte Frist von zwei Jahren zu lang ist, und beantragt deshalb eine verkürzte Frist bis 30. Januar 2027.

Denn armutsbetroffene und gefährdete Personen werden durch die steigenden Energiepreise weiter unter Druck gesetzt. Im Kontext vom sonst massiven Anstieg der Lebenskosten – Miete, Krankenkassen, Lebensmittel – besteht also dringender Handlungsbedarf. Und gerade weil die Überbrückungshilfen sistiert und wohl durch ein jahrelanges juristisches Verfahren blockiert sind, muss der Gemeinderat besonders im aktuellen Kontext schnell zugängliche Alternativen suchen. Die SBK anerkennt selbstverständlich die Komplexität des Geschäfts. Doch der Gemeinderat hat bereits 2023 die Firma Ecoplan beauftragt, Modelle zur Entlastung von Haushalten mit tiefen Einkommen zu eruieren. Auf diesen Erkenntnissen kann und soll aufgebaut werden. Der Gemeinderat selbst verweist auf die Möglichkeit, bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt zu unterstützen oder sich für Massnahmen zur grösseren Energieeffizienz in preisgünstigen Wohnungen und damit zur Senkung der Energiekosten einzusetzen. Das heisst,

es gibt Potenzial für verschiedene Massnahmen, die wohl auch kombiniert werden müssten und könnten, um den gewünschten Effekt zu erreichen. Denn mit dem Antrag auf eine verkürzte Frist sagt eine Mehrheit der SBK: Das Problem drängt und wir fordern den Gemeinderat und die Verwaltung auf, sich mit höchster Priorität der Suche nach Lösungen zu widmen, um die Spirale der Prekarisierung aufgrund der steigenden Energie- und Lebenskosten abzubremesen.

Die SBK beantragt eine verkürzte Frist bis Januar 2027 und lädt euch ein, diesem Antrag zu folgen. Vielen Dank.

Präsidentin: Du möchtest noch das Fraktionsvotum anhängen?

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Ich werde das Fraktionsvotum hier ganz kurzhalten. Die GB-JA!-Fraktion anerkennt die prekäre Situation vieler Haushalte, die komplexe Konfliktsituation der Welt. Wir folgen deshalb der SBK mit dem Antrag auf eine verkürzte Frist bis Januar 2027. Wir sind überzeugt, dass diese Abklärungen mit höchster Priorität vorgenommen werden müssen, und wir hoffen, dass dann die Lösungen auch in die Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative einfließen werden, wie es der Gemeinderat ja auch im Vortrag antönt. Herzlichen Dank, dass auch ihr dem SBK-Antrag folgt.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Ich probiere, in ein paar Zeilen zu zeigen, dass ich das Zeug gelesen habe. Vielleicht glaubt es mir jemand, vielleicht auch nicht. Wenn man das letzte Wort hat, kann man es ja dann noch beurteilen in diesem Rat. Das ist immer schön.

Das Pilotjahr 2023 der Überbrückungshilfe war gemäss Zahlen erfolgreich. Das bestreitet niemand. Einzelpersonen, Familien und Kinder wurden unterstützt. Doch die Regierungstadthalterin hat klar festgehalten: Es handelt sich um Sozialhilfe und Sozialhilfe hat Regeln und daran muss sich auch die Stadt halten. Die Fraktion Mitte ist der Meinung: Die Stadt muss keine Einzelfallhilfe ausbauen – erst recht nicht an der Sozialhilfe vorbei. Für solche Fälle gibt es bestehende Organisationen und geregelte Wege, die auch schon die Stadt Bern kennt und nutzt. Die Bekämpfung von Ungleichheiten soll nicht zu neuen Ungleichheiten führen. Das zu Recht sistierte Angebot umgeht nämlich das bestehende System und schafft Ungleichheit zu denen, die das System regulär nutzen. Die Fraktion Die Mitte versteht nicht, dass der Gemeinderat da etwas weiterzieht. Darum unterstützen wir den Antrag, das Geschäft abzuschreiben, und lehnen die Fristverlängerung ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Oliver Berger von der FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich komme zum Postulat "Erhöhte Energie- und Gaspreise EWB". Die FDP beantragt die Abschreibung des Postulats. Der Vorstoss ist damals beim Start des Ukrainekriegs oder kurz darauf eingereicht worden. Damals hatte man Angst, die Versorgungssicherheit sei nicht gewährleistet. Daraufhin sind die Gas- und Strompreise in die Höhe geschossen.

Heute haben wir aber eine andere Situation. Seit dem Jahr 2023 beziehungsweise spätestens seit dem Jahr 2024 sind sowohl die Preise für Strom und Gas gesunken und haben sich wieder bei einem marktgerechten Preis eingependelt. Wer es nicht glaubt,

der kann sich gerne beim BFS erkundigen. Ich habe sogar eine aktuelle Liste da. Allerdings kann man sie ohne Lesebrille nicht richtig lesen. Einen weiteren staatlichen Eingriff im Sinne einer Subvention erachten wir deshalb nicht als sinnvoll oder zweckmässig. Notabene erhöhen höhere Preise auch den Innovations- und Substitutionsdruck für alternative Energien. Es wäre also aus unserer Sicht falsch, die Frist zu verlängern, egal ob kurz oder lang.

Wir werden darum unserem Antrag auf Abschreibung des Postulats natürlich zustimmen und jegliche Fristverlängerungen ablehnen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Als nächstes gerne Emanuel Amrein von der SP/JUSO-Fraktion.

Emanuel Amrein (SP) für die Fraktion: Ich halte das Votum für die SP-JUSO-Fraktion. Wir haben im Rat bereits mehrfach das Anliegen geäussert, dass Menschen mit knappem Budget unterstützt werden müssen, Menschen, die an der Armutsgrenze leben, die arbeiten und trotzdem prekär leben, Menschen, die eben noch keine Sozialhilfe erhalten und tagtäglich kämpfen, um ihre Situation zu verbessern und sich über Wasser zu halten. Ich erinnere hier an unser Postulat für Ergänzungsleistungen für Working Poor-Familien, das der Stadtrat letzten Juni genehmigt hat.

Eine saftige Stromrechnung kann einen armutsbetroffenen Haushalt aus dem Gleichgewicht bringen. Nun drohen erneut solche Rechnungen. Die Energiepreise steigen. Wir kennen alle die geopolitische Lage. Das Anliegen ist entsprechend hochaktuell. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass ein Antragsmodell hochschwierig und mit hohen Verwaltungskosten verbunden ist. Diese Aussage ist erstaunlich. Ich kenne Stiftungen, die genau nach diesem Modell funktionieren und armutsbetroffene Menschen, das heisst, Menschen ausserhalb der Sozialhilfe, rasch, simpel und unbürokratisch unterstützen – und das noch mit einem sehr kleinen Verwaltungsaufwand. Prekäre Menschen sind durchaus fähig, ein Formular auszufüllen und ihre Einkommensverhältnisse zu deklarieren. Insbesondere, wenn es darum geht, Geld zu organisieren, würde ich behaupten, sind sie sogar geschickt. Hier versteckt sich der Gemeinderat hinter dem drohenden Bürokratiemonster, dass er andernorts nicht scheut oder sogar zur Tür hereinlässt. Man könnte auch mal einfach etwas Einfaches ausprobieren. Das Prekariat kennt keine Fristverlängerung. Die Fristverlängerung heisst dort Armut.

Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag der SBK.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Carola Christen. Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, könnt ihr euch jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Wir haben es bereits mehrfach gehört: Die Situation ist dringlich. Der Vorstoss wurde kurz nach der russischen Aggression gegenüber der Ukraine eingereicht, dies aufgrund der steigenden Energiepreise. Er wurde bereits damals als dringlich angeschaut.

Angesichts der nochmaligen Erhöhung der Preise, wenn wir nur die Strompreise im Jahr 2025 und 2026 nehmen, die je um 5% gestiegen sind, sehen wir, dass der Antrag bzw. der Vorstoss nach wie vor dringlich ist. Ja, und hier stehen wir nun mit einem weiteren Aggressionskrieg, mit einer weiteren Konfliktsituation. Und diese Situation hat auch hier Auswirkungen auf die Unsicherheit im Energiemarkt, somit auch Auswirkungen auf die Strompreise. Und wie es auch schon mehrfach thematisiert wurde, sind die steigenden Lebenskosten sowie die hohen Strom- und Energiepreise für viele Personen kaum noch stemmbar.

Daher können wir uns eigentlich der SP und auch dem Grünen Bündnis anschliessen. Sie ist nach wie vor dringlich, diese Thematik. Dass es sich bei der Lösungsfindung um ein komplexes, vielschichtiges Thema handelt, wie der Gemeinderat auch in seinem Antrag ganz klar ausgeführt hat, sehen wir seitens der GFL. Auch begrüssen wir, dass eine möglichst umfassende, nachhaltige und gesamtheitliche Lösung angestrebt wird. Es macht keinen Sinn, hier nur simple, kurzfristige Lösungen bereitzustellen und eine sogenannte Pflasterlipolitik zu machen. Daher stimmen wir seitens der GFL einer Fristverlängerung zu. Aufgrund der Dringlichkeit und – leider – der absoluten Notwendigkeit dieses Anliegens erachten wir jedoch eine zweijährige Fristverlängerung als zu lange, und empfehlen euch daher auch, den Antrag der SBK auf eine einjährige Fristverlängerung anzunehmen. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine Einzelvoten zu geben. Dann übergebe ich das Wort Gemeinderätin Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Als allererstes will ich mich bei dir, Laura, noch entschuldigen. Du hast recht: Ich habe mich im Ton vergriffen. Ich wollte einfach die meines Erachtens falsche Aussage richtigstellen. Aber ich hätte auf den persönlichen Angriff verzichten sollen.

Das Thema der steigenden Energiekosten ist aktueller denn je. Der Gemeinderat ist sich bewusst, schon damals und auch heute noch, dass die gestiegenen Energiekosten für Teile der Bevölkerung eine grosse Belastung darstellen. Gerade armutsbetroffene Haushalte ohne Zugang zu einem Unterstützungssystem und Haushalte knapp oberhalb der Armutsgrenze, also auch Working Poor, sind von den steigenden Energiekosten überproportional betroffen. Und wir befinden uns mit unseren Energietarifen auf einem hohen Niveau.

Der Gemeinderat hat deshalb bereits damals, zu einem frühen Zeitpunkt, mögliche Modelle zur Entlastung dieser Haushalte bei den Energiekosten prüfen lassen. Dabei hat sich gezeigt, dass diese Modelle, die geprüft wurden, einerseits eben hochschwellig und die anvisierten Zielgruppen schwierig zu erreichen sind. Und andererseits verursachen diese geprüften Modelle hohe Verwaltungskosten. Das hat der Gemeinderat in ein Verhältnis gestellt und ist davon abgekommen, diese Modelle weiter zu verfolgen. Um den dringenden Bedarf der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen abzudecken und die grösste Not zu lindern, setzte der Gemeinderat stattdessen zunächst auf diese Überbrückungshilfen ab Anfang 2023. Wir haben es gehört: Diese sind zurzeit leider immer noch durch eine Beschwerde blockiert.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass diese Überbrückungshilfe ein sinnvolles und wirksames Instrument wäre, auch in dieser Frage der Energiekosten. Solange aber diese rechtlichen Rahmenbedingungen nicht geklärt sind, ist es nicht sinnvoll, ein System nach einer ähnlichen Logik zu bauen. Denn dann kommen wir wieder in eine rechtliche Unsicherheit hinein. Und wir müssen leider davon ausgehen, dass diese Klärung noch lange gehen wird. Deshalb ist der Gemeinderat daran, unter anderem auch im Zusammenhang mit der Diskussion hinsichtlich des Gegenvorschlags der Klimagerechtigkeitsinitiative, nach weiteren Alternativen zu suchen, die durch eine andere Logik funktionieren.

Ihr seht, der Gemeinderat ist mit euch einig, dass Handlungsbedarf besteht. Und er bemüht sich um diese Lösungsfindung. Die Ausgangslage ist aber sehr komplex. Es braucht eine gut durchdachte Lösung, die auch rechtlich Bestand hält. Und hierzu brauchen wir genügend Zeit, damit wir wirklich etwas Gutes bauen können. Und deshalb beantragen wir euch eben diese zweijährige Fristverlängerung. Ich gehe nicht davon

aus, dass wir euch bis nächsten Januar eine durchdachte Lösung präsentieren können, und bitte euch im Namen des Gemeinderates, diesen SBK-Antrag abzulehnen. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Ihr habt es von der FDP gehört: Wir haben hierzu eine Tischvorlage mit einem Antrag auf eine Abschreibung. Dann haben wir den Antrag des Gemeinderats in der Vorlage und den Antrag der SBK in der Antragsliste auf Fristverlängerungen mit unterschiedlichen Fristen. Wir stimmen also zuerst über die Abschreibung des Geschäfts ab. Wenn der Antrag angenommen wird, ist das Geschäft somit logischerweise erledigt. Und wenn der Antrag abgelehnt wird, stimmen wir über die Fristverlängerungen ab, indem wir sie einander gegenüberstellen. Dann kommen wir also zum ersten Antrag der FDP, das Postulat abzuschreiben. Wer dem zustimmen möchte, drückt jetzt Grün.

Antrag Tischvorlage

FDP

Das Postulat ist als erledigt abzuschreiben.

Abstimmung Nr. 009

2025.SR.0033: Antrag Tischvorlage

Ablehnung

Ja	23
Nein	41
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Somit kommen wir jetzt zu den Fristverlängerungen, die wir einander gegenüberstellen. Wer dem Antrag der SBK zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 1

SBK

Der Stadtrat stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 30. Januar 2027 zu.

Abstimmung Nr. 010

2025.SR.0033: Antrag 1 vs. Antrag Gemeinderat

Antrag 1 obsiegt

Ja	45
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag 1 der SBK obsiegt. Nun werden wir über den obsiegenden Antrag abstimmen auf eine Fristverlängerung bis 30. Januar 2027. Wer dieser Fristverlängerung zustimmen kann, drückt Grün.

Abstimmung Nr. 011

2025.SR.0033: Antrag 1

Annahme Fristverlängerung 30.01.2027

Ja	49
Nein	22
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Fristverlängerung gemäss Antrag 1 zugestimmt.

2019.SUE.000049

6 IN220-001000 (alt: I2200019), Fr. 1 980 000.00, Unterstützung und Förderung von energieeffizienten Gebäudesanierungen durch die Stadt Bern; Kreditabrechnung

Präsidentin: Wir kommen jetzt zu Traktandum 6, Unterstützung und Förderung von energieeffizienten Gebäudesanierungen durch die Stadt Bern, eine Kreditabrechnung. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die Finanzkommission Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Kommission: Bei diesem Geschäft geht es um Vergangenheitsbewältigung. Wir gehen tief in die Nuller- und die Zehnerjahre zurück. Es geht um die Kreditabrechnung über den Verpflichtungskredit von 1,98 Mio. Franken für das Programm "Bern saniert". Es ging damals darum, energieeffiziente Gebäudesanierungen durchzuführen, und die waren relativ erfolgreich. Statt 100 hat man 294 Liegenschaften energetisch saniert.

Es geht jetzt darum, dass wir diesen Kreditantrag genehmigen. Die Finanzkommission beantragt dem Stadtrat die Genehmigung der vorliegenden Abrechnung. So weit, so gut. Es gibt sogar eine Kreditunterschreitung von 200'000 Franken, mehr als 200'000 Franken. Das ist nicht schlecht für die Stadt Bern. In der Kommission gab allerdings ein bisschen zu reden, dass die Abrechnung erst jetzt vorgelegt wurde, obwohl die letzte Verbuchung bereits im Jahr 2017 erfolgte. Bei der Fluktuation in diesem Rat ist das ja schon eine halbe Ewigkeit her. Wir erwarten deshalb, dass Kreditabrechnungen künftig zeitnah vorgelegt werden. Es ist aber auch kein Grund, sie abzulehnen. Wir beantragen Zustimmung.

Präsidentin: Vielen Dank. Das scheint nicht bestritten zu sein. Besteht überhaupt Diskussionsbedarf? – Dann könnt ihr euch jetzt für alle Fraktionsvoten anmelden. Als erstes Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte dem Kommissionssprecher für seine Ausführungen danken. Einfach folgende Erklärung, wieso ich will, dass es traktandiert wird: Die Geschäfte gehen auf das Jahr 2009 zurück und ich bin schon eine Zeit lang im Stadtrat. Man hat immer versprochen, es gäbe keine Leichen mehr im Keller, und wir finden immer wieder Leichen im Keller. Und darum bin ich der Meinung, der Stimmbürger und die Öffentlichkeit sollten Anspruch darauf haben, dass Kreditabrechnungen nicht während Jahren nicht abgerechnet werden. Und das ist der Grund, wieso ich mich jetzt zu Wort gemeldet habe. Es geht nicht gegen das Geschäft an sich. Aber die Tatsache, dass man solche Sachen nicht macht – 2009, ich bin schlecht im Rechnen, das wisst ihr, aber das ist weit über 10 Jahre her – sollte einfach nicht vorkommen. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Der Gemeinderat verzichtet. Wir kommen also zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 012

2019.SUE.000049

Annahme

Ja	53
Nein	0
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt.

2025.SR.0125

7 Interpellation: Fraktion FDP Auswirkungen und Umsetzungsprobleme des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen – Klärungsbedarf zur Gleichbehandlung und Sicherheit im öffentlichen Raum

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 7, einer Interpellation der Fraktion FDP: "Auswirkungen und Umsetzungsprobleme des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen". Die Interpellation wurde zur Traktandierung beantragt. Ich gehe davon aus, dass die Diskussion durch die Einreichenden erwünscht ist. Dann stimmen wir jetzt darüber ab, ob die Diskussion gewährt wird.

Abstimmung Nr. 013

2025.SR.0125: Diskussion

1/3-Quorum erreicht

Ja	26
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Gut, ihr habt die Diskussion gewährt. Ich erteile den Einreichenden somit jetzt das Wort für die reguläre Zeit von 8 Minuten. Gut, dann darfst du, Ursula Stöckli, gerne nach vorne kommen.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Es geht um Geschäftsauslagen und das Vollzugskonzept, das jetzt einen gewissen Klärungsbedarf erfordert. Also, früher ging man in die Altstadt, hat die Lauben hinuntergeschaut und gedacht: Oh, super, die Geschäfte sind offen. Heute geht man in die Altstadt, schaut die Lauben herunter und denkt: Oh, eine Veloaussstellung mit einer Rennpiste für Velos und Trottinettes in den Lauben. Etwas so kommt es einem vor, wenn man den Unterschied zwischen der Zeit vor dem Vollzugskonzept und nach dem Vollzugskonzept anschaut. Das geht natürlich nicht. Ich komme noch darauf zurück. Nur, damit es klar ist: Die FDP-Fraktion ist für eine gute Durchgängigkeit, damit es Platz hat für Leute, die Behinderungen haben, die

einen Rollstuhl haben, einen Rollator, einen Kinderwagen, was auch immer. Das ist ganz klar. Die Lauben dürfen nicht über alle Massen überstellt werden. Früher wurde von gewissen Geschäften übertrieben. Aber jetzt wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.

Zwischen der Ausarbeitung und Umsetzung liegen für den Detailhandel schwierige Jahre mit einer einschneidenden Pandemie. Und währenddem die Gastronomie Anpassungen bekommen hat, ist das Vollzugskonzept, das vor der Pandemie erstellt wurde, 1 zu 1 durchgezogen worden. Zwei Konzepte, zwei unterschiedliche Zeitschienen – und das passt irgendwie nicht zusammen. Der Detailhandel hat das Gefühl, dass er gegenüber den Gastronomen eben benachteiligt wird, auch wenn das in der Antwort des Gemeinderates mit Gebühren und Baugesuchen begründet wird. Währenddem bei den Detailhändlern die Schraube angezogen wird, darf die Gastronomie die Lauben mit Tischen und Stühlen belegen, was ja via Baugesuch und Gebühren auch bewilligt ist. Positiv hervorheben möchten wir, dass sich die Gewerbebehörde wirklich auch Zeit genommen hat, um mit diesen Ladengeschäften zu diskutieren und die Situationen immer vor Ort anzuschauen. Ändern am Vollzug tut es aber trotzdem nichts, trotz dem guten Willen der Gewerbebehörde.

Der Gemeinderat betont, wie positiv die Umsetzung aufgenommen wurde. Es kann auch als positiv gewertet werden, dass wirklich weniger Gestelle und Ausstellungsstücke, Häfeli, Gestelle und so weiter in den Lauben herumstehen. Das ist selbstverständlich positiv, und ist auch von behinderten Personen, mit denen ich geredet habe, als positiv aufgefasst worden.

Aber was passiert denn jetzt? Dort, wo früher Geschäftsauslagen waren, dort, wo früher irgendein Sockenständer war, stehen jetzt Velos herum und versperren den Durchgang. Es hat sich absolut nichts geändert. Statt einer Geschäftsauslage, an der man erkennt, dass das Geschäft offen ist, und die vielleicht auch noch gewissen Umsatz bringen würde, wird jetzt einfach der frei gewordene Platz als Veloabstellplatz genutzt.

Das bringt jetzt einfach überhaupt nichts. Nichts ist frei geworden und der Zweck ist überhaupt nicht erfüllt. Und hier beisst sich es sich eben. Was will die Stadt mit dem Velowildwuchs in den Lauben machen? Wie will sie den verhindern, wie will sie den bekämpfen? Die heisse Kartoffel wird zwischen Stadt und Polizei hin und her geschoben. Hier heisst es, die Polizei sei zuständig. Die Polizei sagt, das stehe in der Laube, das sei privat. Also es funktioniert einfach noch nicht, dass keine Velos mehr den Platz versperren, wo vorher Geschäftsauslagen waren, die man weggeräumt hat, damit ein freier Raum entsteht, so dass man passieren kann. Es ist extrem ärgerlich und so geht es einfach nicht. Es ärgert auch die Behindertenverbände definitiv.

Also unser Fazit ist: Es war gut gemeint. Den Zweck hat es aber schlussendlich nicht erfüllt, weil der leere Platz sofort wieder belegt wird. Den Schaden haben die Geschäfte und die Durchgänge sind eben trotzdem nicht frei. Hier muss man nachbessern, sonst schadet man dem Detailhandel enorm. Und dann kann man dann wirklich die Lauben hinunterschauen und sagen: Die Geschäfte sind wohl alle zu. Und das stimmt dann vielleicht auch, weil man sie daran hindert, für die Leute attraktive Gestelle hinzustellen, die animieren, vielleicht eben mal reinzugehen. Man muss hier nachbessern, ohne dass man den ursprünglichen Zweck, der gut ist, einschränkt. Es muss etwas geben, das ermöglicht, dass beide Anliegen nebeneinander Platz haben können.

Wir sind mit der Antwort des Gemeinderates bedingt zufrieden, weil die letzte Antwort ist, dass man nichts nachbessern will. Wir hoffen doch sehr, dass wir hier für das Gewerbe eine bessere Lösung finden. Sonst haben wir definitiv ein Problem. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank, Ursula. Gibt es hier Fraktionsvoten? Dann könnt ihr euch jetzt anmelden. Für die FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Wer denkt in der Stadt Bern eigentlich noch an das Gewerbe und insbesondere an die Geschäfte in der Altstadt? Die Berner Altstadt ist kein gewöhnlicher Ort. Sie ist seit 1983 UNESCO-Weltkulturerbe und gehört damit zu den bedeutendsten Kulturgütern der Welt. Aber was bedeutet das? Es geht nicht nur um Gebäude. Sonst wäre die Altstadt ein Museum. Es geht um Leben, Vielfalt und Nutzung. Die Berner Altstadt lebt von kleinen Läden, Ateliers und spezialisierten Geschäften und natürlich von der besonderen Atmosphäre unter den Lauben. Einkaufen in der Altstadt ist kein Konsum wie in einem Einkaufszentrum. Es ist ein Erlebnis und das Herzblut der Gewerbetreibenden ist spürbar. Hier treffen Menschen, Wohnen, Gewerbe sowie Fuss-, Velo- und Autoverkehr auf engem Raum aufeinander. Andere Städte wie Luzern setzen bewusst auf die Förderung und Belebung ihrer Innenstädte, unter anderem auch mit Unterstützungsmassnahmen und in enger Zusammenarbeit mit dem Gewerbe. Genau diesen Ansatz brauchen wir hier in Bern; nicht nur Regulierung und Kontrolle, sondern auch eine aktive Stärkung der Altstadt als Wirtschafts- und Begegnungsraum.

Viele Geschäfte stehen bereits heute unter erheblichem Druck, etwa durch hohe Mietkosten, verändertes Konsumverhalten oder den Onlinehandel. Gerade kleine Fachgeschäfte in der Altstadt verfügen oft nur über geringe Margen und sind auf Laufkundschaft, Sichtbarkeit und Spontankäufe angewiesen. Vor diesem Hintergrund sind die Einschränkungen bei den Geschäftsauslagen kritisch zu beurteilen. Es geht nicht um die Ablehnung notwendiger Regeln, sondern um eine verhältnismässige Umsetzung. Die neuen Vorgaben führen bei zahlreichen Gewerbetreibenden zu grosser Verunsicherung. Zudem spricht das Gewerbe von Umsatzeinbussen von rund 10%. Gerade kleinere Geschäfte, die auf Sichtbarkeit und spontane Kundschaft angewiesen sind, spüren die Auswirkungen besonders stark. Für gewisse Betriebe stellt sich zunehmend auch die Existenzfrage. Bereits heute stehen einzelne Ladenlokale leer. Der aktuellen Situation des Altstadtgewerbes wird aus unserer Sicht zu wenig Rechnung getragen. Hinzu kommt, dass das Altstadtgewerbe derzeit teilweise auch aufgrund kantonaler Vorgaben mit weiteren Einschränkungen und Regulierungen konfrontiert ist. Dazu gehören insbesondere kürzere Ladenöffnungszeiten am Samstag seit Anfang Jahr, zusätzliche Vorschriften bei der Schaufensterbeleuchtung, die aktuell umgesetzt werden.

Die Präsidentin bittet um Ruhe im Saal.

Aktuell wird national darüber diskutiert, wie Geschäfte bei Umsatzeinbussen infolge von Baustellen besser unterstützt werden können. In Bern ist das noch kein Thema. Umso wichtiger wäre es, die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vollzugskonzepts umgehend ernsthaft zu untersuchen und die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen. Mehrere Medien haben in den vergangenen Wochen über die Sorgen des Altstadtgewerbes berichtet. Das zeigt, hier geht es nicht um Einzelfälle. Gleichzeitig sagt der Gemeinderat, es gebe positive Rückmeldungen, verfügt aber über keine belastbaren Zahlen und zu Frequenzen oder Umsätzen. Das genügt nicht. Und wir dürfen nicht vergessen: Die Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber tragen die Altstadt mit. Sie investieren, schaffen Arbeitsplätze und sorgen für die Vielfalt, die wir alle wollen. Aber sie tragen auch das wirtschaftliche Risiko. Und genau deshalb müssen wir ihre Sorgen ernst nehmen. Selbstverständlich müssen die Lauben hindernisfrei und sicher sein. Das bestreitet niemand. Aber eine perfekt regulierte Altstadt ist noch lange keine attraktive Altstadt. Denn, wenn wir ehrlich sind, stehen wir vor einer Grundsatzfrage: Wollen wir eine Altstadt, die nur verwaltet wird oder eine Altstadt, die lebt?

Wir regen an, dass der Gemeinderat eine umfassende Evaluation der Auswirkungen dieses Vollzugskonzepts auf Frequenzen, Umsätze und Aufenthaltsqualität, mehr Augenmass und Verhältnismässigkeit im Vollzug, pragmatische Einzelfalllösungen statt schematischer Anwendung, einen stärkeren Einbezug von Gewerbe, Bern City und den Altstadtleisten sowie ein Gesamtkonzept für eine lebendige und gleichzeitig hindernisfreie Altstadt aufzeigt. Denn eines ist klar: Das UNESCO-Weltkulturerbe besteht nicht nur aus Sandstein, sondern aus Menschen und Geschäften, die es mit Leben füllen. Besten Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Die Medien haben heute noch etwas anderes berichtet, und zwar nicht, wie schlecht es der Berner Altstadt geht, sondern über Innenstädte im Wandel, wenn aus dem Schuhladen ein Nagelstudio wird. Ehrlich gesagt, habe ich auch nicht wahnsinnig grosse Präferenzen für Nagelstudios. Aber es ist halt nun mal so, dass in den Schweizer Innenstädten – das zeigt eben diese neue Studie und es ist auch nicht überraschend –, dass immer mehr Nonfood-Läden verloren gehen, 7% in den letzten sechs Jahren schweizweit, und Gastronomie-, Food-Angebote und Dienstleistungen zulegen.

Und was sind jetzt die Ursachen für diese Tendenzen? Das kann man sich auch selbst denken – natürlich das Wachstum des Onlinehandels und auch veränderte Konsumgewohnheiten. Gerade im Fashionbereich ist der Onlineanteil stark gestiegen auf inzwischen 30%. Das ist wirklich sehr beeindruckend, finde ich. Im Nonfoodbereich insgesamt liegt er auch bei 20%, im ganzen Foodsegment ausschliesslich bei 4%. Dort ist er komplett irrelevant. Und was haben diese Ergebnisse nun konkret mit der Altstadt von Bern zu tun? Natürlich kann sich auch die Berner Altstadt diesen Trends nicht vollends entziehen. Auch sie erlebt einen Strukturwandel hin zu mehr Läden und Marken mit Showrooms, mehr Gastronomie – wir haben schon gehört, dass die FDP das nicht so mag – und Dienstleistungen statt traditionellem Handel.

Aber ins Klagelied der FDP wollen wir trotzdem nicht einstimmen. Denn die Altstadt von Bern ist eben auch gewissermassen ein Stehaufmännchen oder -frau, kann man auch sagen, und ist weiterhin sehr lebendig. Sie entzieht sich ein Stück weit allgemeinen Trends wie dem Lädeli-Sterben und Onlineshopping, auch wenn in den letzten Jahren weniger in den Lauben flaniert wurde als früher und dadurch eben auch weniger Leute sozusagen in den Genuss von Geschäftsauslagen kommen. In dieses Gesamtbild und in diese Makrotrends hinein fügt sich das Vollzugskonzept Geschäftsauslagen und die Kritik daran. Es wird jetzt eben moniert, dass es zu regelrechten Umsatzeinbrüchen komme wegen ein paar Regeln mehr, wegen Vollzugsvorschriften.

Es trifft zu, dass einzelne Geschäfte leiden. Wir haben uns das auch bestätigen lassen. Aber es konnten, und das muss man der Stadt auch hoch anrechnen, schon sehr viele individuelle Lösungen gefunden werden. Und man ist mit einigen, zum Teil auch grösseren Akteuren, weiterhin im Gespräch, um zum Beispiel nach baulichen Lösungen zu suchen. Die Kritik der Interpellanten blendet eben auch aus, dass Bern City und die Altstadtleisten die mehrjährige Entwicklung dieses Vollzugskonzept eingebunden waren und diese im Wesentlichen begrüssen. Es ist halt eben schon auch so, dass Durchgänge in den Lauben gewährleistet werden müssen, schon nur, weil sie mit zahlreichen Wegdienstbarkeiten belegt sind.

Und etwas Spannendes im Zusammenhang mit dem Lauben, was auch häufig vergessen geht, ist, dass die Laubengänge in Privatbesitz sind, im Grundsatz, aber eben der Öffentlichkeit gewidmet. Und damit sind die Auslagen bewilligungspflichtig. Die neuen

Regeln verhindern im Fazit den Wildwuchs und auch eine gewisse Ungleichbehandlung. Das wurde auch vom Gewerbe immer mal wieder moniert, vor allem auch von Leuten, die vielleicht in einem ersten Stock ein Geschäft haben. Mit weiteren Verbesserungen, und davon sind wir überzeugt, beim Vollzug kann die Stadt dem weiteren Zustellen, das haben wir auch in den Voten der FDP-Sprecherin vorhin gehört, auch Herr werden. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion. Ihr könnt euch jetzt für Einzelvoten anmelden.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst der Motionärin danken, insbesondere Ursula Stöckli, für den Vorstoss. Es ist ein guter Vorstoss. Ich bin sehr überrascht, das muss ich Ihnen jetzt sagen. Was mir einfach aufgefallen ist, schaut her: Ich bin der letzte Fraktionssprecher. Mir ist einfach aufgefallen: Von der Linken spricht niemand zu diesem heiklen Thema. Es ist eine spannende Interpellation. Die Mitte wollte das Thema gar nicht lange diskutieren und wollte eine Redezeitbeschränkung. Und hier haben wir Geschäfte, die um ihre Existenz kämpfen. Ich mache immer gerne einen historischen Rückblick. Was Michael Ruefer wegen des Privateigentums gesagt hat, ist richtig.

Aber was ist das Problem? Das Problem in den Lauben sind nicht irgendwelche Sockenhalter oder was auch immer, die vor dem Geschäft stehen. Das Problem sind die abgestellten Velos und die Leute, die mit dem Trottinett und mit dem Velo die Lauben hinunterrasen. Das ist das Problem, das betrifft die Sicherheit. Und darum ist die Interpellation richtig. Ich unterstütze diese. Wir haben selber auch einmal eine kleine Anfrage gemacht vor Jahr und Tag. Aber das ist genau der Ansatz.

Wenn ihr die Städte und die Geschäfte kaputt machen wollt, dann schaut die Oberstadt Burgdorf an. Dort hat Rot-Grün und auch mit gewissen bürgerlichen Stimmen die Läden zum Erliegen gebracht. Ihr habt keine Parkplätze mehr, ihr habt nichts mehr. Es ist alles abgeriegelt – genau das gleiche in der Stadt Bern. Ihr macht den Leuten das Leben schwer.

Darum appelliere ich an den Gemeinderat – und ich weiss auch, dass es in der Gewerbezone vernünftige Kräfte hat –, dass man sagt: Haltet hier Augenmass, sorgt dafür, dass die Geschäfte leben können. Es ist klar: Bei einem Kellergeschäft muss man signalisieren, dass dort unten ein Kellergeschäft ist. Sonst merken die Leute das nämlich nicht.

Und jetzt bin ich im Rahmen der Diskussion gespannt – ich war jetzt bewusst kurz, damit ihr von der RGM die Gelegenheit habt, noch vor der Pause vielleicht auch nach vorne zu kommen –, wie ihr euch zu dieser Problematik der Geschäfte stellt. Ich habe nichts gegen Nagelstudios. Aber ihr könnt mir das glauben, ich war, glaube ich, noch in keinem einzigen. Meine Tochter und meine Frau haben ein gewisses Faible dafür und machen es auch häufiger in der Mongolei. Aber es geht hier darum, dass die Geschäfte, die um ihre Existenz kämpfen – schaut mal in der Kramgasse, der Marktgasse, wie viele Geschäfte leer sind – wieder Luft haben zum Atmen. Und dazu gehört insbesondere eben für die Kellergeschäfte, dass sie Werbung machen können. Ich bin jetzt sehr gespannt, was vonseiten RGM kommt. Und ich schliesse hiermit.

Präsidentin: Vielen Dank. Szabolcs Mihályi nimmt die Einladung gerne an.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Es wurde gewünscht, dass jemand Linkes noch was sagt. Sorry, Michael Ruefer. Scheinbar bist du nicht links genug. Aber jetzt im

Ernst. Ja, wir können schon die Altstadt gerne beleben, so wie zum Beispiel Luzern oder das Niederdörfli in Zürich. Aber das sind Zonen, die sind weitgehend verkehrsbe-
freit. Das kann uns niemand vorwerfen, wir hätten uns nicht darum bemüht. Aber selbst
hier in der Rathausgasse, wo ich gerne zwischendurch ein Bier trinke in einem der
vielen Lokale, kommt mir immer wieder ein Auto entgegen, entweder von einem An-
wohner, das ginge anders, dazu haben wir auch schon Vorschläge gemacht, oder von
einem Touristen, der absolut keine Ahnung hat. Und beide könnte man aus der Altstadt
durchaus raushalten. Dann müssten auch nicht alle durch die Lauben, sondern könnten
einfach durch die Fussgängerzone.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es sonst noch Wortmeldungen von links oder rechts
oder aus der Mitte? Keine, dann übergebe ich jetzt dem Gemeinderat Alec von Graf-
fenried das Wort.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Frau Präsidentin, geschätzte Stadträtinnen und
Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für diese Diskussion. Die
Altstadt ist für alle da. Es ist nicht ein linkes oder ein rechtes Thema. Es ist ein Thema
für alle. Es können auch alle mitreden. Die Altstadt soll für alle sein. Und sie ist gleich-
zeitig, und das muss man auch sagen, auch wenn man nicht gerne über Regulierung
spricht, unglaublich dicht reguliert. Es gibt ein unglaubliches Geflecht von Regulierung-
en. Die Lauben sind ein typisches Beispiel für eine sehr dichte Regulierung. Die Lau-
ben sind ja bekanntlich Privatgrund. Also die Lauben gehören den Liegenschaften, auf
denen sie stehen. Aber es gibt eine öffentliche Dienstbarkeit, dass sie frei sein müssen.
Hinter den Lauben gibt es die Schaufenster. Und auch die Schaufenster sind reguliert.
Die Schaufenster müssen offen sein, müssen auch beleuchtet sein, müssen einen Ein-
blick gewähren. Und die Auslagen der Läden müssen auch in den Schaufenstern sicht-
bar sein. Das ist alles reguliert. Wir haben sogar eine Volksabstimmung über diese
Bauordnungsbestimmung über die Schaufenster durchgeführt.

Die Lauben die funktionieren nur, wenn die Menschen sich tatsächlich auch in den Lau-
ben bewegen. Wenn die Menschen sich nicht in den Lauben bewegen, sondern auf der
Gasse, sehen sie ja gar nicht in die Schaufenster rein und dann werden sie auch nicht
in die Geschäfte hineingelockt. Dann haben die Geschäfte natürlich ein Problem, weil
die potenziellen Kundinnen und Kunden nicht zu ihnen kommen. Das heisst, es ist eben
wichtig, dass die Lauben attraktiv sind, dass die Lauben auch begangen werden. Ein
Problem haben wir natürlich geschaffen, indem es weniger Verkehr auf der Gasse hat.
Denn, wenn weniger Verkehr auf der Gasse ist, bewegen sich die Menschen eher auf
der Gasse und weniger in der Laube. Und dadurch schauen sie weniger in die Schau-
fenster und werden weniger in die Läden hineingelockt. Und dann haben sich die Läden
beholfen und haben gesagt: Dann machen wir Geschäftsauslagen. Wir gehen näher zu
den Kundinnen und Kunden, damit die Kunden hoffentlich so in die Läden hineingelockt
werden. Das hat dann dazu geführt, dass die Lauben nicht mehr begangen werden.
Und dann werden die Lauben nicht mehr begangen und dann funktioniert das ganze
System nicht mehr.

Was man sagen will, ist: Wir wollen Mehrwert schaffen für alle. Wir wollen Mehrwert
schaffen für die Kundinnen und Kunden, aber wir wollen auch einen Mehrwert schaffen
für die Geschäfte. Es ist uns wichtig, das kann ich ganz klar sagen an die Adresse der
Interpellantin, es ist uns wichtig, dass wir die Geschäfte gut behandeln und dass die
Geschäfte gut funktionieren, damit wir diese lebendige Altstadt auch weiterhin haben.
Aber dazu gehört eben, dass die Lauben auch funktionieren, dass die Zugänglichkeit

zu den Läden auch funktioniert – natürlich für Menschen im Rollstuhl, natürlich für Kinderwagen, natürlich für Rollator, aber eben für alle anderen auch, damit sie nach Möglichkeit auch Kundinnen und Kunden der Läden werden können.

Dafür müssen wir aber anordnen, dass die Lauben nicht als Verkaufsfläche monopolisiert und missbraucht werden, und dann der Durchgang nicht mehr frei ist. Das ist genau das Konzept, das wir umgesetzt haben. Ich lasse mir also nicht sagen, dass wir nicht pragmatisch und nahe mit den Menschen vorgegangen sind, dass wir nicht die Einzelfälle angeschaut haben. Wir haben jeden Einzelfall angeschaut, der uns zu Ohren oder zu Augen oder irgendwie zur Kenntnis gekommen ist. Wir sind hingegangen. Also nicht ich, sondern die Gewerbepolizei ist hingegangen, hat die Einzelfälle analysiert und auch Lösungen gefunden. Man hat dann die Gestelle, anstatt sie in die Laube zu stellen, aufgehängt. Man hat Lösungen in den Laubenbögen gesucht, die weniger begangen werden. Und man hat wirklich praktisch alle Fälle lösen können – den Kinderbuchladen und andere Fälle auch. Es gibt auch Fälle, die kaum zu lösen sind, weil die Auslagen eben sehr, sehr gross waren. Und dort entstanden dann Härtefälle. Aber es waren wenige Härtefälle, die sich fast an einer Hand abzählen lassen.

Den Mehrwert für alle gibt es nur, wenn die Lauben eben begangen werden, wenn die Altstadt auch zugänglich ist, damit die Läden auch zugänglich sind und damit eben die Läden als Verkaufsläden auch funktionieren können. Und darauf arbeiten wir hin. Darauf arbeiten wir mit Augenmass hin. Darauf arbeiten wir auch hin in Partnerschaft mit Bern City. Bern City war überall einbezogen und hat uns sogar angehalten, diese Initiative zu ergreifen und dieses Konzept zu machen.

Wenn wir dann tatsächlich die Lauben wieder frei haben, wenn es wieder funktioniert, wenn die Läden zugänglich sind, die Menschen durch die Lauben gehen, in die Schaufenster hineinschauen können und das alles funktioniert, und dann Velos dort sind, dann ist das ein anderes Problem. Das finde ich auch nicht gut. Es gibt klare Regelungen. Auch Velos dürfen nicht abgestellt werden, wenn dadurch der Durchgang nicht mehr frei ist. Es gibt im Strassenverkehrsgesetz eine klare Regelung. Und die muss natürlich auch umgesetzt werden. Dann haben wir ein anderes Vollzugsproblem. Das wäre dann ein Vollzugsproblem mit den Velos. Vermutlich müsste die TVS das aufgreifen. Das können wir auch anschauen. Aber es ist eine andere Geschichte. Es ist nicht das gleiche. Ich danke für die Diskussion und wünsche euch einen schönen Abend, wenn wir nicht noch weitere Diskussionen führen zu anderen Themen.

Präsidentin: Gerne noch für das Protokoll: Wie ist der Zustimmungsgrad? Ich habe rausgehört: nicht zufrieden? – Teilweise zufrieden. Sehr gut, dann können wir das so vermerken.

2025.SR.0191

8 Interpellation: Polizeigewalt an Palästina-Demo

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 8, Interpellation "Polizeigewalt an Palästina-Demo". Auch hier: Die Interpellation wurde zur Traktandierung beantragt. Ich gehe davon aus, dass die Diskussion durch die Einreichenden erwünscht ist. – Ja, ist sie? – Dann würden wir noch vor der Pause darüber abstimmen, ob die Diskussion gewährt wird. Wer der Diskussion zustimmen möchte, stimmt jetzt mit Grün.

Abstimmung Nr. 014

2025.SR.0191: Diskussion

1/3-Quorum erreicht

Ja	31
Nein	35
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Diskussion zugestimmt. Gut, dann wisst ihr, was nach der Pause zu tun ist. Ich entlasse euch jetzt in die Pause. – Es braucht nur einen Drittel. Gut, wir fahren mit der regulären Diskussion nach der Pause fort.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC
Jelena Filipovic

für das Protokoll

07.09.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Nadine Aebischer	Georg Häsler	Tanja Miljanović
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Debora Alder-Gasser	Dominique Hodel	Roger Nyffenegger
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Shasime Osmani
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Monique Iseli	Mehmet Özdemir
Natalie Bertsch	Seraphine Iseli	Chantal Perriard
Gourab Bhowal	Ueli Jaisli	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Anna Jegher	Simone Richner
David Böhner	Raffael Joggi	Mirjam Roder
Laura Brechbühler	Nora Joos	Michael Ruefer
Jacqueline Brügger	Raphaël Karlen	Fabian Rüfenacht
Michael Burkard	Barbara Keller	Judith Schenk
Carola Christen	Ingrid Kissling-Näf	Lukas Schnyder
Laura Curau	Nora Krummen	Lea Schweri
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Tobias Sennhauser
Nik Eugster	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Alexander Feuz	Christoph Leuppi	Michelle Steinemann
Dominik Fitze	Maurice Lindgren	Ursula Stöckli
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Irina Straubhaar
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Raphaela Tschümperlin
Franziska Geiser	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Helin Genis	Esther Meier	Béatrice Wertli
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Simon Gyger	Szabolcs Mihályi	Karel Ziehli
Bernadette Häfliger		

Stadtrat entschuldigt

Fuat Köçer	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
------------	--------------	-----------------

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Matthias Aebischer TVS	Ursina Anderegg BSS
Alec von Graffenried SUE		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung
Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parla- mentsdienste	Mago Flück, Weibeldienste	Cornelia Stücker, Weibel- dienste
--	---------------------------	--------------------------------------

2025.SR.0191

8 Interpellation: Polizeigewalt an Palästina-Demo

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt doch gerne Platz, dann können wir fortfahren. Wir sind stehen geblieben bei Traktandum 8, Interpellation "Polizeigewalt an Palästina-Demo". Wir haben die Diskussion gewährt, und jetzt kommen wir zu den Einreichenden. Wem kann ich das Wort übergeben? – Für die Einreichenden David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Es ist schön, wieder zurück im Ratssaal zu sein. Als Einlaufsong würde ich mir "I'm back" von Eminem wünschen oder vielleicht eher "Masters of War" von Bob Dylan, wenn es einen Zusammenhang mit dem Traktandum haben soll, oder vielleicht auch "Which side are you on?" mit einem Blick auf die Genossinnen und Genossen von der SP, die gar nicht über dieses meiner Meinung nach wichtige Thema diskutieren wollten und die Diskussion abgelehnt haben.

Bei der Interpellation geht es um das Verhalten der Polizei während der Palästina-Demo vom 24. Mai 2025, also nicht um die grosse Demo vom 11. Oktober letztes Jahr. Es ist sozusagen das Vorspiel zu dieser Demo, die immer noch in aller Munde ist. Wir haben dem Gemeinderat eine Reihe von Fragen gestellt, weil wir von verschiedenen Demonstrant*innen gehört haben, dass der harte Polizeieinsatz zur Verletzung vieler friedlicher Demonstrant*innen geführt hat. Wir erwarten, dass der Gemeinderat seine Verantwortung und seine Funktion gegenüber der Kantonspolizei wahrnimmt. Der Gemeinderat hat eine Verantwortung gegenüber den Demonstrierenden. Diese Verantwortung gilt auch, wenn die Demo unbewilligt ist. Auch dann gibt es das Recht, zu demonstrieren und seine Meinung zu äussern. Gemeingefährliche Aktionen der Polizei müssen thematisiert und aufgearbeitet werden. Wir erhofften uns eine umfangreiche Reflexion des Gemeinderats zu den Ereignissen. Leider ist das nicht geschehen. Darum sind wir Interpellant*innen als Einreichende unzufrieden mit der Antwort.

Ich gehe nun auf einzelne Antworten ein, die ehrlich gesagt mehrheitlich eher ausweichende Nichtantworten sind. Zu Punkt 1: Auch wenn eine Demo unbewilligt ist, kann der Gemeinderat der Kantonspolizei Vorgaben machen. Wie die Polizeipräsenz zeigt, hatte der Gemeinderat sehr wohl Kenntnis von der Demo und kann also auch Vorgaben machen. Beispielsweise hätte der Gemeinderat die Vorgabe herausgeben können, dass im Grundsatz gelaufen werden darf und die Demo nicht vor der Kirchenfeldbrücke gestoppt werden muss. Zu Punkt 3: Ich zitiere dazu die Frage: "Hat der Gemeinderat im Nachgang den Chef der Regionalpolizei Bern eingeladen und sich Rechenschaft geben lassen? Falls ja, was wurde besprochen? Falls nein, gedenkt der Gemeinderat dies noch zu tun und darüber zu berichten?" Das Gespräch, wie wir jetzt wissen, hat also tatsächlich am 27. Mai stattgefunden. Deshalb hätten wir eine umfangreiche Antwort erwartet. Es wurde jedoch überhaupt nicht auf die Frage eingegangen. Und deshalb frage ich hier nochmals: Gedenkt der Gemeinderat ausführlich über dieses Gespräch zu berichten und darzulegen, was wirklich besprochen wurde und welche Schlüsse gezogen wurden? Gibt es überhaupt eine Aktennotiz dieses Treffens? Wie wir letzte Woche aus der Zeitung erfahren haben, läuft bei solchen Hinterzimmergesprächen vieles sehr informell und intransparent ab, was die Kommunikation zwischen Kapo und Gemeinderat betrifft. Das muss sich ändern.

Zur Synagoge, die an diesem Gespräch Thema war: Die Demo wollte ursprünglich zur israelischen Botschaft. Das scheint legitim, denn es ging ja um den Genozid in Gaza.

Dies wurde ihnen aber von der Polizei verwehrt, und zwar nicht erst kurz vor der Botschaft, sondern bereits vor der Kirchenfeldbrücke. War das an diesem Gespräch Thema? Habt ihr darüber gesprochen, dass es vielleicht schlauer gewesen wäre, die Demo ins Kirchenfeldquartier zu lassen? Dann wäre die Demo wahrscheinlich auch nie in die Nähe der Synagoge gekommen. Die Synagoge war ja auch nicht das Ziel der Demonstration, sondern die US-amerikanische Botschaft, die gleich daneben ist.

Mit den Antworten 4 bis 7 sind wir nicht einverstanden. Aus unserer Sicht hat die Polizei nicht verhältnismässig gehandelt, wie es in der Interpellation detailliert beschrieben wird. Die Kapo hat mit ihren sogenannten Mehrzweckwerfern nicht nur Köpfe anvisiert, sondern auch Köpfe getroffen. Der Mindestabstand wurde nicht eingehalten. Es wurde mit Schlagstöcken über Kopf geschlagen. Das ist unverhältnismässig. Das ist gefährlich.

Die Polizei hat sich an das Gesetz und Vorschriften zu halten. Der Gemeinderat muss solche Vorkommnisse und Berichte ernst nehmen und der Kapo auf die Finger schauen. In der Antwort auf die Frage 4 schreibt der Gemeinderat: "Die Kantonspolizei hat Stand heute keine Meldung von Kundgebungsteilnehmenden erhalten, die anlässlich der Kundgebungen durch Gummi am Kopf verletzt worden sind." Ich interpretiere also, dass das für den Gemeinderat gleichbedeutend ist wie, dass es keine Kopfverletzungen aufgrund von Gummischrot gegeben hat.

In welcher Welt lebt denn dieser Gemeinderat? Solange es keine unabhängige Beschwerdeinstanz gibt, werden solche Verletzungen auch nicht gemeldet werden, womit wir beim Punkt 12 wären. Aufgrund der Ausführungen der Kapo am besagten Gespräch kommt der Gemeinderat also zum Schluss, dass der Polizeieinsatz verhältnismässig war. Wenn jemand anderer Meinung ist, müsse das eingeklagt werden. Aus eigener Erfahrung weiss ich, was es bedeutet, Anzeige gegen die Polizei einzureichen. In 99,9% der Fälle ist das ein teures und hoffnungsloses Unterfangen und wird fast immer automatisch mit einer Gegenanzeige gekontert. Und zum Schluss noch ein Fakt zur Demonstration, der erst nach dem Einreichen der Interpellation bekannt geworden ist – darum haben wir dazu auch keine Frage eingereicht: Wie die Recherchen eines Journalisten ergaben, wurden an der Demo Tränengaskartuschen abgefeuert, die seit 17 Jahren abgelaufen waren. Die Hersteller schreiben vor, dass das Gas innerhalb von fünf Jahren eingesetzt werden muss. Nun stellt sich die Frage: Was passiert mit derart altem Tränengas? Offenbar ist das nicht bekannt, schon gar nicht der Kapo Bern, die offenbar grosse Lager angehäuft hat. Nach einer gewissen Zeit kann sich Tränengas zersetzen. Und weil kaum bekannt ist, welche Chemikalien entstehen, wenn sich Tränengas zersetzt, ist auch kaum bekannt, wie gefährlich abgelaufenes Tränengas ist. Vielleicht ist abgelaufenes Tränengas weniger giftig als frisches Tränengas. Vielleicht ist es auch giftiger. Niemand weiss es. Auf jeden Fall ist das ein Skandal. Die Kapo gefährdet die Demonstrierenden und die eigenen Leute. Und es ist absolut notwendig, dass der Gemeinderat der Kapo besser auf die Finger schaut. Das erwarten wir vom Gemeinderat.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Nun wäre die Redner*innenliste offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Michelle Steinemann für die Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Können wir einmal aufhören, gewalttätige Demonstranten als Opfer darzustellen? Es geht nicht um Polizeigewalt, sondern um mutwillige Demonstrierendengewalt. Denn ohne die Demonstrierendengewalt bräuchte es die Polizei gar nicht. Nicht alle, aber zu viele Demonstrierende kommen auf Gewalt vorbereitet mit Schutzkleidung und Ausrüstung an die Demonstrationen. Es

geht schon lange nicht mehr um die Sache, sondern einfach nur um die Zerstörung und darum, auf die Polizei loszugehen. Polizist*innen sind auch Menschen, die ihren Job bestmöglich zu machen versuchen. Und keine und keiner von ihnen findet es lässig, sich an einem Samstagnachmittag hinzustellen und sich dem aussetzen, dass man mit Steinen beworfen wird, dass man mit Feuerwerk abgeschossen wird oder mit Brettern geschlagen. Und an dieser Stelle ein grosser Dank an alle Polizist*innen, die sich in Bern trotz allem immer noch für unsere Sicherheit einsetzen. Die ewige Unterstellung, dass Polizist*innen im eigenen Interesse handeln, stimmt nicht und soll endlich aufhören. Ganz abgesehen davon: Im Allgemeinen verurteilen wir von der Mitte-Fraktion Gewalt immer und egal von wem. Also egal, ob es jetzt Polizeigewalt ist oder Demonstrierengewalt – jeder und jede soll für ein Verhalten, das sie an den Tag legen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: In den letzten Wochen und Monaten haben wir immer wieder Demonstrationen erlebt, die die Polizei stark gefordert haben. Gerade bei emotional aufgeladenen Themen, wie aktuell im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, wird von den Sicherheitskräften enorm viel verlangt. Die Polizei muss in einer kurzen Zeit, in einer schwierigen Situation Einschätzungen machen, Spannungen abbauen und gleichzeitig die Sicherheit für alle garantieren. Wir sollten nicht vergessen: Die Polizei handelt nicht aus politischen Gründen, sondern auf der Grundlage unserer Gesetzgebung und unseres Rechtsstaats. Ihr Auftrag ist klar: Die Öffentlichkeit, die Sicherheit zu schützen, die Grundrechte zu garantieren und Eskalationen zu verhindern. Das tönt in der Theorie viel einfacher, als es in der Realität ist. In der Praxis heisst es eben oft, stundenlange, enorme Einsätze, die mit psychischen Belastungen und Situationen verknüpft ist, die jeden Moment kippen können. Polizistinnen und Polizisten stehen an vorderster Front, während im Hintergrund schnell verurteilt wird und pauschale Vorwürfe gemacht werden. Selbstverständlich gehört es zu unserem Rechtsstaat, dass Polizeieinsätze überprüfbar sind. Die Verhältnismässigkeit ist aber sehr wichtig. Aber genauso wichtig ist die Fairness gegenüber der Polizei und den Einsatzkräften.

Wer immer nur die Polizei kritisiert und gleichzeitig Gewalt, Provokation oder bewusste Eskalationen von einzelnen Demonstranten ausblendet, macht es sich eben zu einfach. Wir müssen auch klar sagen: Die Polizei schützt nicht nur den Staat und die Institutionen, sie schützt eben auch die Demonstrierenden. Ohne eine funktionierende Polizei gäbe es keine sichere Demonstration, keine Ordnung im öffentlichen Raum und keine Stabilität. Gerade in einer Zeit zunehmender Polarisierung und wachsender Aggressivität ist ein öffentlicher Diskurs sicher entscheidend. Und dort müssen wir hinter unseren Sicherheitskräften stehen. Die Polizei verdient Respekt, Rückhalt und Anerkennung für ihre tägliche Arbeit. Viele von ihnen leisten Überstunden, verzichten auf Freizeit und setzen sich täglich schwierigen und gefährlichen Situationen aus. Darum möchte ich heute allen Polizistinnen und Polizisten, die sich tagtäglich für die Sicherheit, die Ordnung und die Stabilität unserer Stadt und unseres Landes einsetzen, ein besonders grosses Merci sagen. Merci für eure Professionalität, eure Geduld, eure Bereitschaft und dafür, dass ihr diese Verantwortung übernehmt. Eine starke Polizei ist nicht das Problem für eine Demokratie. Sie ist eine Grundvoraussetzung, dass unsere Demokratie überhaupt funktionieren kann. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Szabolcs Mihályi von der SP-JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Kein Konflikt in der Weltpolitik wirkt so frustrierend, langfädig und unlösbar wie der Nahostkonflikt. Menschen sterben in einem jahrzehntelangen Hin und Her; und dies nicht zuletzt, weil die politisch Verantwortlichen dort auf beiden Seiten in Krieg, Gewalt und Terror stets die besseren Chancen für Erfolg sehen. Den Preis dafür zahlt die Zivilbevölkerung, grossmehrheitlich die palästinensische.

Dass die Kantonspolizei ihre Selbstkritik zu dieser Demo am 24. Mai, sofern es welche gab, nicht öffentlich macht, mag nicht überraschen. Doch der Gemeinderat könnte durchaus zugeben, dass man die Situation damals unterschätzt hat. Der Gemeinderat vertraute scheinbar bei dieser Demo einseitig auf die Arbeit und Vorbereitung der Polizei – ein Irrtum. Einerseits schien die Polizei unvorbereitet. Andererseits ist die Polizei in unserem Land leider befugt, im Falle einer Eskalation Kampfmittel einzusetzen wie Gummischrot und Reizstoffe, die weitaus mehr Menschen gefährden als die vermeintlichen Chaoten, auf die sie zielen. Und die Polizei sah sich hier unmittelbar bedroht, so dass sie auf Kopfhöhe Gummischrot schoss. Solange die Kantonspolizei anders als beispielsweise in Deutschland Gummischrot und eben Reizstoffe einsetzen darf, ist es die politische Aufgabe des Gemeinderats, alles zu tun, um eine derartige Eskalation zu vermeiden, und ebenso, der Polizei klarzumachen, dass der Einsatz solcher Kampfmittel nicht erwünscht ist – wohlgemerkt: zum Schutz der allgemeinen Bevölkerung, Passant*innen und der Mehrheit der friedlich Demonstrierenden, nicht zum Schutz der gewaltbereiten Minderheit, wie eine Vorrednerin gesagt hat.

Zynischerweise geschah dies am 24. Mai ausgerechnet an einer Demo, an der gegen den Krieg in Gaza demonstriert wurde: ein Konflikt, in dem die meisten Toten und Verletzten zivile Opfer sind, Kollateralschäden eben, ein furchtbares Wort. Jede Demo, die eskaliert, ist ein Versagen der Verantwortlichen und hier sind nicht nur der Gemeinderat und die Polizei in der Pflicht, deeskalierend zu wirken. Auch diejenigen, die zum Protest aufgerufen haben, waren in der Pflicht, einer Eskalation zuvorzukommen. Die Organisator*innen haben sich jeglichem Dialog entzogen und damit ihren unbestritten legitimen Protest unnötig desavouiert. Und sie haben die Leute, die friedlich ihrem Protestaufruf gefolgt sind, hängenlassen. Und nein, es geht hier für uns nicht darum, den Verantwortlichen die Kosten aufzubürden.

Eine wichtige Antwort auf die Fragen dieser Interpellation war übrigens nicht in den Antworten des Gemeinderats, sondern kam in Form der nächsten ausgearteten Demo am 11. Oktober des letzten Jahres. Wieder kam es zu einer Eskalation, wieder kam es zum Kampfmiteileinsatz und diesmal zu – gemäss Amnesty – rund 300 verletzten Demo-Teilnehmenden nebst Dutzenden verletzter Polizist*innen. Lobenswert ist die wiederholt geäusserte Anerkennung durch den Gemeinderat, dass auch bei unbewilligten Kundgebungen der Grundsatz der Verhältnismässigkeit von Massnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gilt; so etwa in der Antwort zur Frage 11. Dies war in den vergangenen Legislaturen keine Selbstverständlichkeit.

Und zuletzt: Niemand kann verurteilen, dass Menschen gegen das Gemetzel in Nahost protestieren. Und doch bringt die Diskussion heutzutage in unserer Gesellschaft das Schlimmste auf allen Seiten hervor, vom rechten bis zum linken Rand. Inzwischen wird muslimischen und jüdischen Menschen in der Schweiz vorgeworfen, sie stünden auf der falschen Seite in diesem Konflikt – als hätten muslimische und jüdische Schweizer*innen und Menschen in der Schweiz alle ihren Lebensmittelpunkt in Jerusalem. Eine Mehrheit hat deshalb vor einigen Jahren Minarette verboten. Eine kleine Minderheit will offensichtlich vor der Synagoge protestieren. Zumindest wir Linken sollten es besser wissen.

Präsidentin: Als nächstes, Ronja Rennenkampff von der GB-JA!-Fraktion.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Wir diskutieren heute über die Palästina-Demo vom 24. Mai 2025. Damals fanden Ausschreitungen bei der Kirchenfeldbrücke und auf dem Bubenbergplatz statt. Die Polizei setzte massive Zwangsmittel wie Gummischrot, Tränengas und Pfefferspray ein. Die GB/JA!-Fraktion schätzt das Handeln der Polizei als unverhältnismässig ein. Wir unterstützen die Meinung der Interpellant*innen, dass die Interpellation ungenügend beantwortet wurde; dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass dies kein Einzelfall ist. Wir erwarten vom Gemeinderat, solche Einsätze intern und mit der Kantonspolizei zu reflektieren. Die Antwort weist das Gegenteil aus. Und es ist fragwürdig, warum der Gemeinderat hierzu nicht genauere und detailliertere Antworten liefern kann. Kürzlich veröffentlichte Artikel in der Zeitung "Der Bund" schildern eine fehlende Strategie des Gemeinderats bezüglich Zusammenarbeit mit der Kapo.

Es braucht eine Strategie. Und wir fordern seit langem klare und verbindliche Leitlinien bei Polizeieinsätzen. Der Gemeinderat darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen und muss sich für die Demonstrant*innen dieser Stadt und für die Erhaltung der Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit einsetzen. Bei Demonstrationen sind folgende Punkte vom Gemeinderat umzusetzen. An der Demo im Mai war dies nicht der Fall.

Wir fordern, dass der Gemeinderat der Kapo im Vorfeld der Kundgebungen Vorgaben macht, zum Beispiel bezüglich des Aufgebots, oder ob eine Strassenkundgebung oder Platzkundgebung angestrebt wird. Die Definition von Vorgaben soll auch bei unbewilligten Demos wie der im Mai umgesetzt werden. Es ist klar zu definieren, wann der Gesamtgemeinderat über den Einsatz informiert wird. Er ist frühzeitig und systematisch von der Kapo in die Planung einzubeziehen.

Während der Demo braucht es einen klaren Ablauf des Informationsflusses und der Entscheidungen an einer Demonstration. Das war bei der Demo am 24. Mai anscheinend nicht der Fall. Die Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit müssen bei unbewilligten sowie bewilligten Demos gewährleistet sein. Die Verhältnismässigkeit muss insbesondere beim Einsetzen von Zwangsmitteln gewährleistet sein. Es sind klare Szenarien und Kriterien zu definieren, ab wann der Einsatz von Zwangsmitteln gerechtfertigt oder nicht gerechtfertigt ist. Werden Zwangsmittel verwendet, muss deren Einsatz verhältnismässig sein. Das Abfeuern von Gummigeschoss auf Kopfhöhe oder aus kurzer Distanz ist nicht verhältnismässig. Dies ist laut Berichten an der Kundgebung im Mai passiert. Zusätzlich wurde mit Schlagstöcken über Kopf geschlagen. Dies ist ebenfalls unverhältnismässig.

Wenn Kinder und ältere Menschen, also äusserst vulnerable Personen, an einer Demo teilnehmen, ist Verhältnismässigkeit beim Einsatz von Zwangsmitteln besonders wichtig. Es ist zum Beispiel in keinem Fall verhältnismässig, Pfefferspray in einen Familienblock zu sprayen. Dies war im Mai ebenfalls der Fall und das verurteilen wir klar. Nach der Kundgebung fordern wir einen einheitlichen und klaren Ablauf, wie Kundgebungen von der Kapo und dem Gemeinderat gemeinsam aufgearbeitet werden, damit aus diesen gelernt werden kann.

Zum Schluss betone ich nochmals die vier wichtigsten Punkte. Erstens: Der Gemeinderat muss bei Polizeieinsätzen in der Stadt Bern Verantwortung übernehmen. Zweitens: Die Grundrechte müssen auch bei unbewilligten Kundgebungen gewahrt werden.

Drittens: Die Verhältnismässigkeit muss immer gegeben sein. Viertens: Der Gemeinderat braucht klare und standardisierte Abläufe vor, während und nach Kundgebung. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Georg Häsler von der FDP-Fraktion.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Ich bin froh, dass wir diese Diskussion hier führen können. Denn sie offenbart etwas, das mich in dieser Stadt umtreibt. Wenn ich zuhöre, wie die Interpellanten oder jetzt gerade eben die Vorrednerin über die Polizeiarbeit in der Stadt Bern sprechen, dann bin ich an Orte erinnert, die ich in meiner journalistischen Tätigkeit in den letzten 30 Jahren besucht habe, in Afrika. In der Türkei und anderswo, in Diktaturen teilweise, wo die Polizei ein Mittel ist, das die autokratischen Herrscher einsetzen, um die Demokratie zu unterdrücken.

Das ist in der Schweiz und in der Stadt Bern nicht so. Das ist nicht so. Und es ist auch nicht so, dass es einen Wettbewerb zwischen der Polizei und den Demonstranten gibt, wie bei einem Fussballspiel. Wir erleben in der Stadt Bern – und ich unterscheide eigentlich nicht zwischen Fussball-Hooligans, Eishockey-Hooligans und politischen Hooligans, wenn sie sich Scharmützel mit der Polizei leisten – wir erleben eine wohlstandsverwahrloste Gewaltbereitschaft, die mich wirklich erschreckt, nachdem ich relativ viele Schauplätze politischer Gewalt auf diesem Planeten gesehen habe.

Unsere Polizei, ja, wenn sie unter Druck kommt, setzt sie Gewaltmittel ein, und zwar im Rahmen der Verhältnismässigkeit, und zwar im Rahmen von Rules of Engagement, Einsatzregeln, die der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin vorher geben und die dann klar auf einer rechtlichen Grundlage basieren. Wenn ich die Diskussion hier anhöre, dann geht es aber immer darum, dass man quasi wie bei einem Turnier in einem Wettbewerb ist, und diejenigen, die eine unbewilligte Demonstration veranstalten, auch die Regeln des Turniers quasi mittelalterlich mitbestimmen wollen. Das erschreckt mich. Denn wir müssen Gewalt verhindern und nicht Gewalt provozieren. Wenn eine unbewilligte Demonstration stattfindet, die einigermaßen überraschend kommt – und ja, diese Demonstration war überraschend – und die Überraschung führte dazu, dass die Polizei nicht genug Kräfte hatte. Und je weniger Kräfte, und das ist ein simpler taktischer Grundsatz – und ich schaue da ein bisschen in die hinterste Reihe der SP, wo es einige gibt, die taktische Grundsätze auch kennen – je weniger Menschen wir zur Verfügung haben, desto mehr Gewalt wird eingesetzt. Ich glaube, es ist der Überraschungseffekt, der auch an diesem 24. Mai gespielt hat. Ich glaube, es geht darum, dass man solche Überraschungen auch verhindern kann. Es ist ein Miteinander.

Ich höre aber auch genau zu, wenn ich höre, dass es um eine Strategie geht. Eine Strategie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht, dass der Gemeinderat in der Lage wäre, der Polizei die Rules of Engagement aufzudrücken. Eine Strategie gibt das Grosse und Ganze vor. Die Strategie soll nicht ins operative Geschäft reinreden. Und wir werden ganz genau verfolgen, was jetzt in dieser Diskussion um eine Strategie genau verlangt wird. Die Rules of Engagement macht die Einsatzleitung selbst. Das ist operatives Geschäft. Auch das ist einigermaßen wichtig. Also wir haben eine Strategie, operativ, taktisch. Das ist, glaube ich, relativ entscheidend.

Vielleicht noch ein letzter Gedanke, den ich aus der Debatte mitnehme. Ich staune immer wieder über diese Aussagen, dass man eigentlich vor der amerikanischen Botschaft demonstrieren möchte, die dummerweise und zufälligerweise gleich neben der Synagoge liegt. Ich finde das gar nicht so schlecht, dass man auf Leute Rücksicht nimmt, die sich unwohl fühlen. Aber wenn sich Menschen unwohl fühlen, wenn vor der Synagoge demonstriert wird, haben wir ein Problem. Und es sind auch Leute, die ein

Problem damit haben, die ganz und gar nicht damit einverstanden sind, wie die IDF (Israel Defense Forces) in Gaza vorgegangen ist. Ich bin froh, dass du das auch erwähnt hast. Wir sind Menschen. Es ist nicht nur ein linkes Anliegen, dass wir solche Dinge nicht tolerieren. Es ist eben auch ein Anliegen von uns, von Menschen. Es ist eine menschliche Frage. Wir sind alle Menschen at the end of the day. Ich glaube, das ist mir ein Anliegen.

Und vielleicht noch eine letzte Bemerkung, wenn wir über die US-Botschaft reden: Dort hat es ja auch einen Sicherheitsdienst. Und einer dieser Menschen, die in der US-Botschaft dienen, stammt aus Gaza. Und es wäre vielleicht mal interessant, ihm zuzuhören, was er denkt, wenn eine Gaza-Crowd oder eine Palestine-Crowd vor der Botschaft auftaucht. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Roger Nyffenegger von der GLP-EVP-Fraktion. Falls es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, könnt ihr euch jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Das Demonstrationsrecht gilt grundsätzlich immer und überall, auch für unbewilligte Kundgebungen. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind tragende Pfeiler unseres demokratischen Rechtsstaates. Dafür steht die GLP-EVP-Fraktion dezidiert ein. Es ist aber auch klar: Gewalt, Einschüchterung und Angriffe auf Einsatzkräfte sind nicht akzeptabel. Die Antworten des Gemeinderates zeigen, dass die aufgeheizte Stimmung irgendwann in Gewalt seitens der gewaltbereiten Demonstrationsteilnehmenden umbrach. Diese durchbrachen Polizeisperren, sie griffen Einsatzkräfte mit Wurfgegenständen an und Holzlatten und spitzten damit die Situation bewusst zu. Die Fragen 5, 6, 7 und 8 wirken dahingehend irritierend, um es gelinde auszudrücken. Wenn Polizeikräfte in einer solchen Lage handeln müssen, geschieht dies zum Schutz ihrer selbst, der öffentlichen Sicherheit und im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags.

Der Gemeinderat hält ausdrücklich fest, dass auch bei einer unbewilligten Kundgebung der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gilt und sie keinen generellen Praxiswechsel vollzogen haben. Die Polizei agierte mehrfach deeskalierend, zog sich räumlich zurück und gab den Einsatz von Mitteln mittels Aufrufe bekannt, wo dies möglich war. Wenn jedoch unmittelbare Angriffe mit Wurfgegenständen erfolgten, musste die Polizei im Rahmen der Not handeln, um sich angemessen verteidigen zu können. Hinter diesem Einsatzcredo steht die GLP-EVP-Fraktion.

Vor diesem Hintergrund wirken Teile der Interpellation einseitig und blenden die Gewalt gegen die Polizei sowie die schwierige Einsatzlage weitgehend aus. Das lässt schon tief blicken. Wie eingangs gesagt: Das Demonstrationsrecht gilt grundsätzlich immer und überall, auch für unbewilligte Kundgebungen. Das bestätigt übrigens auch das Bundesgericht. Es macht aber auch eine wichtige Unterscheidung. Demonstrationen, welche von Anfang an auf Gewalt und Eskalation ausgerichtet sind, sind eben nicht mehr durch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit grundrechtlich geschützt – oder weniger juristisch ausgedrückt: Wenn Demonstrierende mit Schutzmasken, Feuerwerkskörpern und anderer Ausrüstung auf einer Demo aufkreuzen, kann die Polizei verhältnismässig eingreifen. Das, liebe Einreichende, ist ein kleines und wichtiges Detail, das ihr noch nicht versteht, vielleicht auch nicht verstehen wollt. Und diese Möglichkeit des verhältnismässigen Eingreifens, lieber Szabolcs, ist eben nicht "leider", wie du es gesagt haben, sondern wichtig für die Sicherheit von uns allen, von allen Bernerinnen und Bernern und für den Erhalt des demokratischen Rechtsstaates. Wer das Demonstrati-

onsrecht verteidigt, muss auch akzeptieren, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit Grenzen hat und Gewalt konsequent zurückzuweisen ist. Alles andere ist nicht konsequent. Friedlicher Protest verdient Schutz. Gewalt verdient keine Relativierung.

Präsidentin: Als nächstes Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich will nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist. Auch von meiner Seite zuerst ein Dank an die Polizei. Es ist eine verdammt schwierige Aufgabe. Und denkt auch an die Demonstranten. Es ist sehr wenig sensibel, wenn ihr eine Demonstration vor einer amerikanischen Botschaft macht und genau wisst, dass die Synagoge in der Nähe ist. Ich bin kein Freund der israelischen Siedlungspolitik, das wisst ihr. Aber das in Kauf zu nehmen und während Stunden den Verkehr in der Stadt Bern abzuriegeln, die Leute zu behindern, die auswärtige Verpflichtungen haben, ist eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen. Und die Bevölkerung muss sich nicht von einer kleinen Minderheit nötigen lassen. Ich danke der Polizei für ihren Einsatz und ich hoffe, dass sie durchgreift, um die Rechte der Leute zu wahren, die sich nicht gängeln lassen wollen.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt ... – Doch, es gibt noch ein Einzelvotum von Cemal Özçelik, SP.

Cemal Özçelik (SP), Einzelvotum: Ohne mich detailliert vorbereitet zu haben, trete ich heute spontan vor euch. Natürlich hat die Polizei gewisse wichtige Rollen in der Gesellschaft. Damit man die Sicherheit und die Geborgenheit der Bevölkerung schaffen kann, braucht es die Polizei. Aber wie gesagt wurde, soll in einer Demokratie die Polizei ihre Rolle korrekt spielen; anders als in einer Diktatur. Es gibt immer wieder gewisse Gruppierungen, die gewalttätig sind und mit böser Absicht handeln. Es gibt verschiedene extremistische Kreise, die die ganze Gesellschaft und die Ruhe der Gesellschaft stören können. Und natürlich muss man gewisse Massnahmen gegen sie ergreifen.

Manchmal sieht man in der Tagesschau, wie es in anderen Ländern ist, zum Beispiel in Südkorea. Gewisse gewalttätige Gruppen richten sich gegen die Polizei, greifen sie an und trotzdem wendet die Polizei keine Gewalt an. Sie versucht, gewisse Massnahmen zu ergreifen, um diese Leute zu stoppen. Aber ohne Gewalt auszuüben, versuchen sie, sie festzunehmen. Und so kann man die Probleme lösen.

Diese Gummigeschosse verursachen Verletzungen. Ich habe als Dolmetscher selbst oft gesehen, wie schrecklich es für die Leute war. Diejenigen, die sehr friedlich an den Demonstrationen teilnehmen, werden Opfer vom provokativen Verhalten einiger Menschen. Nicht alle Leute verhalten sich gewalttätig. Manchmal verhalten ein paar Leute sich provokativ, worauf die Polizei sich gegen die ganze Gruppe richtet. Sie sollen sich gut vorbereiten. Es können immer solche Leute auftauchen und die ganze Gruppe in eine bestimmte Richtung bringen. Bei Demonstrationen ist manchmal auch die Masse nicht vorbereitet. Es gibt bestimmte Leute, die all das organisieren und versuchen, sich einfach anzupassen, ohne selber für diese Gewalttätigkeiten zu sein. Kurz gesagt: Die Polizei sollte wirklich vorsichtig sein soll, um nicht, wenn Krawalle zustande kommen, einen Gegenangriff machen zu müssen. Danke fürs Zuhören.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Dominique Hodel von der SP. – Gerne noch die letzten Einzelvoten anmelden.

Dominique Hodel (SP), Einzelvotum: Es ist schwer, gute Worte nach den starken Worten von Cemal zu finden, aber ich versuche es. Ich möchte klarstellen: Ich bin gegen jede Form von Gewalt, egal ob sie von den Demonstrierenden oder der Polizei ausgeht. Es ist unerlässlich, dass wir die Rechte aller Beteiligten respektieren und schützen. Heute möchte ich den Fokus auf den Polizeieinsatz gegen die Demonstrierenden im Mai letzten Jahres legen. Ihr werdet bemerken, ich werde den 11. Oktober auch kurz erwähnen. In Palästina findet ein Genozid statt. Laut SRF, Stand am 30. Januar, sind bereits mehr als 70'000 palästinensische Menschen ums Leben gekommen. Die Zahl der Vermissten, die möglicherweise noch unter den Trümmern liegen, ist dabei nicht einmal mitgerechnet. Diese Situation macht viele wütend. Wir sind wütend, dass viele Politiker*innen Angst haben, das Wort Genozid auszusprechen, wütend, weil die Menschenrechte in diesem Konflikt mit Füßen getreten werden, wütend, dass es Regierungsratsmitglieder gibt, die nicht möchten, dass Kinder in unseren Institutionen gesund gepflegt werden, und wütend, dass die Schweiz keine klare Position zu den Menschenrechten bezieht.

Ja, die Politik war zu lange leise. Doch das ist keine Entschuldigung für gewalttätige Ausschreitungen. Aber ich verstehe die Wut, denn ich fühle sie ebenfalls. Kommen wir zurück zur Polizei. Amnesty International Schweiz verurteilte die Polizeimassnahmen aufs Schärfste. Der Einsatz von Gummigeschossen aus zu kleiner Distanz und der Mangel an klaren Sicherheitsrichtlinien sowie einer transparenten Kommunikation müssen dringend hinterfragt werden. Auch die Anwendung von Tränengas in unangemessener Dosierung, das, wie du schon sagtest, seit 17 Jahren abgelaufen ist, ist nicht akzeptabel. Ich fordere die Verantwortlichen auf, Massnahmen zur Deeskalation einzuleiten und sicherzustellen, dass die Rechte der Demonstrierenden in Zukunft gewahrt bleiben. Gewaltsame Massnahmen wie das Schlagen mit Schlagstöcken oder Steinen auf den Kopf dürfen nicht toleriert werden, weder von der Polizei noch von den Demonstrierenden, denn beide sind letztendlich Menschen. In dieser dunklen Zeit sollten wir alle menschlicher sein und gegen Gewalt in jeglicher Form eintreten. Es liegt an uns, die Stimme für die Schwächeren zu erheben und eine Kultur des Dialogs und des Respekts zu fördern.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Georg Häsler, FDP.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich möchte eigentlich vor allem einen Dank aussprechen. Ich glaube, Cemal hat auf den Punkt gebracht, worum es geht. Wir haben in einem demokratischen Rechtsstaat die Verpflichtung, humaner zu sein, besser zu sein, nicht wie in autoritären Regimes. Ich habe diesem Votum mit grossem Interesse und auch grosser Freude und Zustimmung zugehört.

Weniger zustimmend hörte ich den anderen Voten zu, wo geopolitische Zusammenhänge hier ausgebreitet werden, wozu es auch unterschiedliche Positionen gibt. Diese gehören nicht hierher. Was wir machen müssen, wir müssen besser sein. Es geht nicht darum, dass wir uns vergleichen mit anderen. Vielmehr müssen wir zu unserem Rechtsstaat Sorge tragen. Ich glaube, ich bin sehr dankbar, dass wir dieses Votum gehört haben. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine weiteren Einzelvoten mehr zu geben. Dann übergebe ich das Wort Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese Debatte, die auch leisere Töne, behutsamere Töne enthalten hat – jetzt gerade am Schluss. Herzlichen

Dank dafür. Danke auch, dass Sie diese Debatte führen konnten. Sie hatten schon einmal einen Antrag für eine Debatte zu dieser Demo auf dem Tisch – am 12. Juni letzten Jahres. Damals wurde sie abgelehnt. Damals hätte man vielleicht gewusst, worüber wir sprechen. Jetzt ist der 24. Mai letzten Jahres doch schon etwas lange her. Und es ist unterdessen viel passiert. Der Vorstoss wurde am 12. Juni eingereicht. Eine Debatte aus aktuellem Anlass wurde verlangt. Aber die hat dann nicht stattgefunden – deswegen jetzt also mit Verspätung.

Einfach zur Einordnung dieser Demonstration: Es war nicht nur eine unbewilligte Demonstration. Es war auch eine Demonstration, die in diesem Sinne nicht angemeldet und nicht absehbar war. Zur Illustration: Ich war an jenem Tag am Nachmittag an einer Sitzung mit zahlreichen unter Ihnen, einer Parteisitzung in Ausserholligen. Es hat mir niemand gesagt, ich müsse jetzt in die Stadt gehen, es laufe eine Demo. Es hatte damals an dieser Sitzung in Holligen niemand auf dem Schirm, dass ich an die Demo hätte gehen müssen. Ich bin dann trotzdem gegangen, weil ich mitbekommen habe, dass die Demo läuft. Ich bin hingegangen. Aber das Problem ist, und das sage ich hier nicht zum ersten Mal, das Problem ist nicht, dass es eine unbewilligte Demo war. Es war eine unangemeldete, eine unorganisierte Demo. Sie ist chaotisch verlaufen. Und dann muss man sich nicht wundern, wenn man nachher nicht über den Genozid in Palästina spricht, den man anprangern wollte, oder die schweizerische Politik oder die schweizerische Haltung, die man hätte aufrütteln wollen. Vielmehr wurde nur über den Polizeieinsatz, über die Ausschreitungen gesprochen.

Ich war anschliessend persönlich anwesend. Ich war nicht anwesend bei der Sequenz, als das Durchbrechen über die Kirchenfeldbrücke verhindert wurde. Ich war anwesend auf dem Bahnhofplatz. Auf dem Bahnhofplatz gab es auch Auseinandersetzungen. Am Bärenplatz und auf dem Bahnhofplatz wurden zahlreiche Scheiben eingeschlagen. Es gab dann die Sequenz, in der sich der Wasserwerfer zurückgezogen hat; das einfach zum Thema, wie offensiv die Polizei vorgeht. Der Wasserwerfer hat sich zurückgezogen, um den Weg freizumachen, dass die Demonstration Richtung Westen gehen konnte.

Sie ist die Seilerstrasse hinunter gegangen und dann über die Kapellenstrasse Richtung amerikanische Botschaft und Synagoge. Unterwegs wurde noch in das Feuerwerkgeschäft eingebrochen, das Sie vielleicht kennen – Knallfred. Man hat das ganze Feuerwerk aus dem Knallfred mitlaufen lassen und hat dann an der Kapellenstrasse mit Feuerwerk aus dem Knallfred gegen die Polizeikräfte gefeuert. Dann ging es wieder zurück in die Stadt und die Demo hat sich langsam aufgelöst. Das war der Verlauf dieser Demonstration. Ich habe ihn direkt mitverfolgt, wie gesagt, ab dem Bahnhofplatz, vermutlich ca. ab 16 Uhr an jenem Nachmittag.

Es stimmt, dass die Polizei nicht auf alles vorbereitet war. Sie war nicht vorbereitet, weil die Demo auch nicht angemeldet war, weil sie sich in dem Sinne auch nicht vorbereiten konnte. Es gab keine Route. Und es stimmt, dass wir die Botschaften schützen. Es stimmt auch, dass wir die Synagoge schützen. Und davon werden wir uns auch nicht abhalten lassen. Das ist der Auftrag der Polizei. Und diesen nimmt sie wahr.

Aber es stimmt auch, dass wir diese Demo nicht vorbesprochen haben. Der Gemeinderat hatte keine Gemeinderatssitzung, konnte keine Beschlüsse dazu fassen, weil wir gar nicht gewusst haben, dass an jenem Samstag eine so grosse Demo stattfindet. Es waren auch nicht vor allem Bernerinnen und Berner, die an dieser Demo teilgenommen haben. Es waren viele Personen aus der Westschweiz anwesend. Daher hat man das auch nicht so antizipieren können. Die Polizei wurde etwas überrascht. Das muss man, glaube ich, so sagen. Sie hat die Kirchenfeldbrücke abgesperrt, hat Trassierband zur

Kirchenfeldbrücke gespannt, weil klar war, dass man nicht will, dass die Demonstrierenden Richtung Kirchenfeld, Richtung Botschaftsquartier gehen. Und sie wurden dann dort angegriffen. Und dort kam es tatsächlich zu solchen Nahkampfszenen.

Die Berner Polizei versucht, solche Nahkampfszenen zu verhindern, weil sie immer hässlich sind und weil es eben auch zu schlimmen Verletzungen kommt. Die Berner Polizei versucht, die Distanz zwischen Polizei und Demonstrierenden zu halten, weil es so zu weniger Verletzungen kommt, und vorzugsweise mit Wasser oder mit Reizstoffen diese Distanz zu sichern, damit es eben nicht zu Verletzungen kommt. Das sind die Einsatzmittel, die die Polizei einsetzt. Aber es gibt eben auch einen Grund, warum sie diese Einsatzmittel so einsetzt.

Kurz gesagt: Wir können im Nachhinein schon über solche Demonstrationen sprechen. Ich fände es wichtiger, wenn man über die Inhalte dieser Demonstration sprechen würde, wenn man tatsächlich über Israel und Palästina sprechen würde, darüber, was dort zum Zeitpunkt einer solchen Demonstration abläuft, und nicht über die Polizeieinsätze über die Ausschreitungen, die stattfinden, weil eben die Demonstration ungenügend vorbereitet war, weil sie nicht angemeldet war und demzufolge auch nicht bewilligt werden konnte. Ich glaube, das ist der Hauptnachteil und die Hauptlehre, die man aus dieser Demonstration ziehen sollte.

Am 21. Juni gab es die grosse Palästina-Demonstration. Sie war organisiert. Dort gab es Ansprachen. Sie können es in der Sonntagszeitung nach der Demonstration vom 21. Juni nachlesen. Dort wird über eine Demonstration zu Palästina gesprochen. Sie können die Sonntagszeitungen vom 24. Mai und vom 11. Oktober nachlesen. Es wird nur über Polizeieinsätze, über Ausschreitungen, über Angriffe auf die Polizei gesprochen, kein Wort über den Inhalt dieser Demonstration. Das sollte uns doch zeigen, welche Demonstrationen sinnvoll sind, dem politischen Dialog Vorschub leisten, den politischen Dialog ermöglichen, und welche Demonstrationen in diesem Sinne nicht hilfreich sind. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke. Auch hier für das Protokoll: Wie ist der Zufriedenheitsgrad? Nicht zufrieden? – Ganz und gar nicht zufrieden. Gut.

2021.SR.000119

9 Motion Tabea Rai (AL), Jelena Filipovic (GB), Zora Schneider (PdA), Mohamed Abdirahim (JUSO) und Simone Machado (GaP): Keine Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und ggf. Bauordnung der Stadt Bern; Abschreibung Punkte 1 und 4

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 9, eine Motion "Keine Kommerzielle Werbung im Aussenraum", Abschreibung der Punkte 1 und 4. Die Abschreibungen wurden in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund sind sie heute im Stadtrat traktandiert und ich erteile aus diesem Grund für die PVS Nora Joos das Wort.

Nora Joos (JA) für die Kommission: Wir entscheiden heute über die Abschreibung des ersten und vierten Punkts der Motion "Keine kommerzielle Werbung im Aussenraum". Wir diskutieren über die Abschreibung der 2024 überwiesenen Motion, obwohl die Forderung, das Reklamereglement zu überarbeiten, noch nicht umgesetzt ist. Der Gemeinderat beantragt, auf die Überarbeitung des Reklamereglements zu verzichten, denn in der Budgetdebatte 2025 wurden die 5 Mio. Franken der Plakatierungskonzession ab 2027 mit einer Planungserklärung wieder als Einnahme vorgesehen.

Vor der Kommissionssitzung wurden diverse Fragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet. Eine Frage bezog sich auf die alte Rechtsprechung, welche der Gemeinderat in der Antwort der Motion zitiert. Seit 2025 gibt es zwei neue Bundesgerichtsurteile, welche im Vergleich zum alten sagen, dass Gemeinden generell befugt sind, Verbote für kommerzielle Aussenwerbung zu erlassen.

In der Sitzung selbst diskutierte die PVS über drei Hauptthemen. Erstens, die negative Auswirkung von Werbung auf den Konsum. Verschiedene Kommissionsmitglieder betonten, dass ein kommerzielles Werbeverbot im Aussenraum zeitgemäss wäre, und sich die Stadt mit dem Thema Konsum zwingend auseinandersetzen muss, um die städtischen Klimaziele zu erreichen.

Das zweite Diskussionsthema war der unübliche Kontext. Es ist nicht häufig, dass sich innerhalb eines Jahres zwei Stadtratsbeschlüsse widersprechen. Und drittens haben wir über den finanzpolitischen Ablauf sowie den vertragsrechtlichen Zeitplan diskutiert. Theoretisch entscheidet der Stadtrat erst im Budgetprozess diesen September definitiv über die Einstellung oder Nichteinstellung der 5 Millionen im Jahr 2027. Gemäss Verwaltung hat die TVS die Ausschreibung der Plakatierung jedoch bereits begonnen oder startet diese zeitnah. Denn die jetzigen Verträge laufen 2026 aus.

Zum Schluss: Bei der Abstimmung hat eine Mehrheit der Kommission sich aus prozesualen Gründen für die Abschreibung ausgesprochen. Es gab jedoch Gegenstimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Jetzt kommen die Voten für die Ersteinreichenden. Bei mir steht hier "Jelena Filipovic". Das ist offensichtlich nicht der Fall, darum gerne Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Die Würde oder Bürde des Amtes erlaubt es wahrscheinlich nicht, in jedem Fall Stellung zu nehmen. Deshalb mache ich das stellvertretend für die Ersteinreichenden, die es hier im Rat zum Teil gar nicht mehr gibt.

Der Onkel ist heute da, um euch zwei Sachen zu erzählen. Zuerst einmal: Um was es geht eigentlich? Und zum Zweiten: Um was geht es eigentlich jetzt hier?

Um was geht es? Es geht um Fremdreklame. Es geht um kommerzielle Reklame, die diese Motion im öffentlichen Raum verbieten möchte. Was ist Fremdreklame? Fremdreklame ist Reklame, die nicht ortsgebunden ist. Es ist nicht eine Firmenbeschriftung oder eine örtliche Reklame für ein sich im unmittelbaren Umkreis befindliches Gewerbe oder sonstige Dienstleistungen. Es sind nicht kulturelle Plakate, es sind auch nicht Wahlplakate von politischen Parteien oder sonstige Verlautbarungen der Stadt, ein Stadtplan oder auch die Dinge, die man aufstellt und die auch schon zu politischen Diskussionen geführt haben, mit unseren Köpfen drauf. Solche Dinge sind nicht betroffen.

Es geht darum, dass hier eigentlich grosse Konzerne, in der Tendenz grosse Konzerne, grosse Plakatierstellen schweizweit, weniger regional, bespielen. Das kann man auch deutlich daran erkennen, dass man immer ein "Grüezi" statt eines berndeutschen, regionalen Slogans auf diesen Plakaten findet. Es sind also eher grosse Player, die in die Schranken gewiesen werden sollen. Es sind insbesondere auch Leuchtkästen, LCD-Displays, solche Geschichten. Das ist, was diese Motion hier eigentlich verbieten will. Und das ist das, was der Stadtrat 2024 zwar knapp, aber trotzdem überwiesen hat. Ich will jetzt gar nicht so sehr darüber reden, ob das eine gute Idee ist oder ob es keine gute Idee ist. Ihr habt alle eure Meinungen. Dieses Thema polarisiert. Es ist auf jeden Fall einen Versuch wert. Diese Motion hat im Stadtrat Erfolg gehabt. Und es gibt immer noch viele Leute hier drin, die das ein gutes Anliegen finden.

Und was ist jetzt los? Jetzt stehen wir hier, zwei Jahre später. Es wurde nichts gemacht. Es wurde auch nicht abgeschrieben. Aber jetzt kommt die Abschreibung. Überlegt euch das mal: Budgetdebatte, und jetzt kommt eine Planungserklärung, die da sagt: Ja, wir stellen jetzt hier mal auf das Geratewohl 5 Millionen ein. Und in der Begründung der Planungserklärung steht im letzten Satz: Hey, übrigens – wink – Gemeinderat, schreibt doch das Ding ab.

Und jetzt frage ich mich, woher kommt das? – Aus der SP. – Wie viele Gemeinderäte habt ihr eigentlich? – Zwei. – Sitzen die bei euch jede Woche in der Sitzung? – Ja. – Warum müssen wir dann hier wie im Puppentheater Demokratie nachspielen, wenn ihr direkt zu den Leuten hingehen könnt oder die Gemeinderätin direkt zu euch hingehen kann und sagen: Hey, wie wäre es mit Abschreibung?

Wozu machen wir zwei Jahre lang gar nichts und kommen dann über eine sachfremde, total rechtlich nicht bindende prosaische Anforderung in einer Begründung, die sowieso nur Text ist und kein Antrag, auf die Idee, das hier auf diese Tour abzuschreiben? Ob man dafür ist oder nicht, ist die eine Frage. Aber der Stil ist unterste Schublade. Es hat geheissen, es sei ein Betriebsunfall bei der SP gewesen, tut uns leid. Ich würde mal behaupten, der Betriebsunfall ist insbesondere, wie diese Abschreibung hier genau vonstatten gehen soll. Selbstverständlich sind die Ersteinreichenden und die Motionär*innen mit diesem Vorgehen nicht einverstanden.

Es ist insbesondere stossend, dass man nicht mal einen Gegenvorschlag in den Raum wirft. Es könnte zum Beispiel sein, dass wir uns hier mal über diese Leuchtdisplays, die in den letzten zwei Jahren vermehrt in der Stadt grassieren, unterhalten würden. Wir könnten jetzt aufbauend darauf nicht nur diese 5 Mio. anführen, sondern über Kommerz und das Bändigen des Ganzen diskutieren wollen. Aber nein, es wird pauschal abgeschrieben mit der dumpfsten, dröcksten Begründung, es koste einfach zu viel Geld. Das ist weder differenziert, noch ist es der Sache würdig. Den Rest erzähle ich euch später. Und tatsächlich bin ich der Auffassung, dass der Kapitalismus überwunden werden sollte.

Präsidentin: Gut, die Redner*innenliste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Ingrid Kissling-Näf von der SP-JUSO-Fraktion.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Bereits im September haben wir im Rahmen der Budgetdebatte intensiv über das Werbeverbot diskutiert. Damals hat dieses Parlament beschlossen, die Einnahmen aus der Plakatierungskonzession ab 2027 wieder in den Globalkredit von Tiefbau Stadt Bern aufzunehmen, jährlich also 5,148 Millionen, und das wohlgemerkt mit einem parteiübergreifenden Antrag. Der Entscheid fiel damals deutlich aus. 44 Ja-Stimmen standen 24 Nein-Stimmen gegenüber, bei 6 Enthaltungen. Gleichzeitig wurde der Gemeinderat mit der Planungserklärung beauftragt, eine Abschreibung der Motion vorzulegen. Genau das liegt vor uns. Natürlich lassen sich klimapolitische Argumente für ein Werbeverbot formulieren. Nur, die Werbeflächen von SBB würden weiterhin bestehen bleiben. Das Resultat wäre also kein werbefreies Bern, sondern schlichtweg weniger Einnahmen für die Stadt. Und genau hier stellt sich die entscheidende Frage: Was bedeutet das für unseren finanziellen Handlungsspielraum? Wir alle wissen: Der grösste Teil des städtischen Budgets ist gebunden. Das wenige freiverfügbare sogenannte Spielgeld, das wir für soziale, kulturelle und bildungspolitische Anliegen einsetzen können, würde weiter schrumpfen. Die Stadt würde freiwillig auf über 5 Mio. Franken pro Jahr verzichten; Geld, das wir sonst in Schulen, Betreuung, Klimamassnahmen oder soziale Sicherheit investieren könnten. Stattdessen würden die Werbeeinnahmen zunehmen, und zwar bei internationalen Digitalkonzernen und

eben nicht mehr bei der öffentlichen Hand landen. Es ist demokratisch völlig legitim, dass ein Parlament in einem veränderten Kontext auf frühere Entscheide zurückkommt, insbesondere dann, wenn sich zeigt, dass ein Entscheid finanziell schwer wiegt und politisch nicht nachhaltig ist. Denn diese Abschreibung ist finanzpolitisch alles andere als ein Detail. Sie sichert uns Mittel, die wir dringend für kommende Investitionen, für soziale Stabilität und für die ökologische Weiterentwicklung unserer Stadt brauchen. Sie ist damit vielleicht ein kleiner Schritt im Geschäft selbst, aber ein grosser Schritt hin zu einer verantwortungsvollen und realistischen Finanzpolitik. Denn eines ist klar: Eine prosperierende Stadt wie Bern darf ihre Zukunft nicht kaputtsparen. Darum bitte ich euch im Namen der SP-JUSO-Fraktion, der Abschreibung der Punkte 1 und 4 zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes, Nicolas Lutz von der Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Zum Glück gibt es den Kapitalismus und zum Glück gibt es auch Werbung. Denn, wenn eines klar ist: Werbung ist positiv, Werbung ist Gratis-Serotonin, und das nebenwirkungsfrei. Wenn ihr meint, dass man nur noch politische Werbung und irgendwie so Bünzli-Werbung aus Bern haben will, so muss ich sagen: Ich sehe auch gerne Leonardo Di Caprio und nicht nur die lokale Bäckerei. Eine gewisse Sexyness und auch Internationales, vielleicht Kunst, vielleicht irgendetwas – es gibt auch noch Werbung, die den Leuten ein bisschen Hoffnung gibt und nicht nur sagt, die Welt gehe morgen unter. Und darum braucht es Werbung. Und darum braucht es auch in Bern den Kapitalismus. Und darum freue ich mich, wenn wir das weiterziehen können, und nicht immer nur maulen und sagen, wie schlimm alles ist. So schlimm ist es gar nicht. Und die Leute sind alle mündig und können selbst entscheiden. Bevormundet sie doch nicht ständig, sondern lasst es einfach mal gehen, bleibt im Flow, geniesst es oder hasst es.

Präsidentin: Als nächstes gerne Nik Eugster von der FDP-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich gebe dir insofern recht, Raffael Joggi: Die Meinungen hier im Rat sind gemacht. Ich möchte daher nicht mehr allzu lange werden. Und ich gebe dir recht: Es kommt mir manchmal auch vor wie ein Puppentheater. Das kann durchaus hier so sein. Aber ich gebe dir nicht recht beim Argument, dass es um Fremdreklame gehe. Es geht eben nicht nur um Fremdreklame. KMU-, Kultur- und politische Werbung ist auch betroffen.

Eine Gemeinde in der Westschweiz hat nach einem Verbot von Plakatwerbung ein Unternehmen gesucht, welches die Plakatierung von Kulturinhalten übernimmt. Aufgrund der fehlenden Querfinanzierung war diese Ausschreibung finanziell nicht tragbar und nicht attraktiv. Die Konsequenz: Es gab keinen Interessenten dafür. Das ist einfach so. Es stimmt auch nicht, dass es hier keine Diskussion gibt, dass wir keine Diskussion führen wollen. Also, erstens führen wir im Moment gerade eine sehr spannende Diskussion. Und dass es keine Plakate in der Innenstadt gibt, dass es keine Plakate in den Wohnzonen und so weiter gibt, ist ein Resultat aus einer politischen Debatte und schlussendlich politischer Prozesse. Und mit der Abschreibung wird die Debatte auch nicht zu Ende sein. Dafür sorgt ihr ja auch mit der Initiative, die angedroht wurde. Insofern werden wir uns weiterhin mit dem beschäftigen. Ich finde es einfach richtig, dass wir jetzt diese Motion mal beerdigen, weil sie wirklich in die falsche Richtung zielt. Sie wäre zu radikal. Das habe ich schon gesagt. Aber ich habe vorhin auch versprochen, ich würde nicht allzu lange reden, ausser ihr gebt mir noch mehr Argumente, auf die

ich etwas entgegenen muss. Also ich danke allen, die das unterstützen und diese Abschreibung heute Abend mit uns machen.

Präsidentin: Als nächstes Mirjam Roder von der GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Wir haben die Abschreibung lange und intensiv diskutiert. Das war schon bei der Überweisung der Motion so, bei der wir schliesslich einige Punkte abgelehnt und uns bei einigen enthalten haben; nicht, weil uns das Thema egal ist. Im Gegenteil: Wir finden, es ist eine sehr wichtige Diskussion, die unbedingt geführt werden muss, am liebsten im Rahmen eines Reglements, lieber Nik. Denn wir finden, jede moderne Stadt, als die wir Bern tatsächlich sehen, muss sich die Frage stellen, wie sie mit Werbung umgehen möchte. Denn die eigentlichen Fragen sind doch: Wem gehört der öffentliche Raum, wer darf ihn nutzen und nach welchen Kriterien? Wollen wir, dass vor allem jene sichtbar sind, die am meisten zahlen können oder schaffen wir auch Raum für lokale Verankerung und kleinere Betriebe? Wie viel Kommerz verträgt eine Stadt überhaupt und wo ziehen wir die Grenzen? Wir sind überzeugt, dass sich hier gute Lösungen würden finden lassen würden. Raffael hat es bereits angetönt.

Vielleicht gibt es ja Wege, wie wir die grossen Player wie McDonald's oder Autohändler zurückdrängen können, dafür diese Flächen dem lokalen Gewerbe zur Verfügung stellen, vielleicht indem Werbeflächen günstiger angeboten werden, so dass sich auch die lokale Schreinerei oder der Coiffeursalon vermehrt Plakatstellen leisten können. Oder man könnte die Gesamtzahl der Flächen reduzieren, damit Werbung weniger penetrant wirkt. Es gibt ja bereits einige Regulierungen, etwa an der Aare oder vor Schulen. Das ist ein guter Anfang. Genau dort hätte man anknüpfen können. Ja, die Einnahmen wären auch bei einer moderaten Regulierung eingebrochen, aber eben nicht auf null. Und anders als die Einreichenden finden wir es sehr wohl relevant, dass der Stadt jährlich 5 Mio. Franken fehlen würden. Dieses Geld fehlt dann, wie Ingrid gesagt hat, an einer anderen Stelle. Und es sind nicht unbedingt diejenigen, die die Motion eingereicht haben, die bereit wären, irgendwo anders zu sparen. Eine Steuererklärung lehnen wir auch klar ab. Sie ist weder realistisch noch wünschenswert. Zudem hängen Arbeitsplätze an diesem Bereich. Auch das muss man ernst nehmen. Im Moment dominieren wenige grosse Anbieter wie APG und Goldbach den Markt, was zu zunehmender Standardisierung führt. Ob wir jetzt in Bern, Zürich oder Genf sind, die Werbung ist überall dieselbe. Das hat nichts mehr mit lokaler Identität des Ortes zu tun. Und wir haben ja im Wahlkampf gesehen, was passiert, wenn man einfach die günstigste Lösung bevorzugt.

Wie gesagt, wir hätten diese Diskussion gerne geführt, und zwar ausführlich, nicht nur in diesem Rahmen. Wir von der GFL scheuen uns nie vor einer Diskussion. Auch unbequeme Fragen müssen gestellt werden dürfen. Deshalb dauern unsere Mitgliederversammlungen auch gerne mal bis Mitternacht. Einige von uns ärgern sich deshalb auch sehr über das Manöver, mit dem diese überwiesene Motion nun gestoppt wird. Deshalb hatten wir auch beim Budgetantrag, der faktisch die Abschreibung erzwungen hat, Stimmfreigabe beschlossen. Und ja, wir finden es schon auch etwas fragwürdig, dass ausgerechnet die Partei, die immer nach mehr Partizipation und politischer Teilnahme verlangt, hier die Diskussion verweigert.

Mittlerweile sehen wir aber auch: So wie die Situation jetzt ist, ist alles zu festgefahren. So kommen wir nicht mehr auf einen grünen Zweig. Die Motion war zu stark geprägt vom Narrativ des Verbots. Sie war überladen mit Haltungen, die eine zielführende Diskussion verunmöglicht haben. Denn so wie die Motion formuliert ist, hatten und haben

wir erhebliche Bedenken. Wir sind nicht für ein grundsätzliches Werbeverbot. Wir sind für eine mildere, differenziertere Umsetzung, für eine stärkere Regulierung der Werbung. Und irgendwann mussten wir uns halt dann auch die Frage stellen: Was bringt denn ein Reglement überhaupt noch, wenn es zu 90% nicht mehr dem entspricht, was ursprünglich in der Motion gefordert wurde? Wir finden deshalb: Es braucht dringend einen neuen Ansatz und einen neuen Anlauf. Und aus diesem Grund haben wir uns schliesslich dazu entschieden, der Abschreibung grossmehrheitlich zuzustimmen, mit einigen Enthaltungen.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Esther Meier für die GB/JAI-Fraktion.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Ich bin nun seit zweieinhalb Jahren im Stadtrat. Und in dieser Zeit diskutieren wir nun bereits zum dritten Mal ein Verbot kommerzieller Werbung in der Stadt Bern; heute aus dem Grund, weil gewisse Parteien, die das Anliegen ursprünglich unterstützt haben, bei der letzten Budgetdebatte eine wirklich bemerkenswerte politische Pirouette aufs Parkett gelegt haben. Dieses politische "Hüsch und Hott" würde wirklich ganz wunderbaren Stoff bieten für einen Gotthelfroman und gäbe eine formidable Fortsetzung zur "Käserei in der Vehfreude"; übrigens eine grossartige Erzählung über den aufkommenden Kapitalismus im Emmental und kurzfristiges Profitstreben, das in einem finanziellen Fiasko endet, weil halt Geld eben doch mehr lockte als der Geist.

Aber zurück ins 21. Jahrhundert. Gelten die politischen Überzeugungen nur, solange sie nichts kosten? Das ist doch die Botschaft, die wir heute Abend mit der Abschreibung der von uns selbst überwiesenen Motion vermitteln würden. Dabei waren die Kostenfolgen schon damals, als wir die Motion überwiesen haben, transparent ausgewiesen. Und auch an der Sache selbst hat sich seit 2024 nichts geändert. Der Zweck von Werbung ist es, Bedürfnisse zu wecken, von denen wir vorher nicht mal wussten, dass wir sie haben. Werbung will, dass wir konsumieren, und fördert damit einen gesellschaftlichen Überkonsum, der uns als Einzelpersonen und als Gesellschaft schadet. Wir lenken unsere Energie auf den Konsum von Dingen, die wir nicht brauchen, und befriedigen kurzfristig unsere Bedürfnisse, die wir ohne Werbung gar nicht hätten. Aber obwohl wir alles konsumieren, das wir uns leisten können oder wofür wir einen Konsumkredit aufnehmen, bleiben wir doch wie ein ewiger Säugling, der immer hungrig bleibt, und befriedigen mit unserem ewigen, durch Werbung angeregten Konsumhunger nicht unsere Bedürfnisse, sondern in erster Linie den ebenfalls unersättlichen Profithunger der Grosskonzerne. Der Überkonsum, den die Werbung ankurbelt, schadet aber auch dem Klima und der Umwelt und gefährdet damit unsere Lebensgrundlagen und unsere Lebensqualität. Eine Studie von INFRAS, die 2023 publiziert wurde, hat berechnet, dass allein der Mehrkonsum, den die Werbung verursacht, in der Schweiz für ganze 7% der Treibhausgase verantwortlich ist. Das bedeutet umgekehrt: Mit einer einzigen einfachen Massnahme könnten wir einen beachtlichen Teil der Emissionen reduzieren; einer Massnahme, die für die Bevölkerung keinen Verzicht bedeuten würde, sondern ganz im Gegenteil sogar den öffentlichen Raum aufwerten würde.

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir hier drinnen die neue Energie- und Klimastrategie verabschiedet mit dem Ziel, dass die Stadt Bern bis 2045 Netto-Null erreicht. Ebenfalls im letzten Jahr haben wir mit deutlicher Mehrheit eine Planungserklärung überwiesen, die forderte, dass genügend Geld für die Umsetzung der Klimamassnahmen eingestellt wird. Wir investieren also in Klimamassnahmen, um den CO₂-Ausstoss zu senken, und kurbeln gleichzeitig mit Werbung den CO₂-Ausstoss an. Das ist nicht absurd. Das ist schlicht irrational. Dabei haben wir 2022 gezeigt, dass wir das Prinzip

doch verstehen und bereit sind, die Konsequenzen zu tragen. Und mit "wir" meine ich eine breite Allianz aus Grünen, SP, GLP und EVP, die damals für ein Werbeverbot auf nationaler Ebene gekämpft hat. Ein Werbeverbot, das von der Bevölkerung dann auch mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde. Wir waren für ein Verbot, weil der schädliche Einfluss von Werbung auf das Konsumverhalten belegt ist, und wir nicht mehr bereit waren, die Gesundheit der Kinder den Profiten der Tabaklobby zu opfern. Liebe Kolleginnen von der SP, GFL, EVP und GLP: Beim Tabakwerbeverbot haben wir gezeigt, dass wir bereit sind, Werbung zu regulieren, wenn sie Schaden anrichtet – und ja, auch hier trotz finanzieller Abhängigkeiten, da die Schweiz für die Tabakkonzerne ein wichtiger Standort ist und Raucher*innen dem Bund jährlich gut 2*Mia. Franken an Tabaksteuern abliefern. Einnahmen, denen aber natürlich die deutlich höheren gesundheitlichen Folgekosten des Rauchens gegenüberstehen.

Nun, auch die Investitionen in den Klimaschutz werden die Einnahmen von den Werbekonzessionen um ein X-Faches übersteigen und erst recht die Kosten für die Klimakrise selbst, wenn wir es nicht schaffen, die Klimaerhitzung zu stoppen. Die Werbekonzessionen sind also genau wie die Tabakwerbung auch finanzpolitisch ein schlechter Deal. Denn die Schäden, die sie verursachen, kosten uns mehr, als uns die Abgaben auch nur annähernd einbringen.

Wollen wir uns wirklich für 0,3% der Einnahmen, so wenig machen die 5,5 Mio. Franken effektiv auf das Gesamtbudget von rund 1,5 Mia. Franken aus, abhängig machen von Werbefirmen und Grosskonzernen und unsere eigene Arbeit sabotieren? Nochmals kurz zur Erinnerung: Ein Werbeverbot trifft eben nicht das lokale Gewerbe. Es ist eben genau nicht der Metzger aus der Matte, die Bäckerei im Breitsch und schon gar nicht der Maurerbetrieb in Bümpliz, die sich für 1'500 Franken für zwei Wochen eine Plakatfläche oder sogar eine ganze Kampagne in der Stadt leisten können. Sondern es sind internationale Grosskonzerne und die Detailriesen Coop und Migros, die mit ihren Millionenkampagnen den öffentlichen Raum besetzen und uns zu mehr Konsum – bei ihnen natürlich, nicht den lokalen Läden von nebenan – animieren wollen.

Noch ein Argument, das immer wieder auftaucht und das wir vorhin auch schon gehört haben, nämlich, dass die digitale Werbung von Google und Meta doch sowieso viel schlimmer sei und mehr Schaden anrichte. Und: Wenn es andere machen, warum dann wir nicht auch. Ja, es mag sein, dass Google und Meta schlimmer sind. Aber was ist denn das für eine Logik? Ist es richtig und erlaubt, Menschen auszurauben, weil andere Menschen Menschen töten? Offensichtlich nicht. Das ist nämlich kein ernsthaftes Argument. Das ist eine billige Ausrede.

Wir als Stadt Bern können Google und Meta nicht im Alleingang regulieren. Aber es steht sehr direkt in unserer alleinigen Macht, die Plakatstellen in der Stadt Bern nicht mehr für kommerzielle Werbung zu verkaufen, die dem Klima schadet und einen Konsum fördert, von dem vor allem die Grosskonzerne profitieren und der die Reichen noch reicher macht.

Die GB-JA!-Fraktion wird die Abschreibung der Punkte 1 und 4 selbstverständlich ablehnen. Wir bitten euch heute Abend, wie damals 2024 Haltung zu zeigen, den städtischen Handlungsspielraum auszunutzen und die Abschreibung ebenfalls abzulehnen. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Natalie Bertsch von der GLP-EVP-Fraktion.

Natalie Bertsch (GLP) für die Fraktion: Unsere Positionierung in diesem Geschäft ist ziemlich klar. Wir haben die Motion 2024 abgelehnt, die Planungserklärung miteingegeben und wir unterstützen auch heute den Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung.

In der finanziell angespannten Lage der Stadt Bern soll nicht einfach auf die Einnahmen von 5 Mio. Franken verzichtet werden – für uns dann doch lieber konkrete Massnahmen im Budget als ein Verbot, das vor allem symbolischen Charakter hat und, wenn überhaupt, nur sehr indirekt zur Umsetzung der Klimastrategie der Stadt Bern beiträgt.

Ganz anders als andere Fraktionen heute Abend begrüssen wir eigentlich aus demokratiepolitischer Sicht, dass der Stadtrat dies heute erneut diskutiert. In unserer Welt, die sich so schnell und unerwartet verändert, braucht es den Mut oder auch die Flexibilität, Geschäfte neu zu überdenken und für das Heute abzuwägen. Ein gut überlegter Meinungswechsel muss nicht zwingend ein Verrat an Identität und Idealen sein, sondern steht auch für einen offenen Geist und die Bereitschaft zum Dialog im politischen Prozess. Und im Sinne des Dialogs, lieber Raffael, und auch weil du immer so gut Werbung für die Abschaffung des Kapitalismus machst, würde mich einfach interessieren, wie ihr euch während der Transition, der Abschaffung des Kapitalismus, die Finanzierung von Sozialprogrammen vorstellt. Es ist eine ernste Frage. Ich denke, sie sprengt ein bisschen den Rahmen dieser Diskussion, aber sehr gerne ein anderes Mal. Es würde mich interessieren.

Präsidentin: Als nächstes Raffael Joggi, AL-PdA-TIF-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich beeile mich, damit ich genug Zeit habe, das alles auch noch zu erklären. Nein, also vielleicht ist das wirklich ein bisschen eine zu grosse Kiste. Ich fange jetzt mal mit dem Einfachen an. Da ich auch gewinnorientiert funktioniere, will ich mir fünf Franken von meinen Fraktionskollegen verdienen und werde versuchen diese Absurdität des Arguments, dass es im Bahnhof Bern auch Werbung hat, die dem Bund gehört, mit einem blöden Vergleich ad absurdum zu führen. Es wäre ungefähr so, wie wenn ich nicht gegen Gewaltverbrechen vorgehen würde, weil in New York immer noch Kriminelle rumlaufen. Also klar: Wir werden nicht die ganze Welt von Werbung befreien können. Aber es geht ja jetzt auch nicht darum, hier nicht den ersten Schritt zu machen.

Und nach diesem profanen Vorgehen möchte ich noch zwei Anliegen von zeitloser Anmut abgeben, und zwar wieder mal an die SP. Das eine ist die Frage des Geldes. Klar, wir haben nie gesagt, ich jedenfalls nicht, dass 5 Millionen ein Pappenstein sein und man auf die einfach so verzichten könne. Ich hätte auch gerne 5 Millionen mehr in der städtischen Kasse. Aber der Punkt ist ein anderer. Wenn ihr als Sozialdemokraten anfangt, das Nullsummenspiel vorzugaukeln, dass, wenn man hier 5 Millionen streicht, sie dann bei ganz wichtigen sozialpolitischen Anliegen fehlen, prophezeie ich euch, werdet ihr früher oder später da drüben bei den Bürgerlichen landen. Denn das ist genau der Pfad, wo wir nicht hinwollen. Wir wissen alle, wie das System funktioniert. Der Kapitalismus wächst. Es gibt immer mehr Geld in der Welt. Wir haben nicht ein Finanzierungsproblem. Wir haben ein Umverteilungsproblem. Wenn ihr jetzt anfangt, einen Franken gegen den anderen auszuspielen und eurer eigenen Politik letztlich nicht treu bleibt – und ihr habt **die letzten 30 Jahre BNB** verschönert –, frage ich mich nur: Wo macht ihr dann Halt? Und ich würde ich euch empfehlen, hier nicht Halt zu machen. Wir könnten uns, um es anschaulicher zu machen, auch sagen: Warum gibt es nicht noch viel mehr Werbung? Wir könnten noch viel mehr Plakatstellen in Bern aufstellen. Dann hätten wir 10 Millionen mehr. Wie wäre das denn? Ist das ein Deal? Warum machen wir das nicht?

Fragt euch das mal, überlegt mal: Wo sind die roten Linien? Wo wollt ihr rote Stühle aufstellen und wo nicht? Was kostet eigentlich Stadtgrün? Lohnt es sich eigentlich, den öffentlichen Raum zu verschönern? Was hat Werbung damit zu tun? Was wollen die Leute eigentlich und warum wählen sie euch letztlich? Von dem her wäre ich vorsichtig. Ich würde nicht anfangen, an einem Ort zu sparen und am anderen nicht, sondern besser aufmerksam zu sein, wo wir tatsächlich das Geld holen können.

Und da vielleicht die Antwort: In dieser Übergangsphase, wie die auch immer geartet sein soll, würde ich das Geld einfach holen, wo es ist. Jedes Jahr gibt es mehr Kapital auf der Welt. Wir müssen uns das einfach holen. Die 99,9% könnten bei 0,1% den Rest holen gehen. Wir könnten alle unsere Probleme, die wir hier diskutieren, auch finanzieren, jedenfalls eine geraume Zeit lang – das nur an dieser Stelle.

Geld sollte uns hier nicht bei jeder Frage leiten und darin kann ich mich nur meiner Vorrednerin anschliessen. Ein gesellschaftlicher, ein politischer Wert muss nicht einen Preis haben. Es geht darum, wie man den umsetzt. Und es gibt hier auch Kompromisse und einen solchen sind wir heute offensichtlich nicht eingegangen.

Und der zweite Punkt geht an die FIKO, die damals auch in SP-Hand war. Es ist irgendwie peinlich, wenn man sich im Namen der FIKO hier hinstellt und dann sagt, dass die Finanzkommission dazu da sei, vom Stadtrat entschiedene Entscheidungen nachträglich rückgängig zu machen, nur weil sie was kosten. Wenn ihr nicht eine Sparkommission werden wollt, dann würdet ihr besser daran tun, euch Gedanken darüber zu machen, was eine Bugwelle ist, ob das eine Welle ist oder doch eher ein Plateau, das nie mehr aufhört. Solche Dinge sind interessant. Das ist finanzpolitisch relevant, und nicht, ob etwas einfach sechs Nullen hinten dran hat, um dann nochmal über die Bücher gehen zu müssen und uns hier aufzuhalten, obwohl wir uns ja eigentlich schon mal dafür entschieden haben. Der Onkel sagt immer noch: Der Kapitalismus muss überwunden werden.

Präsidentin: Danke. Die Redner*innenliste wäre jetzt offen für Einzelvoten. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich jetzt das Wort der Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Geschätzte Stadtratspräsidentin, geschätzte Ratsmitglieder, zuerst nochmal zum Formalen: Der Stadtrat hat am 18. September 2025 beschlossen, im Globalkredit von Tiefbau Stadt Bern ab dem Jahr 2027 die Einnahmen aus der Plakatierungskonzession in der Höhe von jährlich 5,1 Mio. Franken wieder einzustellen, dies, es wurde schon erwähnt, mit 44-Ja- zu 24 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Gemäss der Antragsbegründung ist mit diesem Beschluss der Auftrag an den Gemeinderat verbunden, dem Stadtrat einen Antrag auf Abschreibung der Motion vorzulegen. Der Gemeinderat kommt diesem Auftrag mit dem vorliegenden Antrag nun nach.

Jetzt sage ich gerne noch etwas Inhaltliches, obwohl wir diese Diskussion ja schon mehrmals geführt haben. Aber manchmal braucht ein Thema eben auch Raum und Zeit, und das ist auch gut so. Ja, ein vollständiges Verbot kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum mag vielleicht auf den ersten Blick attraktiv erscheinen. Doch ein genauer Blick zeigt: Es wäre schwierig in der Umsetzung. Der Gemeinderat hat bereits in seiner Antwort auf die Motion vom 20. Oktober 2021 klar dargelegt, dass ein solches Totalverbot rechtlich kaum haltbar ist. Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit, insbesondere auf privatem Grund, müssen verhältnismässig sein. Ein pauschales Verbot erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Es wäre angreifbar und letztlich wohl nicht durchsetzbar. Doch auch unabhängig von der rechtlichen Lage stellt sich für mich schon die Frage nach

dem Nutzen. Werbung verschwindet nämlich nicht einfach so, wenn man sie im öffentlichen Raum verbietet. Sie verlagert sich in digitale Kanäle, in private Räume, in Bereiche, auf die wir noch weniger Einfluss haben, wie zum Beispiel das Handy. Der gewünschte Effekt bleibt aus meiner Sicht aus. Gleichzeitig hätte ein solches Verbot Nebenwirkungen. Das wurde auch schon erwähnt. Der Stadt würden jährlich Millionen an Einnahmen entgehen – Gelder, die auch heute in den Service public fliessen. Und auch lokale Unternehmen wären betroffen, gerade kleine und mittlere Betriebe, die auf Sichtbarkeit angewiesen sind. Denn, wo machen wir eine Differenzierung? Eine schwierige Frage.

Ja, all das zeigt: Ein Totalverbot ist ein grobes Instrument für ein differenziertes Problem. Was wir brauchen, sind gezielte, verhältnismässige Lösungen, klare Regeln dort, wo Werbung stört. Klar müssen wir uns auch die Frage stellen: Wie viel verträgt es im öffentlichen Raum? Aber was, glaube ich, nicht zielführend ist, ist ein radikaler Kahl-schlag. Ich danke Ihnen.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung von Punkt 1 und Punkt 4 der Motion zustimmen, dann könnt ihr mit Grün Ja zustimmen und Rot ablehnen.

Abstimmung Nr. 015

2021.SR.000119

Annahme

Ja	50
Nein	19
Enthalten	6

Präsidentin: Sie haben der Abschreibung von Punkt 1 und Punkt 4 zugestimmt.

2024.SR.0289

10 Motion Maurice Lindgren/Janina Aeberhard (GLP)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Jede Stimme zählt: faireres Wahlverfahren für die Stadt Bern; Ablehnung

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 10, "Jede Stimme zählt, faireres Wahlverfahren für die Stadt Bern". Die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Maurice Lindgren wäre das. Er ist aber nicht vor Ort, darum Denise Mäder.

Denise Mäder (GLP) für die Einreichenden: Gleich einleitend: Andere Fraktionen sind mit dem Wunsch an uns herangetreten, dass wir punktweise über diese Motion abstimmen, das heisst, einerseits der Wechsel des Wahlsystems im Stadtrat und andererseits im Gemeinderat. Wir als einreichende Fraktion kommen dem Wunsch nach.

So, nun, um was geht es? In der Stadt Bern wählen wir das Parlament und die Regierung mit dem Proporzwahlverfahren, kurz: im Proporz. Der Grundgedanke dieses Systems ist eigentlich simpel. Jede Stimme soll möglichst gleich viel Gewicht haben. Als Wählerin gehe ich deshalb davon aus, dass meine Stimme der Partei zugutekommt, die ich auf den Wahlzettel schreibe, und nicht irgendwo anders landet oder weniger zählt als eine andere. In der Praxis ist das heute aber nicht zuverlässig der Fall.

Mit dem aktuell angewendeten Hagenbach-Bischoff-Verfahren kann es nämlich passieren, dass zwei Stimmen unterschiedlich stark wirken. Die eine zählt mehr, die andere weniger – und nicht wegen politischen Inhalten, sondern wegen der mathematischen Berechnungsmethode. Und das ist schwer verständlich, selbst für politisch interessierte Menschen. Und für viele Wählerinnen und Wähler ist es schlicht frustrierend. Denn plötzlich stellt man fest: Meine Stimme hat weniger Einfluss als die zum Beispiel meines Partners oder meiner Nachbarin, nur weil wir unterschiedliche Listen gewählt haben.

Und genau hier setzt diese Motion an. Wir wollen das Wahlverfahren verbessern, nicht radikal ändern, sondern präziser und transparenter machen mit dem Sainte-Laguë-Verfahren. Das Sainte-Laguë bildet die Stimmenanteile genauer ab als Hagenbach-Bischoff. Das Ziel ist nicht die Perfektion, denn die gibt es nicht in einem Proporzsystem. Aber wir können ein Verfahren wählen, das der gleichen Stimmwirkung etwas näherkommt – so, dass die Restmandate so verteilt werden, dass möglichst viele Stimmen tatsächlich zu einem Sitz beitragen. Hagenbach-Bischoff tut das eben nicht so gut. Dieses Verfahren begünstigt grosse Listen systematisch und hat daher den Effekt, den man klar aussprechen kann. Er zementiert bestehende Machtverhältnisse. Wer heute gross ist, bleibt im Vorteil. Wer kleiner ist, hat es deutlich schwerer, und selbst dann, wenn viele Menschen diese Liste wählen.

Und genau deshalb ist diese Diskussion nicht eine technische Detailfrage, sondern hochpolitisch. Wir leben in einer Zeit, in der das Vertrauen in demokratische Institutionen weltweit unter Druck steht. Auch hierzulande spüren wir das. Und genau darum müssen wir Sorge dazu tragen und sorgfältig damit umgehen, wie fair unsere demokratischen Prozesse sind. Und wenn Menschen den Eindruck haben, ihre Stimme zähle weniger, ginge irgendwo verloren oder würde verrechnet, dann schadet das schlussendlich unserer Demokratie.

Der Gemeinderat verweist in seiner Antwort auf frühere Vorstösse und auf die bestehende Rechtsprechung. Und selbstverständlich ist die rechtliche Dimension zentral, und deshalb lohnt sich ein genauer Blick darauf. Die Bundesverfassung garantiert in Artikel 34 das gleiche Wahlrecht. Die Rechtsprechung unterscheidet die Aspekte Zahlwertgleichheit, Stimmkraftgleichheit und Erfolgswertgleichheit. Für die Proporzahlen ist die Erfolgswertgleichheit entscheidend. Und das heisst einfach gesagt: Jede abgegebene Stimme soll möglichst stark zur Sitzverteilung beitragen und möglichst wenige Stimmen sollen verlorengehen oder ohne Wirkung bleiben. Das Bundesgericht hat mehrfach festgehalten, dass bei Proporzahlen genau dieser Erfolgswert prioritär ist. Diese klare Gewichtung wird in der Antwort des Gemeinderats jedoch nicht erwähnt, obwohl sie so zentral ist – und man braucht keine tiefgehende juristische Recherche, um das herauszufinden. Ein Verfahren, das den Erfolgswert besser wahrt, ist rechtlich gut abgestützt und eben auch das leistet Sainte-Laguë besser als Hagenbach-Bischoff. Wichtig auch: Wir sprechen hier nicht von einem Experiment. Sainte-Laguë ist erprobt, in diversen Kantonen und Gemeinden im Einsatz und breit anerkannt. Wir waren mit diesem Anliegen übrigens schon einmal sehr, sehr nah an der Umsetzung. 2018 wurde eine parlamentarische Initiative mit nur einer Stimme Unterschied abgelehnt. Und noch wichtiger: Die meisten hier in diesem Saal haben im Oktober 2024 beschlossen, dass die Verteilung der Kommissionssitze mit dem Verfahren Sainte-Laguë berechnet werden. Und deshalb ist es eigentlich nur konsequent, die Logik auch auf die übrigen Wahlen anzuwenden.

Ein zentrales Gegenargument des Gemeinderates betrifft ihn selbst: Man will stabile Mehrheiten sichern. Aber Stabilität darf nicht auf Kosten von Fairness erkaufte werden. Mehrheiten, die nur deshalb bestehen, weil ein Wahlverfahren Stimmen verzerrt, ist

demokratiepolitisch einfach fragwürdig. Und unsere Exekutive arbeitet nach dem Kollegialitätsprinzip, entscheidet gemeinsam. Und Vielfalt bedeutet nicht, dass alles blockiert ist, sondern eigentlich eine bessere Abbildung der Bevölkerung. Und für den Stadtrat mit den 80 Sitzen wären die Auswirkungen sogar noch moderater. Klar, das Quorum könnte leicht sinken, aber die Zersplitterung ist nicht belegt. Fraktionen bleiben möglich, also das System bleibt handlungsfähig. Und Vielfalt bedeutet auch hier nicht Instabilität. Sie verhindert starre Blockbildungen und öffnet eben den Raum für Lösungen.

Ein konkreter Nutzen des Wechsels betrifft die Wählenden direkt. Mit Sainte-Laguë könnten wir auf Listenverbindungen verzichten. Listenverbindungen sind für viele Menschen unverständlich. Häufig weiss man nämlich nicht, wo genau die Stimme am Schluss hinfliesst. Ohne Listenverbindungen ist die Sache klar und ehrlich. Meine Stimme zählt genau für diese Liste, die ich dann auch gewählt habe, stärkt Nachvollziehbarkeit und Vertrauen. Am Ende geht es nicht um Mathematik, sondern um Demokratie, um Ehrlichkeit, Verständlichkeit, um Fairness. Und eben genau: Sainte-Laguë ist fairer, genauer und fördert die Vielfalt und Hagenbach-Bischoff verstärkt bestehende Mehrheiten und begünstigt Machtkonzentration. Ich denke, gerade in der aktuellen weltpolitischen Lage ist es wichtig, dass wir den Wert jeder Stimme ernst nehmen. Wir bitten euch deshalb, die Motion zu unterstützen, um auch in der Stadt Bern eine glaubwürdig gelebte Demokratie zu garantieren.

Präsidentin: Du darfst gerne noch das Fraktionsvotum anhängen.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Als Fraktionsvotum eigentlich noch angemerkt: Wir unterstützen natürlich die Motion, wie sie ist, vollumfänglich. Und noch der Hinweis: Es geht uns hier nicht um Klientelpolitik. Wer die Unterlagen aufmerksam studiert hat, sieht auch, dass wir als Partei GLP zum Beispiel bei den letzten Wahlen nicht zu den Profiteuren eines Wechsels gezählt hätten. Es ist einfach ein Ur-Anliegen von uns, dass wir in der Stadt Bern ein demokratiepolitisch legitimes Wahlverfahren in der Anwendung haben.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Liste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Danke, Denise, für dein präzises Votum. Das erspart mir viele Ausführungen. Unser aktuelles Wahlsystem bevorzugt systematisch grosse Parteien und taktische Listenverbindungen. Anders gesagt: Kleine Parteien werden geschwächt. Wer sich rein taktisch zu breiten Wahlbündnissen formiert, wird belohnt, egal, ob programmatische Nähe besteht oder nicht. Das ist reine Mathematik mit enormer politischer Wirkung. Ein solches System ist aber unseres Erachtens nicht mehr zeitgemäss. Ein Wahlsystem, das Stimmen je nach Parteigrösse unterschiedlich gewichtet, kann keine Demokratie auf Augenhöhe gewährleisten. Gerade in einer vielfältigen Stadt wie Bern mit einer lebendigen Zivilgesellschaft, jungen Bewegungen und neuen Listen darf unser Wahlsystem die Türen nicht schliessen, bevor die Debatte überhaupt begonnen hat. Es ist Zeit, dieses Verfahren zugunsten von mehr Gerechtigkeit und echter Repräsentation zu reformieren. Sainte-Laguë, wie ich heute gelernt habe, ermöglicht genau das: ein feineres, gerechteres Proporz. Jede Stimme zählt gleich, unabhängig von der Grösse der Partei. Jede Stimme wird fair berücksichtigt. Jede politische Meinung wird sichtbar.

Und darum sage ich, werte Kolleg*innen: Ein Parlament, das sich Diversität buchstäblich auf die Fahne schreiben will, muss Diversität konsequenterweise auch rechnerisch möglich machen. Proporzahlen leben davon, dass Minderheiten repräsentiert werden. Auch kleinere politische Kräfte sollen die Chance haben, ihre Wähler*innen zu vertreten. Das stärkt die Legitimität des politischen Prozesses und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein weiterer entscheidender Punkt, der für die Motion steht: Mit Sainte-Laguë entfällt das taktische Listenpuzzle, das bisher nötig war, um faire Chancen zu sichern. Entscheidungen würden also dadurch für die Wählenden klarer, nachvollziehbarer, transparenter.

Städte wie Zürich, Basel und Nachbargemeinden Berns haben bereits auf gerechtere Verfahren gesetzt. Auch Bern muss nun endlich den Mut haben, sein Wahlrecht zu modernisieren. Nun liegt der Ball insbesondere auch bei euch, liebe Kolleg*innen der SP. Ich bin extrem gespannt, ob ihr heute euer Wahlversprechen einlöst, und es ernst nimmt mit der Stärkung von Minderheiten oder ob es bei einem Lippenbekenntnis bleibt. Die FDP jedenfalls steht für die Stärkung von Minderheiten. Deshalb unterstützen wir die Motion klar und überzeugt. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes kommt Chandru Somasundaram für die SP-JUSO-Fraktion.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die vorliegende Motion fordert, dass die Stadt Bern neu das Sainte-Laguë-Verfahren zur Sitzverteilung anwenden soll, sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat. Ziel ist es, die Repräsentation kleinerer Parteien zu stärken – das ist auch ein Unterschied zwischen gesellschaftlichen Minderheiten und Parteien – und die Stimmenverteilung proportionaler abzubilden. Das Anliegen an sich ist nachvollziehbar. Aber bei genauer Betrachtung zeigt sich: Eine Systemumstellung ist nicht nötig und sogar auch gar nicht sinnvoll.

Beginnen wir mit dem Stadtrat. Die Stadt Bern bildet einen einzigen Wahlkreis mit 80 Sitzen. Das ergibt ein natürliches Quorum von rund 1,23%, ein rekordtiefes Quorum für ein Stadtparlament. In kaum einer anderen Stadt haben kleine Parteien bessere Chancen, ins Parlament einzuziehen. Auch das gehört zu dieser aktuellen Diskussion.

Die politische Vielfalt ist im Parlament hoch, die Parteiendichte ebenso. Das heutige System Hagenbach-Bischoff funktioniert also. Dieses Verfahren nimmt bei der Verteilung der Restmandate gewisse Rundungen vor. Es stimmt: Grosse Listen erhalten in einzelnen Fällen eher ein zusätzliches Mandat als kleine. Aber bei einer Sitzzahl von 80 sind diese Effekte eher klein. In der Praxis zeigt sich: Kleine Parteien sind im Stadtrat gut vertreten, die Stimmenanteile werden gut abgebildet und es gibt keine systematische Benachteiligung.

Der Nutzen einer Umstellung wäre also sehr gering. Gleichzeitig gibt es auch ein gewisses Interesse an einer Rundung im Proporz. Das dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Auch das Bundesgericht hat betont, dass es im öffentlichen Interesse liegen kann, die politische Zersplitterung in Grenzen zu halten. Klar, dieses Argument muss und darf man auch diskutieren. Aber auch das gehört zu der aktuellen Diskussion. Gleichzeitig muss selbstverständlich die faire Repräsentanz der Bevölkerung gewährleistet sein. Die Stadt Zürich beispielsweise wechselte von Hagenbach-Bischoff auf den doppelten Pukelsheim, um die Repräsentanz zu stärken. Aber im Vergleich zu Bern gibt es in Zürich einen gewichtigen Unterschied, nämlich die verzerrende Wirkung der Wahlkreise. Die Wahlkreise funktionierten wie eine Prozenzhürde. Der Grund: Parteistimmen in einem Wahlkreis hatten keinen Einfluss auf die Sitzzuteilung in einem anderen Wahl-

kreis. Das erschwerte kleineren Parteien den Einzug ins Stadtparlament. Der Handlungsbedarf in der Stadt Zürich war offensichtlich. Selbst das Bundesgericht erklärte das alte Wahlsystem als für verfassungswidrig.

In der Stadt Bern haben wir hingegen diese Not nicht. Wir kennen nur einen einzigen Wahlkreis. Entsprechend zählen alle Parteistimmen, egal aus welchem Stadtteil sie stammen. Weshalb also ein funktionierendes System ändern?

Die Forderung der Motion geht aber noch weiter. Sie will das Wahlsystem der Berner Exekutive verändern. Hier geht es, im Gegensatz zum Stadtrat, um ein kleines Gremium mit fünf Sitzen, in Zukunft vielleicht sogar sieben. Grundsätzlich sind Änderungen des Wahlsystems bei Exekutiven besonders sensibel. Und genau hier birgt Sainte-Laguë ein demokratiepolitisch problematisches Risiko. Es kann vorkommen, dass eine Liste mit über 50% der Stimmen keine Mehrheiten im Gremium erhält, wenn sie in Konkurrenz vieler kleiner Listen steht. Sainte-Laguë stärkt zwar kleinere Listen, einverstanden, jedoch auf Kosten der Mehrheitsabbildung. Was auf den ersten Blick verführerisch klingt, birgt politische Sprengkraft. Die gleiche Wählerschaft könnte nämlich über die günstige Verteilung auf mehrere Listen mehr Sitze erringen als über eine. Dieser Anreiz lädt zum Taktieren ein und löst keines der von den Motionär*innen vorgebrachten Bedenken am aktuellen System, sondern schafft sogar neue Ungewissheiten, Risiken und öffnet Türen für strategische Spielchen. Ein Wahlsystem muss nicht nur korrekt rechnen, sondern auch nachvollziehbar sein. Wenn eine Mehrheit der Wählenden nicht mit einer Mehrheit im Gemeinderat vertreten ist, entsteht ein Legitimitätsproblem. Das Hagenbach-Bischoff-System sorgt dafür, dass hinter jedem Sitz möglichst viele Stimmen stehen. Das stärkt die Legitimität der Gewählten. Sainte-Laguë rechnet zwar mathematisch sauber. Aber in engen Verteilungen kann es passieren, dass eine Liste mit wenig Stimmen einen Sitz erhält, während eine deutlich grössere im Verhältnis dazu zu wenig repräsentiert wird. Da zeigt sich die Schwäche des Sainte-Laguë-Systems, um Mehrheitsverhältnisse zwischen den Parteien korrekt darzustellen. Dazu kommt: Wenn wir Sainte-Laguë für den Gemeinderat einführen, wäre Bern die erste Gemeinde in der Schweiz, die ihre Exekutive auf diesem Weg wählt. Kein Kanton, keine Stadt oder Gemeinde kennt das bisher. Überall wird entweder im Majorz oder – in wenigen Fällen – mit anderen Proporzverfahren gewählt. Die Gründe dafür sind offensichtlich. Sainte-Laguë wurde für Parlamente entwickelt, nicht für Exekutivgremien. Es erhöht das Risiko von Zufallsergebnissen und könnte im schlimmsten Fall auch das Vertrauen in den politischen Prozess gefährden.

Die SP-JUSO-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, das aktuelle Wahlsystem zu ändern. Nein, es würde eher sogar neue Unsicherheiten schaffen, Ungenauigkeiten und Risiken die Tür öffnen. Das heutige System ist bewährt, verständlich, stabil und im Verhältnis auch gerecht.

Die SP-JUSO-Fraktion empfiehlt deshalb die Ablehnung der Motion. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Franziska Geiser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Jede Stimme zählt natürlich nicht. Wir wissen ja, wie viele Menschen in der Schweiz kein Stimm- und Wahlrecht haben. Das ist die grosse demokratische Ungerechtigkeit, ob wir gemäss Sainte-Laguë oder Hagenbach-Bischoff wählen. Das ist nicht das, was für unsere Demokratie so entscheidend ist.

Wir lehnen die Motion als ganzes Päckchen ab, weil wir den Verfahrenswechsel für die Gemeinderatswahlen nicht wollen. Dadurch, dass bei uns auch die Regierung im Proporzwahlverfahren gewählt wird, sind die politischen Minderheiten schon gut berücksichtigt; dies im Vergleich zu vielen Gemeinderegierungen der Schweiz, bei denen die

Wahl im Majorzwahlverfahren erfolgt. Das System ist also vergleichsweise fair in Bezug auf die Berücksichtigung kleinerer Parteien. Wir wollen nicht, dass Gemeinderät*innen wegen Proporzpech abgewählt werden, und finden es gut, dass die Anzahl Kandidierender nicht zu hoch steigt.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort an Beispielen aufzeigt, kann es im Sainte-Laguë-Verfahren passieren, dass eine Liste mit mehr als 50% der Stimmen nur eine Minderheit der Sitze erhält, die vergeben werden. Das ist ein grosser Nachteil des Sainte-Laguë-Verfahrens. Und deshalb sind wir dagegen, dass wir bei den Gemeinderatswahlen auf dieses Verfahren wechseln würden.

Etwas anders schätzen wir die Situation bei den Stadtratswahlen ein. Auch hier muss betont werden, dass in Bern die Proportionalität gut berücksichtigt wird. Andere Gemeinden kennen eine Sperrklausel oder ihre Parlamente sind kleiner, was kleine Parteien grundsätzlich benachteiligt. Auch Listenverbindungen, wie sie in Bern möglich sind, und die ja alle machen, steigern die Chancen auf einen Sitzgewinn der kleinen Parteien. Trotzdem finden wir: Je grösser die Genauigkeit der Proportionalität ist, desto gerechter ist das Verfahren.

Dass Hagenbach-Bischoff kleine Parteien in den Parlamentswahlen benachteiligt und dass es zu Verzerrungen führt, haben wir ja gerade in den vergangenen Grossratswahlen gesehen. Auch bei den Stadtratswahlen könnte die Proportionalität besser berücksichtigt werden. Und hier ist Sainte-Laguë im Vorteil gegenüber Hagenbach-Bischoff. Das Risiko, dass eine Liste mehr als 50% der Stimmen und weniger als 50% der Sitze gewinnt, besteht im Stadtrat nicht. Zumindest aktuell ist es unvorstellbar, dass eine Liste mehr als 50% der Sitze erreicht oder der Stimmen. Kleinere Parteien hätten beim Sainte-Laguë-Verfahren grössere Chancen, einen Parlamentssitz zu gewinnen als im aktuellen Verfahren, und das finden wir eigentlich gut. Der Gemeinderat argumentiert in seiner Antwort, es wäre komisch, wenn für Gemeinderats- und Stadtratswahlen zwei unterschiedliche Proporzberechnungsverfahren gelten würden. Wir finden das jetzt nicht so komisch und kein so grosses Problem. Es sind ja unterschiedliche Gremien, die gewählt werden. Wir können uns also grundsätzlich vorstellen, die Regierungssitze weiterhin nach dem Hagenbach-Bischoff-Verfahren zu verteilen und bei den Parlamentswahlen auf Sainte-Laguë zu wechseln.

Weil ihr ja punktweise abstimmen wollt, lehnen wir den Wechsel auf Sainte-Laguë für die Gemeinderatswahlen ab und stimmen dem Wechsel für die Stadtratswahlen zu.

Präsidentin: Als nächstes gerne Christoph Leuppi für die GFL-Fraktion.

Christoph Leuppi (GFL) für die Fraktion: In unserer Fraktion haben wir beide Wahlsysteme, das heutige Hagenbach-Bischoff-Verfahren und das Sainte-Laguë-Verfahren, sorgfältig und vertieft diskutiert. Dabei sind wir zu keinem einheitlichen Schluss gekommen. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinderats- und die Stadtratswahlen bezüglich dem Wahlsystem denn auch gesondert betrachtet werden müssen, denn die beiden Wahlen sind ja auch komplett unterschiedlich mit fünf Sitzen beim Gemeinderat und 80 Sitzen beim Stadtrat. Darum: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob der Antrag jetzt schon wörtlich gestellt wurde. Deshalb stelle ich hier den Antrag, dass wir über das Verfahren zur Verteilung der Mandate für den Gemeinderat und für den Stadtrat separat abstimmen. Wenn es nur eine Abstimmung geben sollte und der Antrag nicht durchkommt, werden wir uns enthalten, da es für beide Systeme gute Argumente gibt, und sich, wie gesagt, Gemeinderat und Stadtrat unterscheiden.

Was spricht für uns denn für eine Umstellung auf Sainte-Laguë? Wir haben schon vieles gehört. Erstens verfolgt dieses Verfahren das klare Ziel, dass möglichst alle Stimmen

ein vergleichbares Gewicht im Endergebnis erhalten und es stärkt das Prinzip der Gleichwertigkeit. Zweitens verbessert es die Chancen kleinerer Parteien, einen Sitz zu erringen. Das kann die politische Vielfalt erhöhen und zusätzliche Perspektiven einbringen. Drittens begünstigt das heutige Hagenbach-Bischoff-System grössere Parteien und insbesondere grosse Listenverbindungen stärker. Sainte-Laguë reduziert diesen Effekt. Schliesslich kann die grössere Offenheit gegenüber kleineren Kräften auch zu einer gewissen positiven Dynamik führen. Neue Konstellationen werden möglich. Politische Erneuerung wird somit auch erleichtert.

Und was spricht dagegen? Wir haben das Beispiel schon häufig oder mehrmals gehört. Sainte-Laguë kann zu Konstellationen führen, in denen ein politischer Block mit über 50% der Stimmen keine Mehrheit der Sitze erhält. Das ist mathematisch korrekt nach diesem Verfahren, aber gerade bei einer Gemeinderatswahl politisch sehr erklärungsbedürftig. Die vorher angesprochene positive Dynamik kann auch zu einer negativen Dynamik verkommen. Denn es kann auch zu Instabilität führen, wenn Exekutivmitglieder wegen Proporzpech einfach wieder abgewählt werden. Häufige personelle Wechsel in der Exekutive können so der Kontinuität schaden, Planungssicherheit gefährden und langfristige Projekte beeinträchtigen.

Es wäre denn auch aus meiner Sicht verkürzt zu sagen, das eine Verfahren sei fair und das andere einfach schlicht unfair. Beide Verfahren sind demokratisch legitim. Sie setzen einfach unterschiedliche Schwerpunkte. Das eine gewichtet Stabilität und Bündnisfähigkeit höher, das andere die möglichst proportionale Abbildung auch kleiner Kräfte. Aus meiner Sicht ist beides legitim. Wir sehen daher bei den Stadtratswahlen, wie das GB auch, durchaus Argumente, die für die Einführung von Sainte-Laguë sprechen. Bei den Gemeinderatswahlen sind wir der Meinung, dass Hagenbach-Bischoff das geeignetere ist.

Noch ein letzter grundsätzlicher Gedanke zu den Wahlverfahren. Die Proporzwahl für eine Exekutivbehörde mit lediglich fünf Sitzen bleibt auch unabhängig von der mathematischen Berechnung, also vom Verfahren, systematisch einfach sehr anspruchsvoll. Mit einer so kleinen Sitzzahl lässt sich das zentrale Anliegen des Proporztes sowieso nicht erreichen, denn es ist ein wirksamer Minderheitenschutz. Das lässt sich einfach nicht verwirklichen. Vor diesem Hintergrund müsste mittelfristig auch die Frage erlaubt sein, ob für eine Exekutive nicht das Majorzsystem die klarere und für die Bevölkerung vor allem auch nachvollziehbarere Lösung wäre. Vor allem bei einer Erweiterung von fünf auf sieben Sitzen im Gemeinderat sollten wir diese grundsätzliche Systemfrage mitdenken. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als letztes Raffael Joggi. Die Gemeinderätin hat versprochen, auch ein kurzes Votum zu halten. Vielleicht schaffen wir es, das Traktandum heute noch abzuschliessen.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich gebe mir Mühe kurz zu sein. Trotzdem muss ich etwas aus der Antwort des Gemeinderates vorlesen, und zwar den zweiten Satz: "Das Proporzsystem basiert auf dem Gedanken, dass ein politisches Gremium die Vielfalt der Meinungen der Wähler*innen möglichst gut widerspiegeln soll, weshalb die Sitze auf die verschiedenen politischen Gruppierungen im Verhältnis zu den erhaltenen Stimmen verteilt werden. Im Gegensatz dazu ist der Grundgedanke im Majorzverfahren, dass eine Mehrheit der Wählenden hinter den Gewählten stehen soll."

Jetzt wurde hier eigentlich im Wesentlichen mit den Vorzügen unseres Proporztes so argumentiert, als wäre er der Majorz. Das heisst, es muss bei unserem zugegeben wirklich seltsamen Proporz bei fünf Mitgliedern, das hast du ja sehr schön ausgeführt,

eigentlich wie ein Spagat gemacht und trotzdem möglichst viele Stimmen versammelt werden. Aber was mir in dieser Debatte unterbetont blieb, ist die Frage: Wollen wir denn nicht auch Vielfalt im Gemeinderat? Und tatsächlich ist es nicht vielfältig und auch moralisch leicht verwerflich, wenn 60% der Stimmen, 80% der Sitze auf sich vereinen. Nochmals, ich habe nicht Lust auf bürgerliche Gemeinderät*innen. Aber dass es hier trotzdem irgendein Problem gibt, schleckt keine Geiss weg. Das spricht aus unserer Sicht nicht für das neue Proporzverfahren. Es ist tatsächlich auch für das Exekutivamt interessant, wenn wir hier einen Gegenvorschlag haben und heute über Majorz abstimmen könnten. Ich hätte nichts dagegen. Aber was wir jetzt haben, und das sehen wir auch bei den Wahlen, wir haben nur noch zwei Listen zur Verfügung. Daran lässt sich zeigen, dass ein degenerierter Proporz letztlich noch in eine Regierungsliste und eine Oppositionsliste mündet. Das Gegenteil von Vielfalt ist das, was wir unserer Wahlbevölkerung beim Gemeinderat vorsetzen. Von dem her: Wir würden es sehr begrüßen. Und es ist rührend und ich habe auch wirklich viel Verständnis für euch in der Regierung, abgestuft nach der Grösse, wird hier tatsächlich energisch für das alte Wahlsystem votiert. Ich kann das verstehen, wenn ich Gemeinderat wäre – um Gottes Willen. Da würde ich natürlich auch für das alte System stimmen. Es ist schon klar, wie hier die Mehrheiten ticken.

Ich möchte trotzdem Folgendes zu bedenken geben. Wenn man technisch möglicherweise nicht 50% der Sitze bekommt, wenn man 50% der Stimmen hat, muss man sehen, dass beispielsweise der Bundesrat auch nicht so funktioniert. Dort hat man begriffen, dass dieses Exekutivgremium Konkordanz herstellen soll und eben die Vielfalt gefordert ist. Niemand sagt, dass es im Gemeinderat in Bern nicht auch so sein könnte. Ich möchte euch also motivieren, dass man hier nicht so viel Angst haben muss, selbst wenn jetzt die SP noch viel grösser wird und 50% der Stimmen macht, könnte die Vielfalt auch mit weniger als 50% der Exekutivmitglieder Vielfalt vorleben.

Präsidentin: Gibt es noch Einzelvoten? – Wenn das nicht der Fall ist, übergebe ich gerne das Wort der Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Geschätzte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Stadträt*innen, ich werde mich kurzfassen. Es wurde ja schon sehr intensiv diskutiert und die Argumente liegen, glaube ich, auf dem Tisch.

Das Hagenbach-Bischoff-Verfahren, welches in der Stadt Bern für die Verteilung von Mandaten im Proporzwahlverfahren angewendet wird, ist das in der Schweiz am meisten verbreitete Verfahren. Wir sind hier nicht die Ausnahme. In der Begründung der Motion werden als Beispiele die Kantone angeführt, wo das Sainte-Laguë-Verfahren angewendet wird, und zwar Zürich, Basel, Aargau und Schaffhausen. Und anschliessend wird der Wahlmodus des Berner Gemeinderats kritisiert. Dabei gehen zwei zentrale Punkte aber vergessen. Sainte-Laguë wird dort bei den Parlamentswahlen angewendet, aber nicht bei den Regierungswahlen. Die Regierungsräte der Kantone Zürich, Basel-Stadt, Aargau und Schaffhausen werden im Majorz gewählt. In der Stadt Bern wird hingegen der Gemeinderat im Proporz gewählt. Ein zweiter Unterschied: In den genannten Kantonen wird das Kantonsparlament eben über Wahlkreise gewählt. In der Stadt Bern gibt es keine Wahlkreise. Es wird über das gesamte Stadtgebiet gewählt. Diese Punkte sind aber entscheidend, wenn wir die Fairness unseres Wahlverhaltens beurteilen wollen, und zwar, dass die Stadt Bern die Regierung eben im Proporz wählt und keine Wahlkreisunterteilung hat. Das sind die wirksamen Hebel des Proporz. Wir können mit gutem Gewissen sagen: In der Stadt Bern ist der Proporz dadurch stärker ausgeprägt als in den angeführten Beispielen.

Was es zudem besonders zu beachten gilt: Wird Sainte-Laguë bei den Gemeinderatswahlen angewendet, könnte es zu Verzerrungen des Willens der Wählenden kommen. Es wurde auch schon erwähnt. So kann es eben sein, dass eine Liste mehr als 50% der Stimmen erhält, das aber nicht zu einer Mehrheit im Gemeinderat führt. Und da kann man sich dann schon fragen, ob das mit "jede Stimme zählt" wirklich gemeint ist – aus meiner Sicht fraglich. Für Stadtrat und Gemeinderat unterschiedliche Proporzverfahren anzuwenden, wäre aus Sicht des Gemeinderats auch nicht ganz nachvollziehbar und könnte dem Vertrauen in das politische System auch zuwiderlaufen.

Der Gemeinderat beantragt denn auch dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Ihr habt es vorhin von Denise sehr schön erklärt bekommen. Wir werden heute punktweise abstimmen. Darum werden wir jetzt darüber abstimmen. Wenn ihr den Punkt 1 der Motion – Sainte-Laguë für den Gemeinderat – erheblich erklären wollt, dann stimmt ihr jetzt mit für Ja Grün.

Abstimmung Nr. 016

2024.SR.0289: Punkt 1

Ablehnung

Ja	31
Nein	43
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 1 der Motion abgelehnt. Wir kommen jetzt zu Punkt 2. Wollt ihr den Punkt 2 der Motion – Sainte-Laguë für den Stadtrat – erheblich erklären?

Abstimmung Nr. 017

2024.SR.0289: Punkt 2

Annahme

Ja	50
Nein	23
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 2 der Motion – Sainte-Laguë für den Stadtrat – angenommen.

Wir haben eine Punktlandung. Ich muss es nicht länger machen. Ich wünsche euch noch einen schönen Abend. Ich weiss, dass die neuen Grossrät*innen sich freuen würden, wenn ihr noch mit ihnen anstossen würdet. Schliesst euch an und noch einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum 11: Motion: Änderung der GO: Im Sinne einer wirksamen Stadtteilpartizipation müssen die offiziellen Stadtteilvertretungen über die betreffenden

Vorlagen vor der Behandlung in den Kommissionen und im Stadtrat orientiert werden!; Ablehnung/Annahme Postulat

2025.SR.0122

Traktandum 12: Motion: Pilotprojekt hindernisfreies und inklusives Bauen; Annahme als Richtlinie

2025.SR.0213

Traktandum 13: Motion Fraktion GLP/JGLP (Corina Liebi, JGLP/Michael Ruefer, GLP): Erwerbsanreiz statt Ruhestandsrente – Anpassung der Gemeinderatsrenten; Abschreibung Punkt 1

2021.SR.000041

Traktandum 14: Motion: SP/JUSO: Leistungsvertrag mit dem Verein Museumsquartier; Annahme als Richtlinie

2025.SR.0237

Traktandum 15: Motion: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat muss mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat! Oder der Gemeinderat muss zumindest einen entsprechenden Vorbehalt anbringen; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht

2025.SR.0131

Traktandum 16: Postulat: Öffentliche Toilette in der Nähe der Felsenaubücke / Aareschlaufe bei Bremgarten; Ablehnung

2025.SR.0215

Traktandum 17: Interpellation: Wie viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern?

2025.SR.0268

Traktandum 18: Interpellation: Trotz den historisch besten Arbeitsbedingungen ist die Abwesenheitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. An was könnte das liegen?

2025.SR.0293

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/5043657932.php>

2026.SR.0163 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Unterstützung für baustellenbetroffene Betriebe prüfen

Chantal Perriard, FDP

2026.SR.0162 | Motion | Eingereicht

Motion: Anpassung oder Erstellung einer Weisung zur Priorisierung der Wasserflächen bei Kapazitätsengpässen

Salome Mathys, GLP | Béatrice Wertli, Mitte | Lukas Schnyder, SP | Raffael Joggi, AL | Chantal Perriard, FDP

2026.SR.0166 | Motion | Eingereicht

Motion: Anpassung der Entgelte in den Hallenbädern der Stadt Bern

Salome Mathys, GLP | Béatrice Wertli, Mitte | Timur Akçasayar, SP | Raffael Joggi, AL | Chantal Perriard, FDP

2026.SR.0161 | Motion | Eingereicht

Motion: Solar-Kraftwerk Bern

Franziska Geiser, GB | Katharina Gallizzi, GB

2026.SR.0159 | Motion | Eingereicht

Dringliche Motion: Raum ist Gerechtigkeit: Die ZFV Buech aus der 5-Meter-Schranke befreien

Timur Akçasayar, SP | Szabolcs Mihályi, SP | Laura Brechbühler, SP | Anna Leissing, GB

2026.SR.0160 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Zukunft Grand Palais Bern

Nicolas Lutz, Mitte | Andreas Egli, Mitte

2026.SR.0155 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Kehrichtabfuhr am 1. Mai: Fehlende Kommunikation führt zu Abfallsäcken im Stadtbild

Laura Curau, Mitte | Michelle Steinemann, Mitte

2026.SR.0156 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Für welchen Glasfasernetz-Anbieter hat sich die Stadt Bern entschieden?

Thomas Hofstetter, FDP | Simone Richner, FDP | Nik Eugster, FDP | Raphaël Karlen, FDP

2026.SR.0158 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Balkonsolaranlagen in der Bauordnungsrevision: Automatische Einstufung als ortsbildverträglich und Handlungsspielraum der Stadt Bern

Timur Akçasayar, SP | Lukas Schnyder, SP | Roger Nyffenegger, GLP

2026.SR.0164 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Reparaturförderung und Kreislaufwirtschaft in der Stadt Bern

Mehmet Özdemir, SP | Roger Nyffenegger, GLP | Chandru Somasundaram, SP

2026.SR.0165 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Teilrevision Parkkartenverordnung – Sind die vorgesehenen Regelungen mit übergeordnetem Eidgenössischen und Kantonalen Verfassungsrecht (Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsgarantie) vereinbar?

Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP

2026.SR.0157 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Zukunft des Schlossensembles Bümpliz: Schliessung des Restaurants, eingeschränkte Saalnutzung und Prüfung alternativer Nutzungen

Timur Akçasayar, SP | Chandru Somasundaram, SP

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X

Signiert von: JELENA FILIPOVIC
Jelena Filipovic

für das Protokoll

07.09.2026

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper